

Unterrichtung

durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages

Bericht über die internationalen Aktivitäten und Verpflichtungen des Deutschen Bundestages

Berichtszeitraum: 22. Oktober 2013 bis 30. September 2015

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Bedeutung der internationalen Aktivitäten und Verpflichtungen des Deutschen Bundestages	2
2. Reisen der Präsidiumsmitglieder	3
3. Reisen der Ausschüsse sowie Gegenbesuche.....	8
4. Reisen zu Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen.....	22
5. Reisen der Parlamentariergruppen sowie Gegenbesuche.....	29
6. Einzeldienstreisen der Abgeordneten	36
7. Internationale Austauschprogramme.....	41
8. Grundlage der Berichtspflicht	43
9. Rechtsgrundlagen und Genehmigungsverfahren für die Durchführung von Auslandsdienstreisen.....	43
10. Erläuterungen zur statistischen Übersicht der Auslandsdienstreisen.....	44
11. Statistische Übersicht.....	45

1. Bedeutung der internationalen Aktivitäten und Verpflichtungen des Deutschen Bundestages

Auf internationaler Ebene wird der Bundesrepublik Deutschland zunehmend eine entscheidende Rolle zugewiesen. Dieser gestiegenen Verantwortung Deutschlands gegenüber seinen Partnern in der Welt entspricht eine angemessene internationale Tätigkeit des Parlaments. Denn transparente Entscheidungsabläufe und die Wahrung von Beteiligungsrechten sind notwendige Konsequenzen eines immer dichteren Netzes der Kooperation und einer gegenseitigen Abhängigkeit auf zwischenstaatlicher Ebene.

Die zunehmende Parlamentarisierung der Außenpolitik ist als wachsendes politisches Erfordernis nach internationaler parlamentarischer Zusammenarbeit zu verstehen. Eine in diesem Zusammenhang notwendige und dabei verantwortlich handelnde, grenzüberschreitende interparlamentarische Kooperation, die dem weltpolitischen Wandel im Zuge der Globalisierung, Interdependenz und Institutionalisierung gerecht werden muss, ist nur gegeben, wenn die im Parlament entscheidenden Abgeordneten die Möglichkeit haben, die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in den jeweiligen Staaten und Regionen durch Information vor Ort zu beurteilen.

Um ihrer internationalen Verantwortung gerecht zu werden, ist es für die Mitglieder des Deutschen Bundestages erforderlich, eine intensive Zusammenarbeit mit ausländischen Politikern und Institutionen zu pflegen. So können die Abgeordneten die für ihre Aufgaben notwendigen Informationen und Erfahrungen vor Ort sammeln und auf die internationale Lage und auftretende Konfliktsituationen in angemessener Weise reagieren. Diese wichtige Funktion nehmen sie im Rahmen ihrer Zuständigkeitsbereiche, als Mitglieder der verschiedenen Ausschüsse, Kommissionen und anderer Gremien des Bundestages, als Delegierte in internationalen parlamentarischen Organisationen oder als Vertreter bilateraler bzw. multilateraler Parlamentariergruppen wahr. In Gesprächen mit ihren Parlamentskollegen aus anderen Staaten, mit Vertretern von Regierungen, der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft oder kultureller Einrichtungen erörtern sie aktuelle und bisweilen brisante Themen der Gegenwart – seien es die Folgen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise, politische Umbruchsituationen oder schwere Krisen, die Bedrohung durch den islamistischen Terror, Flüchtlingsströme als Folge von Krieg, Verfolgung oder Armut, Maßnahmen gegen den Klimawandel oder die Bekämpfung von Seuchen und Krankheiten. Daneben pflegen und entwickeln Bundestagsabgeordnete Beziehungen zu Staaten, die oftmals nicht im Mittelpunkt der Kontakte auf Regierungsebene stehen.

Die internationalen Aktivitäten der Mitglieder des Deutschen Bundestages dienen darüber hinaus dem Austausch und der Kooperation in zahlreichen Bereichen nationaler Fachpolitik. In der Europäischen Union (EU) erfolgt ein Erfahrungsaustausch zunehmend auf Gebieten, in denen die Hauptverantwortung zwar bei den einzelnen Mitgliedstaaten liegt, eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene aber dennoch erforderlich erscheint. In zahlreichen Politikbereichen stehen die EU-Staaten vor vergleichbaren Problemen, zum Beispiel im Bereich der Haushalts- und Finanzpolitik oder der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Die Zukunft der Alterssicherung etwa ist ein Thema, das alle Mitgliedstaaten betrifft. Ein intensiver Erfahrungsaustausch auf diesem Gebiet ermöglicht den Transfer erfolgreicher Strategien zwischen den Staaten. Im Rahmen von Auslandsdienstreisen können sich die Parlamentarier in ihrer Funktion als Gesetzgeber Informationen über Erfolg versprechende Lösungen einholen, um dann bei anstehenden Reformvorhaben sachgerechte Entscheidungen treffen zu können.

Der Deutsche Bundestag hat sich vertraglich verpflichtet, stimm- und mitwirkungsberechtigte Delegationen in verschiedene internationale parlamentarische Versammlungen zu entsenden. Die Zusammenarbeit mit anderen Staaten ermöglicht es, die eigenen politischen Grundüberzeugungen und Positionen auf internationaler Ebene zu reflektieren und auf diese Weise Denkanstöße zu geben oder Entwicklungen anzuregen.

Auch bei der Verhandlung und Überarbeitung europäischer Vertragswerke und der Einhaltung internationaler Abkommen leistet der Deutsche Bundestag einen bedeutenden Beitrag. Mit dem Reformvertrag von Lissabon und der ihn flankierenden Begleitgesetzgebung haben die nationalen Parlamente der EU mehr Mitwirkungsrechte erhalten. Seit dem Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts und dem daraus entwickelten Parlamentsbeteiligungsgesetz muss bei allen europäischen Angelegenheiten der Bundestag beteiligt werden.

In Staaten, in denen nach politischen Umbrüchen Schritt für Schritt demokratische Strukturen aufgebaut werden, kann der Bundestag wichtige Unterstützungsarbeit leisten. So haben Abgeordnete zum Beispiel in den Staaten Mittel- und Osteuropas auf vielfältige Weise zur Entwicklung von demokratischen Rechts- und Verfassungsstrukturen und zum Aufbau stabiler parlamentarischer Organisationsstrukturen beigetragen. Auch wenn es keine Blaupause für die Schaffung demokratischer Verhältnisse gibt, werden Signale der Solidarität und Hilfsangebote aus Deutschland in vielen Teilen der Welt voller Erwartungen aufgegriffen.

2. Reisen der Präsidiumsmitglieder

Europäische Themen / Zukunft der Europäischen Union / Bilaterale Beziehungen

Die Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind wichtiger Bestandteil der parlamentarischen Außenpolitik auf der Ebene des Präsidiums. Traditionell werden dabei die Beziehungen zwischen Deutschland, Polen und Frankreich in besonders vielfältiger und auf Präsidiumsebene institutionalisierter Weise wahrgenommen. Ein weiterer Fokus richtete sich im Berichtszeitraum auf die Situation an den Außengrenzen der Europäischen Union zu Russland und Nordafrika sowie auf aktuelle Herausforderungen durch Zuwanderung und Flüchtlingszahlen.

Zur Verleihung des deutsch-französischen Parlamentspreises reiste Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert im November 2013 nach Paris. Im Dezember 2013 traf er in Straßburg zu politischen Gesprächen mit dem Präsidenten des Europaparlaments zusammen.

Die Präsidien von Assemblée nationale und Deutschem Bundestag tagten im Rahmen der regelmäßigen bilateralen Treffen im Februar 2014 im französischen Toulouse; Hauptgegenstand der Beratungen waren die Themen Investitions- und Arbeitsmarktpolitik, Energiewende, die bilateralen parlamentarischen Beziehungen sowie die Gedenkveranstaltungen anlässlich des 100. Jahrestages des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges.

Die Bundestagsvizepräsidentinnen Ulla Schmidt und Edelgard Bulmahn reisten im Februar 2014 nach London, um als Podiumsgäste am German Symposium 2014 der German Society der London School of Economics teilzunehmen.

Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert folgte im März 2014 einer Einladung seines Amtskollegen Pavel Paska und reiste mit einer Parlamentarierdelegation zu politischen Gesprächen in die Slowakei. Bei seinen Gesprächen im Parlament standen mit Blick auf die unmittelbar bevorstehenden Präsidentschaftswahlen das Wahlrecht und Immunitätsfragen im Vordergrund, aber auch die parlamentarische Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bundestag. Diskutiert wurden ferner der wachsende EU-Skeptizismus und die außenpolitische Rolle von Parlamenten. Die Ukraine-Krise war ein anderes beherrschendes Thema. An der Universität in Bratislava hielt der Präsident eine Rede zum Thema „1914-2014, Europa zwischen Vergangenheit und Zukunft“.

Im Februar 2014 reiste Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer mit einer Parlamentarierdelegation anlässlich des Konsistoriums in den Vatikan. Im April 2014 nahm er beim Heiligen Stuhl in Rom als

Vertreter des Deutschen Bundestages an den Feierlichkeiten zur Heiligsprechung der Päpste Johannes XXIII. und Johannes Paul II. teil.

Bundestagspräsident Lammert reiste Ende Mai 2014 zu offiziellen Gesprächen mit seiner Amtskollegin Prammer nach Wien und nahm außerdem mit dem FC Bundestag am 42. Parlamentarischen Fußballturnier teil. Im Mai 2014 reiste Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert in die Schweiz, um in Zürich auf Einladung des Europa-Institutes der Universität Zürich einen Vortrag zum Thema „1914 - 2014: Zur inneren und äußeren Verfassung Europas“ zu halten.

Auf Einladung seines finnischen Amtskollegen reiste Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert im Juli 2014 nach Finnland. Im Mittelpunkt der politischen Gespräche standen aktuelle europapolitische Entwicklungen und die Herausforderungen des Ukraine-/Russland-Konflikts für die finnische Wirtschaft und die europäische Sicherheitsarchitektur.

Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert nahm im August 2014 in Wien am Trauerstaatsakt für Nationalratspräsidentin Barbara Prammer teil.

Vizepräsident Johannes Singhammer reiste im August 2014 nach Albanien und Kosovo. Im Zentrum aller Gespräche mit den Spitzenvertretern des albanischen Staates sowie der Regierungs- und Oppositionsparteien standen die weitere EU-Annäherung des Landes, der hierfür notwendige innerstaatliche Reformprozess sowie der Wunsch nach Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet. Im Kosovo informierte sich Vizepräsident Johannes Singhammer über die Arbeit des Deutschen Einsatzkontingentes KFOR in Prizren.

Im September 2014 reiste Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert zu einem Arbeitsbesuch nach Prag und Terezín zur Teilnahme am Einweihungskonzert der mit finanzieller Unterstützung des Deutschen Bundestages restaurierten Orgel in der Kirche von Terezín, dem ehemaligen Konzentrationslager Theresienstadt. Er traf zu politischen Gesprächen auch mit seinem tschechischen Amtskollegen Hamáček und weiteren Parlamentariern zusammen.

Auf Einladung des polnischen Parlamentspräsidenten trafen sich die Präsidien des Sejm und des Deutschen Bundestages Ende September 2014 zur jährlichen gemeinsamen Sitzung diesmal in Danzig. Die Beratungen befassten sich vor allem mit aktuellen Fragen der bilateralen Zusammenarbeit und der EU-Integration, mit der Zukunft der Östlichen Partnerschaft sowie mit der Ukraine-Krise.

Im Oktober 2014 fuhr Vizepräsidentin Claudia Roth in die Türkei, um sich unter anderem in Suruc, Diyarbakir und Mardin über die Lage der syrischen

Flüchtlinge an der türkisch-syrischen Grenze zu informieren. Sie besuchte das Flüchtlingslager Nizip und sprach mit lokalen Regierungsvertretern, Repräsentanten der kommunalen Einrichtungen und Vertretern der Hilfsorganisationen.

Ebenfalls im Oktober 2014 nahm Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth auf Einladung des Goethe-Institutes und der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ am Wettbewerbsfinale „Jugend debattiert international“ in Warschau teil.

Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer reiste im Oktober 2014 nach Sizilien und Zypern, um sich unter anderem mit Besuchen in Flüchtlingslagern über die Situation der Menschen vor Ort sowie über die Operation „Mare Nostrum“ zu informieren. Auf Zypern führte er Gespräche über die Arbeit des deutschen UNIFIL-Einsatzkontingents und diskutierte mit hochrangigen Gesprächspartnern über die Entwicklungen im innerzypriotischen Aussöhnungsprozess.

Im Dezember 2014 reiste Vizepräsidentin Claudia Roth nach Sizilien, um sich mit Hilfsorganisationen und lokalen Politikern über die Lage der Mittelmeer-Flüchtlinge zu informieren. Am 11. Januar 2015 nahm sie an der Solidaritätskundgebung für die Opfer der Terroranschläge auf die Redaktion von Charlie Hebdo in Paris teil.

Im Februar 2015 war Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert zu bilateralen Gesprächen in Paris mit seinem Amtskollegen sowie weiteren Abgeordneten, um an der Jurysitzung des deutsch-französischen Parlamentspreises teilzunehmen. Darüber hinaus hielt er am Maison Heinrich Heine einen Vortrag mit anschließender Diskussion zum Thema „Deutschland und Frankreich - Europäische Erwartungen, bilaterale Herausforderungen, parlamentarische Perspektiven“.

Vizepräsident Singhammer reiste im April 2015 in den Vatikan und traf dort unter anderem mit Vertretern des Kardinalstaatssekretariats zu Gesprächen zusammen. Vizepräsidentin Roth informierte sich im Mai 2015 erneut in Sizilien bei lokalen Behörden und Hilfsorganisationen über die Fortentwicklung der Lage mit Blick auf die Flüchtlingsströme aus Nordafrika.

Im Mai 2015 traf Bundestagspräsident Norbert Lammert in Wien zu Gesprächen mit Nationalratspräsidentin Bures und weiteren Parlamentariern zusammen. Einer Einladung der „Österreichischen Gesellschaft für Völkerverständigung“, der „Europagesellschaft Coudenhove-Kalergi“ sowie des „Forum WIEN-UMGEBUNG“ folgend, hielt der Bundestagspräsident eine Rede zum Thema „1945-2015: Historische Lektionen und politische Herausforderungen für Deutschland und Österreich“.

Vizepräsident Johannes Singhammer fuhr im Juni 2015 nach Paris, um sich in der französischen Nationalversammlung über die Pläne für eine Schulreform und deren Auswirkungen auf den Deutschunterricht in Frankreich auszutauschen.

Vizepräsidentin Claudia Roth reiste im August 2015 auf die Insel Kos in Griechenland, um sich mit Betroffenen, Vertretern der lokalen Behörden und Hilfsorganisationen über die Bewältigung der Flüchtlingsströme auf der Insel auszutauschen.

Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert führte im September 2015 im Vatikan Gespräche mit hochrangigen Repräsentanten des Heiligen Stuhls zur Flüchtlingskrise, Fragen der Menschenrechte, zur Entwicklung der Europäischen Union und dem Verhältnis zwischen Kirche und Staat in Deutschland. Das Reformprogramm des Papstes, Ökumene und Lutherjahr waren weitere Themen. In der deutschen Nationalkirche Santa Maria dell' Anima hielt der Präsident einen Vortrag zum Thema „Was stiftet Einheit?“ und eröffnete eine Veranstaltungsreihe der Botschaft zum 25. Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands. In Rom traf er u.a. zu Gesprächen mit Staatspräsident Sergio Mattarella, den Vorsitzenden der Auswärtigen Ausschüsse des Abgeordnetenhauses und des Senats, Fabrizio Cicchitto und Pier Ferdinando Casini, sowie weiteren Ausschussmitgliedern zusammen. Im Rahmen einer Zeremonie im Palazzo Montecitorio unterzeichnete er gemeinsam mit den Präsidenten der Parlamente von Frankreich, Luxemburg und der gastgebenden Präsidentin des italienischen Abgeordnetenhauses die Deklaration „Greater European Integration: The Way Forward“.

Parlamentarische Zusammenarbeit / Demokratisierung / Rechtsstaatsentwicklung

Neben allgemeinen bilateralen Belangen standen die Krise im Nahen Osten und die daraus resultierenden Flüchtlingsströme im Mittelpunkt einer Vielzahl von Reisen des Präsidiums. Den transatlantischen Beziehungen und der Förderung demokratischer Strukturen und Rechtsstaatlichkeit widmeten sich einige weitere Reisen der Mitglieder des Präsidiums.

Vizepräsidentin Claudia Roth besuchte im Januar 2014 den Libanon, Jordanien und den Irak, um sich dort in Gesprächen und mit Besuchen in den Flüchtlingslagern über die Lage der Flüchtlinge und die Auswirkungen der Syrien-Krise auf die Nachbarländer zu informieren. In den politischen Gesprächen wurden darüber hinaus die Stabilität in der Region, bilaterale Anliegen und Kulturprojekte diskutiert.

Im Februar 2014 nahm Bundestagspräsident Prof. Dr. Lammert an den offiziellen Feierlichkeiten zur Annahme der neuen tunesischen Verfassung in Tunis teil.

Daneben führte er Gespräche mit dem Präsidenten der verfassungsgebenden Versammlung sowie mit ausgewählten Rechtswissenschaftlern zur Umsetzung der Verfassung sowie der Vorbereitung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Mit dem Besuch schloss sich ein Kreis, da der Bundestagspräsident im Dezember 2011 der erste hochrangige westliche Politiker gewesen war, der Tunesien nach den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung einen offiziellen Besuch abgestattet hatte.

Auf Einladung der Harvard-Universität nahm Präsident Lammert ebenfalls im Februar 2014 in Boston an der „German Conference at Harvard 2014“ teil. Er sprach zum Thema „Transatlantic Parliamentary Relations“ mit anschließender Diskussion mit Studenten.

Bundestagsvizepräsidentin Roth besuchte im März 2014 den Oman, Bahrain und Katar. Hauptthemen der Reise waren Demokratisierung und Menschenrechte. In Bahrain lag ein Schwerpunkt der Gespräche auf der Frage einer gleichberechtigten politischen Einbindung der schiitischen Bevölkerungsmehrheit gegenüber der sunnitischen Minderheit. In Katar informierte sich die Vizepräsidentin über die Vorbereitungen der FIFA-Fußballweltmeisterschaft 2022 insbesondere im Hinblick auf die Rechte ausländischer Arbeiter und ökologische Nachhaltigkeit. Im Oman standen unter anderem die außenpolitische Ausnahmrolle des Landes als Vermittler zwischen Iran und den arabischen Nachbarstaaten sowie die im Jahr 2011 eingeführten Reformen u. a. zur Stärkung der Rolle der omanischen Volksvertretung im Zentrum der Gespräche. Im April 2014 reiste die Vizepräsidentin nach Istanbul, um sich über die politische Lage nach den Kommunalwahlen vom März 2014, die allgemeine Menschenrechtslage sowie die Situation der christlichen Minderheit in der Türkei und in der Region zu erkundigen.

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn reiste im April 2014 nach Südostasien. In Singapur nahm sie an der Konferenz „Education for the Future, the Future of Education – A Conference on Progressive Education Agenda“ teil und informierte sich über bilaterale Projekte insbesondere der Elektromobilität. In Vietnam hielt sie an der Nationaluniversität einen Vortrag anlässlich der Konferenz „Regional Dialogue on the New Landscape of Peace Operations: A Dialogue with South East Asia and Vietnam“. Ihre Gespräche mit Parlaments-, Regierungs- und Parteivertretern befassten sich neben Aspekten der Außen-, Sicherheits- und Energiepolitik auch mit dem Fortgang der Verfassungsreform, dem parlamentarischen Entwicklungsprozess sowie Fragen der Menschenrechtspolitik.

Der EU-Assoziierungsprozess und die separatistischen Entwicklungen in Transnistrien und der Ostukraine standen im Mittelpunkt der Gespräche, die Bun-

destagsvizepräsidentin Ulla Schmidt im Rahmen eines Besuches der Republik Moldau im Mai 2014 führte. Sie sprach auch zur Eröffnung der Ausstellung „Deutsche Spuren in Moldau 1814-2014, Tradition und Modernisierung“ im Nationalen Kunstmuseum ein Grußwort.

Im Mai 2014 folgte Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert einer Einladung seines pakistanischen Amtskollegen und besuchte in Begleitung einer Parlamentarierdelegation sowie des Sonderbeauftragten der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan Islamabad und Lahore. In einer Vielzahl von Gesprächen im Parlament, mit Regierungsvertretern und Nichtregierungsorganisationen informierte sich die Delegation über die Sicherheitslage der Region, die Bekämpfung extremistischer Herausforderungen und bilaterale Anliegen. Mit Kirchenvertretern wurde die schwierige Situation der Christen im Land erörtert. Im renommierten Pakistan Institute for Parliamentary Services hielt der Bundestagspräsident einen Vortrag zum Thema "Parlament, Parteien und Regierung - ein demokratischer Kräfteausgleich" vor Abgeordneten der Nationalversammlung, des Senats und zahlreichen Vertretern der Zivilgesellschaft.

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn nahm im Mai 2014 als Podiumsgast an der Konferenz „Restoring Trust: the Future on the Transatlantic Partnership“ des American Council on Germany und der Atlantik-Brücke im Center for Strategic and International Studies in Washington teil. Bei dem Besuch informierte sie sich auch über die Architektur, Ausstattung und Arbeit des Besucherzentrums des Kongresses.

Im Juni 2014 nahm die Bundestagsvizepräsidentin mit einer Parlamentarierdelegation am zweiten internationalen GLOBE-Gipfel für Gesetzgeber in Mexiko teil, der sich der parlamentarischen Implementierung der globalen Klimaschutzziele und einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet fühlt. Darüber hinaus traf sie mit Gesprächspartnern bei Senat und Abgeordnetenkammer, der mexikanischen Regierung, der Hauptstadtadministration sowie Nichtregierungsorganisationen zusammen und besuchte wissenschaftliche, entwicklungspolitische, ökologische und kulturelle Projekte.

Der Demokratisierungsprozess, die institutionelle Fortentwicklung des Parlamentarismus und der Ausbau der interparlamentarischen Beziehungen standen im Mittelpunkt einer Delegationsreise, die Vizepräsident Johannes Singhammer im Juni 2014 nach Kamerun und Nigeria unternahm. Die Gespräche befassten sich neben bilateralen Aspekten mit dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus und gegen die Bedrohung durch Boko Haram. In Kamerun informierte sich die Delegation zudem über die praktische

Umsetzung von modellhaften Entwicklungsprogrammen der KfW Bankengruppe (ehemalige Kreditanstalt für Wiederaufbau) und der GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) in den Bereichen Naturschutz und nachhaltige Ressourcennutzung.

Bundestagsvizepräsidentin Schmidt reiste im Juni 2014 nach New York, um sich mit Vertretern der Vereinten Nationen und Hilfsorganisationen über die Umsetzung der UN-Konvention zu Rechten von Menschen mit Behinderungen zu informieren. Ein weiterer Gesprächsfokus richtete sich auf die Arbeit des Goethe-Instituts.

Im Juni 2014 bereiste Vizepräsidentin Roth die Demokratische Republik Kongo und Ruanda. Schwerpunkt der politischen Gespräche im Kongo waren die Themen Demokratie und Menschenrechte, Konfliktprävention und Befriedung der östlichen Landesteile sowie Entwicklung und Umweltschutz, insbesondere die Gefährdung des Virunga-Nationalparks durch den geplanten Abbau von Rohstoffen. In Begleitung des Leiters der UN-Mission MONUSCO reiste sie von der Hauptstadt Kinshasa nach Goma, um sich ein Bild von der Arbeit der UN-Mission sowie der Menschenrechtssituation vor Ort zu verschaffen; ferner informierte sie sich über den Stand der demokratischen Entwicklung. Zentralthema in Ruanda war das Gedenken an den Genozid von 1994 sowie dessen politische und gesellschaftliche Aufarbeitung bis zum heutigen Tage.

Im August 2014 informierte sich die Bundestagsvizepräsidentin in Gesprächen mit Abgeordneten des Regionalparlamentes und Regierungsvertretern über die politische Lage im Norden des Irak, Region Kurdistan, und sprach mit Hilfsorganisationen, Kirchenvertretern und betroffenen Jesiden über die Flüchtlingssituation.

Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert folgte im Oktober 2014 einer Einladung seines Amtskollegen nach Australien. In den politischen Gesprächen wurde neben bilateralen Themen auch die gemeinsame Geschichte anlässlich des 100. Jahrestages des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges beleuchtet. In einer Rede mit anschließender Diskussion vor dem National Press Club in Canberra sprach Bundestagspräsident Lammert zu „1914 - 2014: Zur inneren und äußeren Verfassung Europas“. Die Veranstaltung wurde live im australischen Fernsehen übertragen. Aus Anlass des 200. Geburtstages des deutschen Australien-Forschers Ludwig Leichhardt taufte Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert in Brisbane ein Flugzeug der Qantas-Fluggesellschaft auf den Namen „Ludwig Leichhardt“. In Melbourne sprach der Präsident im Royal Melbourne Institute of Technology zum Thema „Deutschland und die Europäische Union

25 Jahre nach der friedlichen Revolution“. Bei Gesprächen im Goethe-Institut wurden mit verschiedenen Vertretern kultureller Einrichtungen gemeinsame Kulturprojekte thematisiert. Mit Wirtschaftsunternehmen wurde über die bilaterale Zusammenarbeit und wirtschaftspolitische Problemstellungen diskutiert. In Brisbane hielt der Präsident an der Universität von Queensland einen Vortrag zum Thema „Krise in Europa und im Nahen Osten - deutsche Standpunkte und parlamentarische Verantwortung“.

Im Dezember 2014 nutzte Vizepräsidentin Ulla Schmidt ihre Teilnahme am Transatlantischen Forum der Parlamentarischen Versammlung der NATO in Washington, um mit ihrer Delegation in New York Gespräche mit Vertretern der UNO zu führen und sich bei kommunalen und öffentlichen Einrichtungen sowie im US-Kongress über Fragen der Inklusion und der Barrierefreiheit zu informieren. Weiteres zentrales Anliegen der Reise stellte die zukünftige Nutzung des Deutschen Hauses/Goethe-Instituts in der 5th Avenue dar, über deren Pläne zur konzeptionellen Neugestaltung im „German American Forum“ sich die Vizepräsidentin bereits bei einem Besuch im Juni 2014 beim Goethe-Institut New York informierte.

Im Januar 2015 besuchte Vizepräsidentin Claudia Roth mit einer Parlamentarierdelegation den Iran. Zentrale Themen der Gespräche waren die laufenden Nuklearverhandlungen, die Konflikte in der Region, Umweltschutz (insbesondere Urmia-See und das Thema Wasser im Allgemeinen), die Lage der Frauen im Iran, Menschenrechte sowie die Chancen für eine Vertiefung der bilateralen Beziehungen, vor allem mit Blick auf die Zeit nach einer möglichen Einigung im Konflikt um das iranische Atomprogramm. Ergänzt wurden die Gespräche durch Begegnungen mit der Zivilgesellschaft und einigen Kulturmittlern, nicht zuletzt bei der feierlichen Eröffnung der neuen Räume des Deutschen Sprachinstituts (DSIT) in Ekhtarijeh.

Im Februar 2015 besuchte Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert Georgien und die Ukraine. Er führte dort Gespräche mit Spitzenvertretern aus Parlament, Regierung sowie den Kirchen und informierte sich in Georgien über die Arbeit der EU-Monitoring Mission sowie der OSZE-Special Monitoring Mission in der Ukraine. In Georgien hielt er außerdem einen Vortrag zum Thema „European Peace Order: Between Treaties and Conflicts“. Die Krise in der Ostukraine und der Konflikt mit Russland war in beiden Ländern dominierendes Thema aller Gespräche.

Anlässlich der Parlamentseröffnung in Südafrika reiste Vizepräsidentin Ulla Schmidt mit einer Delegation im Februar 2015 nach Johannesburg und Kapstadt. Neben Gesprächen in der Nationalversammlung sowie mit Vertretern des Landesparlamentes und der Regierung Westkap standen vor allem

Fragen der Jugend-, Sozial- und Bildungspolitik im Mittelpunkt des Besuches. Die Delegation informierte sich im Rahmen ausgewählter Projektbesuche vor Ort über das erfolgreiche deutsche Engagement in diesen Bereichen. Daneben befassten sich die Gespräche auch mit Fragen des Aussöhnungsprozesses in der südafrikanischen Gesellschaft sowie mit der prosperierenden Entwicklung der jüdischen Gemeinden und ihren Beitrag zur Erinnerungspolitik des Landes.

Im Februar 2015 reiste Vizepräsidentin Petra Pau nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete, um ein aktuelles Lagebild vom Friedensprozess im Nahen Osten zu erhalten. Ein Schwerpunkt der Reise lag auf Begegnungen mit Juden und Muslimen, mit Israelis und Arabern, die sich gemeinsam in gesellschaftlichen, kulturellen, medialen, wissenschaftlichen und jugendpolitischen Projekten der Zusammenarbeit engagieren.

Auf dem Rückweg von einer Versammlung der Interparlamentarischen Union in Vietnam besuchte Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert im März 2015 Indonesien. In verschiedenen hochrangigen politischen Gesprächen im Parlament und mit der Regierung wurden die bilaterale Zusammenarbeit und die Lage der politischen Stiftungen erörtert sowie die Bekämpfung von islamistischem Extremismus. In der Staatlichen Islamischen Universität Sya-rif Hidayatullah hielt der Bundestagspräsident anlässlich der Abschlussveranstaltung des Stiftungsprojektes „The Role of Muslim Activists in Promoting Human Rights in the Global Context“ der Konrad-Adenauer-Stiftung eine vielbeachtete Rede.

Vizepräsidentin Claudia Roth besuchte im März 2015 Indien. Anlass ihrer Reise war eine Einladung des Dalai Lama nach Dharamsala, dem Sitz der tibetischen Exilregierung, um als Ehrengast beim 56. National Uprising Day teilzunehmen. Weitere Stationen waren New Delhi und Srinagar (Kaschmir). Der inhaltliche Schwerpunkt ihrer Reise lag neben Tibet auf Umwelt-, Klima- und Menschenrechtsfragen. Bei ihrer Rede zum Weltfrauentag in der Deutschen Botschaft in Delhi, an der vorrangig Frauenaktivisten, Politiker, aber auch Frauen aus einem Delhieser Slum teilnahmen, wurden der universelle Charakter der Menschenrechte betont und die spezifischen Herausforderungen Indiens bei der Garantie von Frauenrechten diskutiert. Die Flutkatastrophe und der Kaschmirkonflikt dominierten die Gespräche in Srinagar.

Im April 2015 reiste Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn mit einer Parlamentarierdelegation nach Mali, um sich über den innerstaatlichen Friedens- und Versöhnungsprozess im Lande zu unterrichten und das Interesse Deutschlands an Mali, das sich u. a. auch in der Beteiligung an polizeilichen und militärischen Friedensmissionen manifestiert, zu unterstreichen und

Möglichkeiten der interparlamentarischen Zusammenarbeit zu besprechen.

Vizepräsident Johannes Singhammer besuchte im April 2015 die Republik Kasachstan und die Kirgisische Republik. Neben Fragen der bilateralen Wirtschaftskooperation und der Lage der deutschen Minderheit behandelten die Gespräche auch Aspekte des aktuellen Demokratisierungsprozesses, die Entwicklung der Eurasischen Wirtschaftsunion sowie die Situation der christlichen Kirchen.

Am Runden Tisch des „German American Forum“ im Deutschen Haus des Goethe-Instituts New York nahm Vizepräsidentin Ulla Schmidt im Juni 2015 in Begleitung des Leiters der Abteilung für Kultur und Kommunikation im Auswärtigen Amt teil und informierte sich über den Fortgang der Entwicklungen.

Anlässlich des 50. Jahrestages der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel tagten die Präsidien des Deutschen Bundestages und der Knesset erstmals gemeinsam im Juni 2015 in Jerusalem. Themen der Sitzung waren die Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen Knesset und Deutschem Bundestag, zu der auch eine gemeinsame Erklärung verabschiedet wurde, der Kampf gegen den Antisemitismus in Europa, die Lage im Nahen Osten und der Friedensprozess. Bundestagspräsident Norbert Lammert hielt in einer sowohl vom israelischen als auch vom deutschen Fernsehen übertragenen Sondersitzung der Knesset aus Anlass des Jubiläums eine Rede. In der Gedenkstätte Yad Vashem erfolgte eine Kranzniederlegung. Der Besuch wurde ergänzt durch Begegnungen mit politischen Gesprächspartnern, Kirchen und der Zivilgesellschaft.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt nahm mit einer Parlamentarierdelegation im Juli 2015 an der Eröffnung der Special Olympics Sommerspiele in Los Angeles teil und informierte sich in verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen über die Integration von Menschen mit Behinderungen und behindertengerechten Sport. Außerdem sprach sie ein Grußwort zum Screening der Dokumentation „Ahawah - Kinder der Auguststraße“ in Zusammenarbeit mit dem L.A. Jewish Film Festival und traf mit verschiedenen jüdischen Organisationen zusammen. In Gesprächen mit einigen deutschen Kulturmittlern wurden geplante Projekte und Evaluierungen der Arbeiten dargestellt.

Im September 2015 führte Vizepräsident Singhammer in Washington D.C. Gespräche mit amerikanischen Kongressabgeordneten sowie Vertretern des Department of State. Im Mittelpunkt des Austausches standen Fragen der bilateralen Austauschprogramme sowie die aktuelle Lage der Flüchtlinge in Deutschland und Europa.

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn reiste im September 2015 nach Moskau, um als Ehrengast den Feierlichkeiten zum 10. Jubiläum des Deutschen Historischen Instituts Moskau beizuwohnen. In weiteren politischen Gesprächen mit hochrangigen außenpolitischen Experten wurden die deutsch-russischen Beziehungen, die künftige europäische Sicherheitsarchitektur und die Entwicklungen in Syrien und der Ukraine thematisiert.

Gedenken und Erinnerungskultur

Anlässlich der 69. Jahresfeier der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau reiste Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn am 27. Januar 2014 nach Krakau und nahm als Vertreterin des Deutschen Bundestages an der Gedenkzeremonie in Auschwitz teil.

Im April 2014 nahm Vizepräsidentin Petra Pau in Wien an einer Podiumsdiskussion „1914 - Der Weg in den Krieg“ auf Einladung des deutschen und des französischen Botschafters sowie des Direktors des Heeresgeschichtlichen Museums teil. Sie informierte sich zudem über die Lage der Roma und nahm an der zentralen Gedenkstunde des Konzentrationslagers Mauthausen zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus als Ehrengast teil.

Anlässlich des 25. Jahrestages der ersten halbfreien Wahlen vom 4. Juni 1989 („25th Anniversary of Freedom“) in Polen nahm Vizepräsidentin Ulla Schmidt im Juni 2014 an den zentralen Feierlichkeiten von Regierung und Parlament teil.

Zum 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges und zum 300. Jahrestag der hannoverschen Thronbesteigung in Großbritannien traf sich Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert im Juli 2014 in London mit seinen Amtskollegen aus Ober- und Unterhaus. Alle drei nahmen am ersten gemeinsamen Chorkonzert des British Parliament Choir und des Chores der Musikgemeinschaft Deutscher Bundestag teil.

Vizepräsidentin Claudia Roth reiste zur Teilnahme an den Gedenkfeierlichkeiten anlässlich des 70. Jahrestages der Auflösung des „Zigeunerlagers“ Auschwitz-Birkenau im August 2014 nach Polen und hielt dort die Hauptrede.

Ebenfalls im August 2014 besuchte Vizepräsident Johannes Singhammer Ungarn, um an den Gedenkfeierlichkeiten zum 25. Jahrestag des Paneuropäischen Picknicks in Sopron teilzunehmen.

An den von beiden Kammern des tschechischen Parlaments veranstalteten Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Samtenen Revolution im November 2014 in Prag nahm Vizepräsidentin Petra Pau teil.

Im Mai 2015 nahm Vizepräsidentin Petra Pau im österreichischen Mauthausen anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung an der zentralen Gedenkfeier der Republik Österreich in der KZ-Gedenkstätte teil. Weitere Termine in Wien und im Burgenland widmeten sich Aspekten des österreichischen Widerstands in der Zeit des Nationalsozialismus beziehungsweise der Bekämpfung des Antiziganismus sowie des Rechtsextremismus.

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn fuhr im Juni 2015 in die Ukraine und nahm in Lwiw (Lemberg) an der Eröffnungsveranstaltung zur Einweihung von fünf Holocaust-Gedenkstätten („Protecting Memory Project. Dedication of the Holocaust Memorials“) teil.

Im September 2015 reiste Vizepräsidentin Claudia Roth nach Krakau zur Teilnahme an einer Podiumsdiskussion mit der Künstlerin Sigalit Landau zu der Ausstellung „Polen-Israel-Deutschland – Die Erfahrung von Auschwitz“.

Ebenfalls im September 2015 reiste Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert anlässlich des 25. Jahrestages der deutschen Einheit zu einer Festveranstaltung des deutschen Generalkonsulates in Danzig und hielt dort eine Festansprache.

3. Reisen der Ausschüsse sowie Gegenbesuche

Die Reisen sowie Gegenbesuche der Ausschüsse dienen vornehmlich dazu, Erfahrungen zu wichtigen und aktuellen politischen Themen auszutauschen und Erkenntnisse für die eigene Arbeit zu gewinnen.

Gesprächspartner waren insbesondere die korrespondierenden Ausschüsse und andere Mitglieder der ausländischen Parlamente, daneben Vertreter der Regierungen, andere Gruppen und Personen des öffentlichen Lebens sowie Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), der Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und von Verbänden.

In den folgenden Abschnitten werden die Reisen und Gegenbesuche ausländischer Parlamentarierdelegationen nach den einzelnen Ausschüssen gegliedert aufgeführt. Die internationalen Aktivitäten wurden unter Bezugnahme auf die inhaltlichen Schwerpunkte des jeweiligen Gremiums dargestellt, wobei sie exemplarisch aufgeführt sind. Es handelt sich demnach nicht um eine vollständige Auflistung aller Aktivitäten.

Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Im Berichtszeitraum hat der Ausschuss keine Delegationsreise unternommen.

Bei Besuchen von Delegationen aus Albanien, Hongkong, Kenia, Südafrika und Namibia sowie der Ukraine in Berlin erörterten die Abgeordneten Fragen des Geschäftsordnungs-, Parlaments- und Statusrechts. Darüber hinaus interessierten sich die Gäste für das deutsche Wahlprüfungsrecht sowie allgemein für die Funktion und Arbeitsweise des Ausschusses.

Petitionsausschuss

Wie in den vorherigen Jahren suchten wieder viele internationale Gäste das Gespräch mit dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, denn die Arbeit des Ausschusses, den jährlich bis zu 18.000 Petitionen erreichen, findet in den Parlamenten im Ausland viel Beachtung. Neben dem hohen Arbeitspensum und dem ausgeprägten Grad an Institutionalisierung ist der Grund dafür häufig das Internetportal e-Petitionen. Dort können Petitionen elektronisch eingereicht und bei Eingaben von allgemeinem Interesse auch online diskutiert und mitgezeichnet werden. Das Petitionsportal wird deshalb von vielen Parlamenten inner- und außerhalb Europas als Vorbild angesehen.

So besuchten den Ausschuss Delegationen unter anderem aus Albanien, Kambodscha, Nigeria, Südafrika, Südkorea und Usbekistan sowie eine Gruppe von Vertretern indigener Organisationen aus Lateinamerika, deren Teilnehmer aus Peru, Bolivien, Kolumbien, Panama und Chile kamen. Zudem wurde die seit einigen Jahren enge Zusammenarbeit mit dem Petitionsausschuss des mongolischen Parlaments 2014 mit einem viertägigen Besuch einer Delegation des Großen Staats-Khural der Mongolei in Berlin fortgesetzt, wobei die Delegation auch an einer Sitzung des Petitionsausschusses teilnahm.

Anlass für eine Delegationsreise des Ausschusses im Juni 2014 nach Italien waren neben dem Petitionswesen in Italien insbesondere die Themen Flüchtlinge und Menschenrechte, da den Petitionsausschuss regelmäßig Eingaben zu diesen Themen erreichen. Die Delegation konnte sich mit einem Besuch der Aufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge (CARA) in Caltanissetta auf Sizilien einen Eindruck von der Situation der in Europa ankommenden Flüchtlinge machen. In Rom standen ein Besuch im italienischen Abgeordnetenhaus sowie Gespräche mit dem Direktor des italienischen Flüchtlingsrates (CIR) und dem Leiter der Einwanderungsbehörde des italienischen Innenministeriums auf dem Programm.

Ebenfalls zu den Themen Flüchtlinge und Asylpolitik unternahm eine Delegation des Petitionsausschusses im April 2015 eine Reise nach Frankreich und Spanien, wo die Ausschussmitglieder unter anderem Gespräche mit dem Generaldirektor der französischen Asylbehörde, mit Abgeordneten des Petitionsaus-

schusses des spanischen Parlaments und mit Vertretern gemeinnütziger Organisationen führten. In der Nähe Madrids besuchte die Delegation auch ein Aufnahmelager für Asylsuchende.

Im Oktober 2014 fand die Konferenz der europäischen Länder des Internationalen Ombudsman Instituts (IOI) in Tallinn statt. Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages wurde dort durch seinen stellvertretenden Vorsitzenden vertreten.

Auswärtiger Ausschuss

Wesentliche Themen der Arbeit des Ausschusses waren die durch die russische Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim und das gewaltsame Vorgehen der von Moskau unterstützten separatistischen Gruppen im Osten der Ukraine entstandenen Herausforderungen für die europäische Friedensordnung, aktuelle Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten sowie die instabile Lage in verschiedenen afrikanischen Ländern und ihre Folgen für die europäische Sicherheit. Diese Themen bestimmten weitgehend auch die internationalen Aktivitäten des Auswärtigen Ausschusses und seiner Unterausschüsse. Für den Auswärtigen Ausschuss stand dabei der Wunsch nach Meinungsaustausch und Abstimmung mit den engsten Verbündeten Deutschlands in EU und NATO im Vordergrund.

Auf einer Reise in die USA im Juli 2014 konnte eine Delegation des Ausschusses mit hochrangigen Vertretern aus Regierungsadministration und Kongress nicht nur die durch die Ukraine-Krise entstandene politische Lage in Europa erörtern, sondern ebenso den Stand des deutsch-amerikanischen Verhältnisses vor dem Hintergrund der durch die Tätigkeit der NSA in Deutschland ausgelösten Irritationen. Die Delegation nutzte die Reise zudem, um in New York unter anderem mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen über das deutsche Engagement in den UN zu sprechen. Beim Besuch einer Delegation in London im Oktober 2014 auf Einladung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Unterhauses standen erneut sowohl in der Begegnung mit den britischen Abgeordneten als auch im Gespräch mit Vertretern der Regierung die Ukraine-Krise und ihre Folgen im Vordergrund. Ein weiteres beherrschendes Thema war die Europapolitik, insbesondere das künftige Verhältnis Großbritanniens zur EU.

Auch bei den gemeinsamen Sitzungen mit den Auswärtigen Ausschüssen der französischen Assemblée nationale in Paris im Mai 2014 und des polnischen Sejm in Warschau im Juni 2015 standen die Lage in der Ukraine, die „Östliche Partnerschaft“ der EU und ihr Verhältnis zu Russland im Zentrum, in Paris zudem die Afrika-Politik der EU.

Eine Delegation des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik besuchte im Dezember 2014 Kiew, Lemberg und Moskau, um Möglichkeiten auszuloten, wie man mit Mitteln der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik zu einer Verständigung zwischen der Ukraine und Russland beitragen könne.

Abgeordnete des Unterausschusses für Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln reisten im Oktober 2014 nach Bosnien und Herzegowina, um Strategien gegen stagnierende Reformen und zunehmende Spannungen im Land sowie für eine schnellere EU-Annäherung zu erörtern. Eine Reise nach Kenia im Juli 2015 hatte vor allem innerstaatliche Friedensprozesse, Rechtssicherheit sowie den Schutz zivilen Engagements zum Thema.

Mitglieder des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung hielten sich Mitte Mai 2015 in New York auf, um sich vor Ort über den Verlauf der alle fünf Jahre stattfindenden Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag zu informieren.

Innenausschuss

Die Reisen von Delegationen des Innenausschusses im Berichtszeitraum reflektieren die aktuell geführten innenpolitischen Debatten, die ganz erheblich von den Gefahren durch den islamistischen Terrorismus und der Bewältigung der dadurch verursachten Migrations- und Flüchtlingsströme geprägt sind, sowie von klassischen Themen aus dem Innenbereich, etwa die Daten- und Netzsicherheit oder die Sicherheit bei Großveranstaltungen.

So hatte die Reise einer Delegation des Innenausschusses nach Brasilien im April 2014 zum Ziel, sich im Vorfeld der Fußball-Weltmeisterschaft 2014 ein Bild von dem Sicherheitskonzept der brasilianischen Sicherheitsbehörden, der generellen Sicherheitslage und vor allem auch von der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit zu machen. Im Juni 2014 informierten sich Mitglieder des Innenausschusses in Bulgarien und Rumänien über die Migrationspolitik und deren Auswirkungen in den beiden Ländern. Von besonderem Interesse waren dabei die operative Zusammenarbeit an den EU-Außengrenzen und die Bewältigung der Flüchtlingsströme aus Syrien. Hierzu verschaffte sich die Delegation unter anderem an der bulgarisch-türkischen Grenze sowie in Flüchtlings- bzw. Asylbewerberunterkünften in Bulgarien und Rumänien einen eigenen Eindruck von der Situation der Migranten.

Aus Anlass der aktuellen Debatten zu Cyberkriminalität, Abhöraktivitäten der NSA, nachrichtendienstlicher Zusammenarbeit mit US-Behörden und dem

Schutz von privaten Daten befasste sich eine Delegation des Innenausschusses bei einer Reise in die USA im September 2014 schwerpunktmäßig mit der Frage der Daten- und Netzsicherheit. Der Besuch des „Silicon Valley“ ermöglichte dabei einen direkten Austausch mit US-Firmen über Datensicherheit und Kundenschutz. Auf Einladung des US-Kongresses nahmen die Delegationsteilnehmer auch an der Konferenz „Parliamentary Intelligence Security Forum“ in Washington teil, bei der die Gelegenheit bestand, über Geheimdienstaktivitäten, nachrichtendienstliche Zusammenarbeit und Wahrung der Bürgerrechte zu debattieren.

Im Juni 2015 reiste eine Delegation des Innenausschusses nach Frankreich, um sich mit dem korrespondierenden Ausschuss der Assemblée nationale vor dem Hintergrund der Terroranschläge von Paris zu Fragen der internationalen Sicherheit und insbesondere der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus auszutauschen. Wegen der fortlaufenden Beratungen des Innenausschusses zur Flüchtlingsproblematik haben drei Abgeordnete des Innenausschusses schließlich im September 2015 den Nordirak besucht, um sich vor Ort über die Situation in mehreren Flüchtlingslagern in der Region Kurdistan-Irak und die dort geleistete Unterstützung durch das deutsche Technische Hilfswerk zu informieren.

Sportausschuss

Beratungen im Ausschuss über die Situation der im Rahmen der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik in sportbezogenen Projekten tätigen Auslandsexperten sowie die Beratungen zu entsprechenden Haushaltansätzen im Einzelplan des Auswärtigen Amtes führten zum Beschluss über eine Delegationsreise im Oktober 2014 nach Sambia, Südafrika und Namibia, um einen Eindruck zu gewinnen, wie sich die Maßnahmen der sportbezogenen Entwicklungszusammenarbeit in der Praxis gestalten. Insbesondere das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit und der Deutsche Olympische Sportbund sowie einige seiner Spitzenverbände sind seit Jahrzehnten mit Experten vor Ort im Rahmen von Sportprojekten in Entwicklungsländern bemüht, durch Entwicklung im Sport auch zur generellen gesellschaftspolitischen Entwicklung beizutragen. Während der Delegationsreise des Ausschusses wurde deutlich, dass Deutschland für dieses internationale Engagement ausnahmslos eine hohe Wertschätzung bei den örtlichen Kooperationspartnern aus dem Sport und den beteiligten Regierungsorganisationen erhält. Den Projekten gelingt es, durch eine Kombination aus Sachspenden, Aufbau

von Infrastruktur, Fachwissen und Engagement deutscher Sportexperten zur Entwicklung vor Ort beizutragen.

Gespräche mit den in der Schweiz ansässigen internationalen Sportverbänden und mit Parlamentariern zu der Vergabe und Akzeptanz von Sportgroßveranstaltungen, zur Verbandstransparenz und zu Maßnahmen gegen Spielmanipulation sowie mit dem Court of Arbitration for Sport (CAS) zur Sportgerichtsbarkeit führte eine Ausschussdelegation im April 2015 im Rahmen ihrer dreitägigen Schweiz-Reise. Diese stand im Kontext der im Ausschuss diskutierten Vergabeentscheidungen der FIFA zu Russland und Katar, der Vergabe der European Games nach Baku und der Debatte über die Agenda 2020 des IOC sowie der Ausgestaltung des Anti-Doping-Gesetzes und insbesondere der Frage der Sportschiedsgerichtsbarkeit.

Eine Fortsetzung des regelmäßigen Dialogs mit dem Ausschuss für Körperkultur, Sport und Tourismus des polnischen Parlaments erfolgte durch den Besuch von Mitgliedern des Sportausschusses in Warschau im Oktober 2014. In einer gemeinsamen Sitzung beider Ausschüsse ging es um einen Nachbericht zur Männer-Volleyball-Weltmeisterschaft in Polen 2014, Fragen der Sicherheit bei internationalen Sportgroßveranstaltungen, Förderkonzepte des Breiten- und Spitzensports sowie um den Bereich Glücksspiel unter besonderer Berücksichtigung von Wetten im Internet.

Im Juni 2015 empfing der Sportausschuss den Gegenbesuch einer polnischen Delegation des Ausschusses für Körperkultur, Sport und Tourismus des Sejms. Neben den vorgenannten Themen erörterten die polnischen und deutschen Abgeordneten die „Entwicklung von Basisvoraussetzungen für Wintersportarten“, die aktuelle Entwicklung im Antidopingkampf und den Entwurf des Antidoping-Gesetzes der Bundesregierung in einer gemeinsamen Ausschusssitzung.

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Der Ausschuss sowie sein Unterausschuss Europarecht haben im Berichtszeitraum Reisen zu rechtspolitischen und verbraucherpolitischen Themen durchgeführt.

So informierte sich eine Ausschussdelegation im Juni 2014 in der Ukraine über den Stand der Verfassungsreform und die Reform des Gerichtssystems sowie über die Stärkung zivilgesellschaftlicher Kräfte beim Schutz von Grund- und Menschenrechten in der Ukraine. Auf Einladung der französischen Nationalversammlung in Paris berieten im September 2014 Mitglieder des Ausschusses mit Delegierten zahlreicher nationaler Parlamente über den Vorschlag der Euro-

päischen Kommission zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft sowie über den Stand der Beratungen zum sogenannten Datenschutzpaket.

Eine Delegation des Ausschusses beschäftigte sich auf Einladung des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China im Oktober 2014 in Peking im Rahmen des zwischen beiden Ländern vereinbarten Rechtsstaatsdialoges mit verfassungsrechtlichen und justizpolitischen Fragestellungen. Gespräche mit der Rechtskommission des Nationalen Volkskongresses, mit dem staatlichen Rechtsamt, dem Obersten Volksgerichtshof sowie anderen Institutionen dienten dem Erfahrungsaustausch im Bereich der Gesetzgebung. Die Besichtigung einer Justizvollzugsanstalt erbrachte Kenntnisse über die Strafvollzugspraxis in China. Gespräche mit Nichtregierungsorganisationen zu Möglichkeiten des bürgerlichen Engagements sowie mit Rechtsanwälten ließen ein differenziertes Bild entstehen. In Shanghai standen wirtschaftsrechtliche Themen und der Verbraucherschutz im Vordergrund des Besuchsprogramms. Neben Gesprächen mit Vertretern von Wirtschaft und Handel wurden mehrere Produktionsstätten von für den europäischen und deutschen Markt bestimmten Textilien besichtigt und mit Herstellern, Zwischenhändlern und einem Handelskonzern Fragen der Produktionszertifizierung und Möglichkeiten der Schaffung eines Textilbündnisses erörtert.

Die intensiven Beratungen des Ausschusses über das europäische Datenschutzpaket, die Reform des europäischen Urheberrechts sowie die Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP wurden durch eine Delegation des Ausschusses bei Fachgesprächen mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments, mehreren EU-Kommissaren und einem Generaldirektor der EU-Kommission sowie mit Interessenvertretern im Juni 2015 in Brüssel vertieft.

Der Unterausschuss Europarecht hat seine Praxis der vergangenen Wahlperiode fortgesetzt und sich bei Institutionen der Europäischen Union, deren Zuständigkeit im Bereich der Rechtspolitik liegt, einen Überblick über deren Tätigkeit und aktuelle Problemstellungen verschafft. So reisten Mitglieder des Unterausschusses im September 2014 zum Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (HABM) im spanischen Alicante und informierten sich in zahlreichen Gesprächen mit hochrangigen Behördenvertretern unter anderem über EU-spezifische Problemstellungen des Rechts des geistigen Eigentums. Eine weitere Delegation des Unterausschusses besuchte im April 2015 die europäische Behörde Eurojust in Den Haag, wo sie Fachgespräche zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Strafsachen, der Reform von Eurojust und der geplanten Verordnung zur Errichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft führte.

Finanzausschuss

Wenn auch nicht mehr in der Intensität wie in der vergangenen Legislaturperiode, so waren die internationalen Aktivitäten des Finanzausschusses auch in diesem Berichtszeitraum wieder stark durch die noch andauernde Bewältigung der Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise gekennzeichnet. In diesem Kontext sind insbesondere die aus dieser Krise resultierende Staatsschuldenkrise im Euroraum, die Regulierung der Finanzmärkte, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und die Bekämpfung der Steuerhinterziehung zu nennen.

Alle diese Fragestellungen waren Gegenstand eines Gedankenaustauschs mit Mitgliedern des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Assemblée nationale im September 2014 in Paris. Mit diesem Treffen jährte sich zum zehnten Mal der regelmäßige Austausch beider Ausschüsse. Anknüpfend an einen Besuch in London zum Ende der letzten Legislaturperiode reiste eine Delegation des Finanzausschusses im Juni 2014 nach Dublin, um sich in Gesprächen mit Vertretern des irischen Parlaments, der irischen Regierung und der Aufsichtsbehörden über die aktuelle fiskalische Situation des Landes, über unlauteren Steuerwettbewerb und über den irischen Schattenbankensektor auszutauschen.

Die Rolle und Bedeutung der chinesischen Schattenbanken, die als bislang einzige Quelle für Kredite an private Unternehmen einen wichtigen Teil des chinesischen Finanzmarktes ausmachen, gehörten auch zu den Gesprächsthemen, die im Mittelpunkt einer Delegationsreise nach China im Oktober 2014 standen.

Der Stand der internationalen Bemühungen zur Stabilisierung der Finanzmärkte, die Besteuerung internationaler Konzerne vor dem Hintergrund von Gewinnverkürzungen und Gewinnverlagerungen sowie die Eurostaaten-Schuldenkrise standen im Mittelpunkt der Gespräche, die eine Delegation des Finanzausschusses im Juli 2015 in den USA und in Kanada führte. Die Tatsache, dass in dieser Zeit die Staatsschuldenkrise in Griechenland ihrem Höhepunkt zustrebte, gab dem Gedankenaustausch eine zusätzliche aktuelle Brisanz.

Im Gegenzug konnte der Finanzausschuss zu Gesprächen in Berlin Delegationen u. a. aus Großbritannien, Pakistan, Kenia, Kroatien, Kirgistan, Myanmar sowie der Schweiz begrüßen. Im Mittelpunkt dieser Gespräche standen Fragen der internationalen Finanzmarktregulierung, der Euro-Schuldenkrise, aber auch der Aufbau des deutschen Steuersystems und der deutschen Steuerverwaltung. Darüber hinaus hatte der Finanzausschuss die Gelegenheit, Gespräche mit Lord Jonathan Hopkin Hill, dem EU-Kommissar für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Union der

Kapitalmärkte, sowie den Finanzministern Estlands, Kanadas, Kroatiens, Lettlands und Norwegens zu führen.

Haushaltsausschuss

Der Haushaltsausschuss ist aufgrund seiner Zuständigkeiten für den Gesamtetat und für alle kostenwirksamen Einzelmaßnahmen in sämtlichen politischen Fachgebieten tätig, was sich auch in seinen internationalen Aktivitäten im Hinblick auf die unterschiedlichsten Themen und Politikfelder widerspiegelt.

Im Berichtszeitraum begleitete der Ausschuss traditionsgemäß Versorgungsflüge der Bundeswehr in afrikanische Länder, die im Rahmen der Ausstattungshilfe Materialien und Beratungshilfe erhalten. Im Juli 2014 war das Ziel Namibia, im Februar 2015 war es Ghana. Bei beiden Reisen wurde den Delegationsmitgliedern im Rahmen von konkreten Projektbesuchen die Effektivität der deutschen Hilfe dargestellt.

Die Bundeswehr war im April 2015 ebenfalls Anlass einer Delegationsreise der zuständigen Berichterstatte in die USA, wo sie sich vor Ort bei militärischen Dienststellen und Rüstungsunternehmen über anstehende Beschaffungsvorhaben informierten. Konkret ging es dabei um die taktischen Luftverteidigungssysteme PATRIOT und MEADS. Ebenfalls im Zentrum des Interesses der Abgeordneten standen Drohnen im mittleren und hohen Flugbereich.

Im August 2014 reiste eine Delegation des Rechnungsprüfungsausschusses, eines Unterausschusses des Haushaltsausschusses, zu einem Gedankenaustausch mit dem tschechischen Obersten Rechnungshof nach Prag, um Näheres über Ablauf und Ergebnisse mehrerer Twinning-Projekte mit dem deutschen Bundesrechnungshof zu erfahren. Eine sich unmittelbar anschließende Reise führte nach Brüssel, wo übergreifendes Thema der Gespräche die Ziele und Probleme der Harmonisierung der europäischen Rechnungsführungsgrundsätze (European Public Sector Accounting Standards - EPSAS) war.

Die Euro-Stabilisierung war auch in diesem Berichtszeitraum ein Schwerpunkt der Arbeit des Haushaltsausschusses. Nachdem Griechenland infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise finanzielle Hilfen aus dem Europäischen Rettungsschirm EFSF erhielt, informierte sich im September 2014 eine Delegation des Haushaltsausschusses vor Ort über den Stand und die Auswirkungen der Reformbemühungen sowie über die gesamtwirtschaftliche Lage.

Die Entwicklungen in der Eurozone standen auch während eines zweitägigen Besuchs im April 2015 in Luxemburg im Blickpunkt, an dem Mitglieder des Haushaltsausschusses teilnahmen, die zugleich seinem Unterausschuss zu Fragen der Europäischen

Union angehören. Während ihres Aufenthalts führten die Ausschussmitglieder Gespräche mit hochrangigen Vertretern Europäischer Institutionen (Europäische Investitionsbank, Europäischer Rechnungshof, European Stability Mechanism, Eurostat).

Den im Haushaltsausschuss für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern (Einzelplan 06) zuständigen Berichterstattem ging es bei ihrer Reise im April 2015 nach Jordanien und Erbil/Irak (Kurdistan) darum, sich über die Entwicklung der Terrororganisation „Islamischer Staat“ in der Region, über die Situation der Flüchtlinge im jeweiligen Land und über die damit verbundenen finanziellen und organisatorischen Herausforderungen zu informieren. Das Hauptaugenmerk während des nachfolgenden Aufenthalts der Delegation in Doha/Katar lag darin, sich über die sicherheits- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit zwischen Katar und Deutschland auszutauschen und auch die Arbeitsbedingungen für in Katar tätige Gastarbeiter zu thematisieren.

Bei einer Delegationsreise Anfang Juni 2015 nach Japan standen die gesamtwirtschaftliche Situation und die Lage der Staatsfinanzen mit einer hohen Verschuldung und mit umfangreichen Anleihen-Kaufprogrammen im Mittelpunkt des Interesses. Weitere Schwerpunkte waren die Vorbereitung und Finanzierung der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2020 sowie die Wirksamkeit des vom Goethe-Institut in Kyoto angebotenen Residenzprogramms für deutsche Künstlerinnen und Künstler.

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Neben der Energiepolitik ist der herausragende Beratungsschwerpunkt des Ausschusses für Wirtschaft und Energie in der 18. Wahlperiode die Begleitung der Verhandlungen über das umfassende Transatlantische Partnerschafts- und Investitionsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika (TTIP) sowie das Wirtschafts- und Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA). Die Verhandlungsführer für beide Abkommen sowohl auf amerikanischer und kanadischer als auch auf europäischer Seite waren Gäste in mehreren Sitzungen des Ausschusses.

Im Mittelpunkt einer Delegationsreise im Oktober 2014 nach Kanada standen Gespräche über das Wirtschafts- und Freihandelsabkommen „Comprehensive Economic and Trade Agreement“ (CETA) zwischen Kanada und der Europäischen Union. Zudem informierte sich die Delegation über die Perspektiven für eine stärkere Zusammenarbeit im Energie- und Rohstoffsektor.

Um sich ein Bild von der energiepolitischen Entwicklung und dem international vorbildlichen Breitbandausbau dort zu machen, reiste eine Delegation des Ausschusses im Juni 2014 in die Republik Korea.

Auf Einladung des italienischen Parlaments nahmen Mitglieder des Ausschusses im Oktober 2014 in Rom an dem 8. Treffen der parlamentarischen Partnerschaft Asien-Europa (ASEP VIII) teil. Im Mittelpunkt des Treffens stand die Rolle der Parlamente bei der Förderung des Asien-Europa-Dialogs, der Unterstützung von nachhaltigem Wachstum und der Stärkung von Regierungsstrukturen.

Energie- und rohstoffpolitische Themen bildeten den Anlass für eine Delegationsreise im Februar 2015 nach Australien. Auf die deutsche Energiewende wurden die Ausschussmitglieder überall mit großem Interesse angesprochen.

Insbesondere zu Fragen der Energiepolitik wurden die guten deutsch-französischen Beziehungen des Bundestages mit der Assemblée nationale fortgesetzt und intensiviert. Eine gemeinsame Ausschusssitzung im Dezember 2014 mit dem Wirtschaftsausschuss der Assemblée nationale in Berlin verfolgte das Ziel, durch einen offenen Meinungsaustausch zu politisch relevanten Themen und in persönlichen Kontakten das Verständnis für die Position des Partnerlandes zu vertiefen.

Die Vielzahl an internationalen Besuchern in Berlin belegt das große Interesse an der Arbeit des Ausschusses und die guten und intensiven internationalen Kontakte. Unter anderem empfing der Ausschuss Delegationen aus Israel, USA, China, Russland, Indien, Lettland, Kanada, Kenia, Bahrain und Kuwait. Das Thema Energiewende nahm bei allen Gesprächen eine übergeordnete Rolle ein. Die europapolitische Verantwortung des Ausschusses wurde durch den Besuch mehrerer EU-Kommissare im Ausschuss bekräftigt.

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Im Rahmen seiner internationalen Aktivitäten beschäftigte sich der Ausschuss unter anderem mit Fragen der gesunden Ernährung, dem Handel mit Lebensmitteln, der globalen Ernährungssicherung, der Zusammenarbeit im landwirtschaftlichen Bereich, dem Tierwohl sowie mit der nachhaltigen landwirtschaftlichen Nutzung.

Thematischer Schwerpunkt einer Delegationsreise im September 2014 in die USA war der transatlantische Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln im Kontext der Verhandlungen zwischen der EU und den USA für eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP).

Die Berglandwirtschaft, der ökologische Landbau, die regionale Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten, die Weiterentwicklung des Tierschutzes in der Nutztierhaltung, die nationale Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU sowie die Reform der EU-Ökoverordnung waren die zentralen Inhalte einer Delegationsreise, die den Ausschuss im Oktober 2014 nach Österreich führte.

Anfang Juni 2015 besuchte eine Delegation des Ausschusses Israel und die Palästinensischen Gebiete. Inhaltliche Schwerpunkte bildeten die Bewässerung und das Wassermanagement in der Landwirtschaft sowie Forschung und Entwicklung im Agrar- und Ernährungssektor. Ende Juni 2015 reisten dann Mitglieder des Ausschusses zur Weltausstellung EXPO 2015 im italienischen Mailand. Sie besuchten dort unter anderem den deutschen Pavillon und führten mit Vertretern anderer Länder, Repräsentanten internationaler Organisationen und Nichtregierungsorganisationen Gespräche zu Fragen der globalen Ernährungssicherung sowie der internationalen Zusammenarbeit im landwirtschaftlichen Bereich.

Im Berichtszeitraum empfing der Ausschuss zahlreiche internationale Gäste. Hierzu gehörten Gespräche mit dem Sonderbeauftragten für Agrarhandel von Neuseeland, dem Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für bäuerliche Familienbetriebe, einer Delegation von Mitgliedern des Landwirtschaftsausschusses des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China, Mitgliedern des Ausschusses für Landwirtschaft des kasachischen Parlaments, einer ukrainischen Delegation von Agrarpolitikern aus Regierung und Parlament, einer aus Abgeordneten und Ministern bestehenden Delegation aus der Föderativen Republik Brasilien sowie mit einer Delegation des vietnamesischen Bauernverbands. Im Rahmen offizieller Parlamentspräsidentenbesuche kam es zu Begegnungen mit dem Parlamentspräsidenten der Mongolei sowie dem Präsidenten des Repräsentantenhauses von Neuseeland jeweils in Begleitung einer Parlamentarierdelegation am Sitz des Deutschen Bundestages.

Im Ausschuss waren zudem sowohl der ehemalige und auch der amtierende EU-Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung als auch der Leiter der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission für einen fachlichen Meinungs austausch zu Gast.

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Die Reisen des Ausschusses dienten im Berichtszeitraum zum einen der unmittelbaren Begleitung von Gesetzesberatungen und ergaben sich zum anderen aus intensiven öffentlichen Diskussionen. So war letzteres der konkrete Anlass für eine Delegationsreise nach Rumänien und Bulgarien im Juni 2014. Nach dem Inkrafttreten der EU-Freizügigkeitsregelungen

hatte sich im gesellschaftlichen und politischen Raum eine außerordentlich kontrovers geführte Diskussion darüber entfaltet, welche Auswirkungen dieser Umstand für den deutschen Arbeitsmarkt und das Sozialsystem haben würde. Nachdem die Bundesregierung eine besondere Staatssekretär-Runde dafür eingesetzt hatte, hielt der Ausschuss es für sinnvoll, sich vor Ort über die Migrationspotentiale, insbesondere die Situation der Roma sowie die Integrationsmaßnahmen der dortigen Regierungen zu informieren.

Ebenfalls im Juni 2014 besuchte eine Delegation im Rahmen der Gesetzesberatungen zur Einführung eines Mindestlohnes Großbritannien, um sich dort über die Auswirkungen einer solchen Maßnahme sowie die Anpassungsmechanismen zu informieren. Großbritannien erschien dafür besonders geeignet, da es als größeres Industrieland auch erst spät einen Mindestlohn eingeführt hat.

Die anhaltenden und mitunter sehr kontroversen Diskussionen über die Auswirkungen der von den Euro-Staaten vor allem für einige südeuropäische Staaten vereinbarten Hilfs- und Anpassungsprogramme auf die soziale Lage der Menschen und die dortigen Arbeitsmärkte waren Anlass für eine Informationsreise im Oktober 2014 nach Portugal. Im Mittelpunkt der Gesprächstermine standen die durchgeführten Arbeitsmarktreformen, die finanzielle Konsolidierung der sozialen Sicherungssysteme sowie Fragen der Armutsgefährdung und der sozialen Ausgrenzung.

In Vorbereitung der auf den Ausschuss zukommenden Gesetzesberatungen zu einem Bundesteilhabegesetz besuchten die behindertenpolitischen Sprecher im Ausschuss im Mai 2015 Schweden, das in der Fachwelt in vielen behindertenpolitischen Fragen wie beispielsweise der Gewährung von persönlicher Assistenz, der Inklusion im Bildungswesen, der Barrierefreiheit oder der Abschaffung von Behinderteneinrichtungen als besonders wegweisend angesehen wird.

Wiederholte Berichte der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über eine Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, sogar von Formen der Zwangsarbeit, extrem schlechten Arbeitsbedingungen in Unternehmen sogenannter Lieferketten und nicht zuletzt die Rana Plaza Tragödie in Bangladesch veranlassten den Ausschuss zunächst zu einem Informationsbesuch bei der ILO in Genf im Juni 2015 sowie im Anschluss daran im August 2015 zu einem Besuch der Länder Malaysia, Indonesien und Bangladesch. Ziel war es, sich über die dort herrschenden Arbeitsbedingungen, den Arbeitsschutz und die Arbeitsinspektion zu informieren, ebenso über Systeme eines zumindest vorhandenen Basissozialschutzes, wie er von der ILO und den Vereinten Nationen gefordert wird. Dabei war auch

von Interesse, welche Verantwortung die auftraggebenden Unternehmen der westlichen Industrieländer für die Ausgestaltung der Produktionsbedingungen in diesen Ländern übernehmen.

Die Themen, welche im Mittelpunkt der Auslandsreisen von Ausschussdelegationen standen, waren auch Gegenstand von Gesprächen mit ausländischen Besuchern in Berlin. Beim Treffen mit dem bulgarischen und dem britischen Arbeitsminister ging es um die Auswirkungen innereuropäischer Wanderungen auf die Sozialsysteme. Die tschechische Arbeitsministerin sprach mit dem Ausschuss über die Probleme infolge der Einführung des Mindestlohnes auf den Transitverkehr. Im Mittelpunkt eines Gespräches mit dem Vorsitzenden des Sozialausschusses des Europarates stand die Frage der Ratifizierung der revidierten Europäischen Sozialcharta. Schließlich wünschte die stellvertretende Arbeitsministerin Griechenlands mit dem Ausschuss ein Gespräch über die sozialen Folgen der ihrem Land aufgetragenen Reform- und Konsolidierungsmaßnahmen.

Verteidigungsausschuss

Auch in der ersten Hälfte der 18. Wahlperiode standen Besuche der Mitglieder des Ausschusses in den Einsatzgebieten der Bundeswehr im Vordergrund seiner internationalen Aktivitäten. Dabei ging es darum, sich vor Ort ein Bild vom Stand der Auftragserfüllung der vom Deutschen Bundestag erteilten und im Ausschuss wiederkehrend beratenen Mandate zu verschaffen und sich über die Einsatzbedingungen der Soldatinnen und Soldaten zu informieren. Ein weiteres Augenmerk galt der Vertiefung der guten Kontakte zu europäischen Partnerausschüssen und hier insbesondere zu den beiden französischen Verteidigungsausschüssen der Assemblée nationale und des Senats.

Die Reisen in die Einsatzgebiete wurden aufgrund der zum Teil sehr schwierigen Anreisemöglichkeiten sowie der angespannten Sicherheitslage vor Ort in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium der Verteidigung durchgeführt. Im Mai 2014 und im September 2015 begleiteten Ausschussdelegationen Mitglieder der Bundesregierung nach Afghanistan und führten dort Gespräche mit afghanischen Parlaments- und Regierungsvertretern sowie mit den Soldatinnen und Soldaten des deutschen Einsatzkontingents. Bei der Reise im September 2015 standen die Erfahrungen mit der erstmals mandatierten Mission „Resolute Support“ im Vordergrund. Jeweils im Februar 2014 und im Juli 2015 informierten sich Mitglieder des Ausschusses über die Einsatzsituation und die sicherheitspolitische Lage in Mali.

Das brutale Vorgehen der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ im Norden des Iraks und in den angrenzenden Gebieten stand ab dem Spätsommer 2014 im Zentrum

der Ausschussarbeit. Im Vorfeld der Beratungen zu einem Bundestagsmandat für eine Ausbildungsmission im Norden des Iraks reiste eine Delegation in Begleitung von Vertretern der Bundesregierung im Januar 2015 in die Krisenregion, um politische Gespräche sowohl in Bagdad und Erbil als auch in Jordanien zu führen.

Anfang Juli 2015 informierte sich eine Delegation des Ausschusses über den Einsatz der Deutschen Marine im Mittelmeer im Rahmen der Seenotrettung von Bootsflüchtlingen. Der Einsatz wurde im Beisein der Abgeordneten beendet und in die EU-Mission im Mittelmeer EUNAVOR MED überführt. Zur Vertiefung der guten interparlamentarischen Kontakte des Verteidigungsausschusses mit seinen Partnerausschüssen in anderen europäischen Parlamenten führte der Ausschuss Delegationsreisen im März 2014 nach London, im Januar 2015 in die Schweiz und im Mai 2015 nach Prag durch. Ein besonderer Fokus lag auf der Intensivierung der Kontakte zu den beiden Verteidigungsausschüssen der französischen Assemblée nationale und des Senats. Hier kam es auf Delegationsebene sowohl zu einem Treffen in Berlin als auch zu einem Treffen bei der Deutsch-Französischen Brigade in Müllheim.

In Brüssel besuchte eine Delegation des Ausschusses im Mai 2014 das Hauptquartier der NATO und führte hier insbesondere Gespräche zur veränderten Bedrohungslage infolge des Russland-Ukraine-Konflikts. Im April 2015 reiste eine Ausschussdelegation nach New York, Washington D.C. und Tampa, um Gespräche zu führen mit Vertretern der UNO über den Stand der aktuellen UN-Missionen sowie mit Parlamentariern und Regierungsvertretern zu Fragen des gemeinsamen Einsatzes in Afghanistan und die Bedrohung durch den Russland-Ukraine-Konflikt. In Tampa informierten sich die deutschen Verteidigungspolitiker über die Arbeit des US Central Command.

Am Sitz des Deutschen Bundestages in Berlin begrüßte der Ausschuss eine Vielzahl internationaler Gäste. Hierzu zählten Delegationen aus europäischen Staaten, aber auch aus asiatischen Staaten wie Myanmar, China, Pakistan und Indonesien. Auch Delegationen aus dem südamerikanischen Raum und aus dem Nahen und Mittleren Osten empfing der Ausschuss. Bei den intensiven Gesprächen ging es zum einen um den Informationsaustausch zur aktuellen Lage in den jeweiligen Regionen und zum anderen auch um die Darstellung und Erläuterung des deutschen parlamentarischen Kontrollsystems im Bereich der Verteidigung sowie die Regelungen des Parlamentsbeteiligungsgesetzes.

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Gleichstellungspolitische Fragestellungen bildeten den Anlass für eine dreitägige Delegationsreise des Ausschusses nach Wien im November 2014. Im Bestreben nach einer umfassenden Gleichstellung der Geschlechter beschäftigen sich das Parlament und die Regierung in Österreich mit vergleichbaren Themen wie der Deutsche Bundestag. So wurden in den Gesprächen mit Abgeordneten, Vertreterinnen des österreichischen Bundesministeriums für Bildung und Frauen und der Stadt Wien aktuelle Fragen und Positionen zu den Themen Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt, Entgeltgleichheit, Frauen in Führungspositionen, „Gender Budgeting“ sowie Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf erörtert. Darüber hinaus informierten sich die Bundestagsabgeordneten über den europaweit einzigartigen Frauennotruf der Stadt Wien, die österreichischen Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und über die Situation der Frauenhäuser.

Aus Anlass des 20jährigen Jubiläums der letzten Weltfrauenkonferenz von Peking beteiligte sich im März 2015 eine Delegation des Ausschusses an der 59. Sitzung der UN-Frauenrechtskommission in New York. Mit internationalen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern diskutierten die Abgeordneten den Stand der Umsetzung der Beschlüsse der Aktionsplattform von Peking 1995, bei denen es vor allem um Fragen des Schutzes von Frauen vor Gewalt, die Beteiligung von Mädchen an der Schulbildung und die Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben geht.

Ausschuss für Gesundheit

Die internationalen Aktivitäten des Ausschusses im Berichtszeitraum dienten dazu, sich vor dem Hintergrund der im deutschen Gesundheitswesen anstehenden politischen Entscheidungen über aktuelle Entwicklungen auf internationaler Ebene zu informieren und daraus Erkenntnisse zur Weiterentwicklung des deutschen Gesundheitswesens zu gewinnen.

Im September 2014 informierte sich eine Ausschussdelegation über das kanadische Gesundheitssystem. Bei aller Unterschiedlichkeit der Systeme stehen beide Länder durch den demographischen Wandel, die Zunahme der chronischen Erkrankungen und die steigenden Kosten im Gesundheitssektor vor den gleichen Herausforderungen. Aus deutscher Sicht war unter anderem interessant, wie Kanada die Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum sicherstellt. Dazu informierte sich die Delegation in der Provinz Ontario über die Nutzung des weltweit größten Telemedizin-Netzwerkes. Weitere Gesprächsthemen

waren Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen sowie das Kosten-Leistungs-Verhältnis.

Eine Delegationsreise nach Portugal im April 2015 diente schwerpunktmäßig dem Besuch der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA). Hier erhielten die Abgeordneten einen Überblick über die aktuelle Datenlage und Strategien zur Bekämpfung der europäischen Drogenprobleme. Darüber hinaus informierte sich die Delegation in Gesprächen mit Parlamentariern und Vertretern der portugiesischen Drogenbehörde über die portugiesische Drogenpolitik, die sich am Prinzip der Schadensminimierung orientiert.

Anlass für die Delegationsreise im Mai 2015 nach Griechenland war die mediale Berichterstattung über eine humanitäre Krise in Griechenland aufgrund der im Zuge der Finanzkrise von EU, IWF und EZB geforderten Sparmaßnahmen. Die Delegation hat sich vor Ort über den Umsetzungsstand der Reformmaßnahmen und deren Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung der griechischen Bevölkerung informiert und zu diesem Zweck mit dem griechischen Gesundheitsminister und seinem Stellvertreter, mit Mitgliedern des Sonderausschusses für soziale Angelegenheiten im griechischen Parlament sowie mit Akteuren aus dem Gesundheitssektor (Leistungserbringer, Krankenversicherung EOPYY) und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen gesprochen. Zur politischen Einschätzung der aktuellen Situation traf sich die Delegation mit den Leiterinnen und Leitern der deutschen politischen Stiftungen in Athen. Zur Abrundung des Bildes und um direkt mit Betroffenen zu sprechen, besuchte die Delegation ein öffentliches Krankenhaus, eine soziale Apotheke und Arztstation in der Nähe von Athen sowie eine Sozialstation der Hilfsorganisation „Ärzte der Welt“.

Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Die Zusammenarbeit mit anderen Ländern in Verkehrsfragen ist ein wichtiges Themenfeld für Delegationsreisen des Ausschusses. Dabei stehen der Betrieb transnationaler Verkehrsachsen sowie Kooperationsmöglichkeiten bei Bau, Betrieb und Nutzung von Verkehrsinfrastruktur im Vordergrund. Auch der Themenbereich der Digitalen Infrastruktur spielt bei den Gesprächen mit Verkehrspolitikern im Ausland eine zunehmend wichtige Rolle.

Einen Schwerpunkt der Reise des Ausschusses nach Tschechien im Juni 2014 bildeten die Gespräche mit Abgeordneten, Vertretern der Regierung, der Wirtschaft und von Nichtregierungsorganisationen zu Fragen des grenzüberschreitenden Verkehrs. Es ging hier insbesondere um die Verwirklichung und Verbesserung von Verbindungen zwischen Deutschland und

Tschechien durch Verkehrsprojekte auf Schiene und Straße. Ferner setzte sich die Delegation mit zwei konkreten Vorhaben im Bereich der Binnenschifffahrt auseinander: mit der Frage eines möglichen Elbausbaus sowie mit der geplanten Staustufe in Děčín. Die Delegation informierte sich über die verschiedenen Standpunkte zu den wirtschaftlichen, ökologischen und verkehrspolitischen Aspekten dieser Projekte.

Bei einer Delegationsreise in die USA im Oktober 2014 verfolgten die Ausschussmitglieder vor allem das Ziel, in Gesprächen mit Abgeordneten, der Regierung, Vertretern von Regulierungsbehörden und Unternehmen aus der IT-Branche bzw. der Telekommunikationswirtschaft Erkenntnisse über die Entwicklung der dortigen digitalen Infrastruktur und über Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Deutschland in diesem Sektor in Erfahrung zu bringen. Ein besonderes Augenmerk legte die Delegation auf die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen der Amerikaner für den Breitbandausbau, insbesondere im Vergleich mit den entsprechenden Gegebenheiten in Europa. Die Gespräche der Delegation im Bereich Verkehrspolitik betrafen u.a. das gemeinsame Luftverkehrsabkommen, das Thema Emissionshandel im Luftverkehr sowie den Aufbau eines Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnnetzes in Kalifornien.

Bei einer Delegationsreise nach Österreich und in die Schweiz im Frühjahr 2015 standen Verkehrsfragen im Vordergrund. Der Ausschuss hat sich unter anderem über die Erfahrungen der beiden Nachbarländer mit Infrastrukturfinanzierung und Infrastrukturerhaltung informiert. Zudem ging es bei den Gesprächsterminen um die nachbarschaftlichen Verkehrsbeziehungen. In diesem Zusammenhang wurden insbesondere der alpenquerende Güterverkehr und Projekte zur Verlagerung des Transitverkehrs auf die Schiene sowie die kurz vor Beginn der Reise vom Deutschen Bundestag beschlossene Einführung einer Infrastrukturabgabe („PKW-Maut“) erörtert. Der Umgang mit grenznahen Flughäfen, die Bekämpfung von (Schiene-)Verkehrslärm sowie die Erfahrungen in den Nachbarländern mit Beteiligungsprozessen bei der Planung von Großprojekten im Verkehrsbereich waren weitere Themen dieser Informationsreise.

Auf dem Programm eines Arbeitsbesuchs in Brüssel im März 2015 standen Gespräche mit deutschen Mitgliedern des Europäischen Parlaments aus den Ausschüssen für Verkehr und Fremdenverkehr, Kultur und Bildung sowie Industrie, Forschung und Energie, ebenso mit den zuständigen EU-Kommissaren für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft sowie für Verkehr. Themen waren die geplante Einführung einer Infrastrukturabgabe für PKW in Deutschland, die Verhandlungen auf europäischer Ebene über das vierte

Eisenbahnpaket sowie die Perspektiven für die Vervollständigung des Binnenmarktes im Transportbereich und für die Entwicklung einer digitalen europäischen Strategie.

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Die Themen des Ausschusses spiegeln sich im Berichtszeitraum auch in seinen internationalen Aktivitäten wider. So ging es bei der Delegationsreise des Ausschusses in die USA und nach Kanada im August 2014 hauptsächlich um die geplanten Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP). Dabei erörterten die Abgeordneten die unterschiedlichen Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Organismen, Chemikalien und Nanomaterialien. Darüber hinaus ging es ihnen um die Klimaschutzziele, die Klimapolitik und Fragen der strategischen Ausrichtung auf nationaler wie auf internationaler Ebene. Auch Fragen der Erdgasförderung mittels Fracking sowie die Nutzung von Teersanden wurden erörtert. Die Delegation führte Gespräche mit Mitgliedern des US-Repräsentantenhauses und lokaler Parlamente, mit Vertretern aus Wissenschaft und Verwaltung, von Umweltverbänden und weiteren Nichtregierungsorganisationen.

Im Dezember 2014 wurde eine Delegation des Ausschusses zum UN-Klimagipfel nach Lima/Peru entsandt. Die Abgeordneten führten Gespräche mit zahlreichen Parlamentarierdelegationen, Vertretern von Regierungsdelegationen und Nichtregierungsorganisationen, Klimazeugen und Klimaflüchtlingen sowie Vertretern indigener Völker, um sich über den Fortschritt nationaler Klimaschutzgesetzgebung auf der jeweiligen Länderebene zu informieren, den Fortgang der UN-Klimaverhandlungen aus Sicht der jeweiligen Delegation zu erfahren und konkret die intendierten nationalen Beiträge zum Green Climate Fund zu debattieren. In nahezu jedem Gespräch wurde die Delegation zur deutschen Energiewende befragt und gab Auskunft zur internationalen Klimaschutzinitiative der Bundesregierung sowie zum Stand der Klimaschutzdebatte in Deutschland.

Im Rahmen der institutionalisierten Zusammenarbeit mit dem französischen und dem polnischen Parlament fanden Delegationsreisen im November 2014 nach Paris und im Februar 2015 nach Warschau zum Gedankenaustausch mit den Partnerausschüssen statt. Dabei standen die europäische Klimaschutzpolitik und die Erörterung von Strategien zur Erreichung eines weltweiten, ambitionierten UN-Klimaschutzabkommens im Dezember 2015 in Paris im Blickpunkt. Vor dem Hintergrund der konkreten Ergebnisse des G7-Gipfels in Elmau und des Petersberger Klimadia-

logs Anfang Juni 2015 in Berlin wurden diese Überlegungen im Rahmen eines Gegenbesuchs der französischen Abgeordneten im Frühsommer 2015 in Berlin vertieft.

Schließlich führten die Themenfelder Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung eine Ausschussdelegation im Mai 2015 in den Südosten Frankreichs. Hier wurde ein spezieller Fokus auf die Themen nachhaltige Stadt- und Quartiersplanung und klimagerechter Stadtbau in Großstädten gelegt. In der Großstadt Lyon hatten die Bundestagsabgeordneten die Möglichkeit, sich über die erfolgreichen Entwicklungen im Stadtbau zu informieren und mit Vertretern der beteiligten Behörden, des Gemeindeverbands Métropole de Lyon, der Wissenschaft sowie mit zivilgesellschaftlichen Gruppen zusammenzukommen.

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Im Rahmen seiner zu Beginn der Wahlperiode beschlossenen Schwerpunktsetzung hat der Ausschuss im September 2014 eine Delegationsreise nach Moldau, Rumänien und Bulgarien zum Thema „Menschenhandel und Zwangsprostitution“ durchgeführt. Ziel der Reise war es, sich ausführlich über Maßnahmen zur Bekämpfung und Prävention sowie zum Schutz der Opfer und deren Reintegration zu informieren. Auf dem Programm standen Gespräche mit Parlamentariern, Regierungsvertretern, zuständigen Behörden und zahlreichen, im Bereich von Menschenhandel und Zwangsprostitution aktiven Nichtregierungsorganisationen. Besonderes Augenmerk legten die Abgeordneten auf die Gruppe der Roma-Minderheit, die überproportional von Menschenhandel und Zwangsprostitution betroffen ist und deren Situation in Deutschland und Europa den Themenschwerpunkt des Ausschusses in der zweiten Jahreshälfte 2014 bildete. Vor dem Hintergrund des aktuellen Konflikts in der Ukraine waren außerdem dessen Auswirkungen auf die Region sowie seine menschenrechtlichen und humanitären Folgen Thema der Gespräche, wobei die Delegation die Gelegenheit zu einem kurzfristigen Aufenthalt im von der Republik Moldau abgespaltenen Transnistrien nutzte.

Im März 2015 reiste eine Ausschussdelegation nach Genf, um sich anlässlich der laufenden Sitzung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen in Gesprächen mit hochrangigen Vertretern der dort ansässigen humanitären und menschenrechtlichen Organisationen über aktuelle Menschenrechtsfragen sowie Probleme im Zusammenhang mit den bestehenden weltweiten humanitären Krisen zu informieren. Gleichzeitig wurden den Gesprächspartnern aktuelle innenpolitische Diskussionen - wie die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für das Deutsche Institut

für Menschenrechte, die Aufnahme syrischer Flüchtlinge und die Situation von Flüchtlingen im Mittelmeer - erläutert. Die Reise, die vor dem Hintergrund der deutschen Präsidentschaft im Menschenrechtsrat stattfand, brachte die enge Verbundenheit des Ausschusses mit der Menschenrechtsarbeit der Vereinten Nationen und dem Einsatz der zahlreichen in Genf vertretenen Nichtregierungsorganisationen zum Ausdruck.

Eine seit langem geplante Delegationsreise nach China unter Einschluss eines mehrtägigen Besuchs in Tibet wurde vom Ausschuss im Mai 2015 mit Rücksicht auf die auch für Tibet beträchtlichen Folgen des Erdbebens in Nepal unmittelbar vor Reiseantritt abgesagt.

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Internationale Kooperationen in Wissenschaft und Forschung, Berufliche Bildung, Firmenausgründungen aus Universitäten sowie der Brain Drain und Möglichkeiten seiner Vermeidung waren die thematischen Schwerpunkte der internationalen Aktivitäten des Ausschusses in der ersten Hälfte der 18. Wahlperiode.

Eine Delegation reiste Anfang September 2014 nach Boston, um an der größten Tagung und Messe des German Academic International Network (GAIN) außerhalb Europas für Wissenschaftskarrieren in Deutschland teilzunehmen. Dort präsentierten sich über 60 deutsche Einrichtungen der universitären und außeruniversitären Forschung, Wirtschaft und des Wissenschaftsmanagements. Ziel ist dabei, deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den USA untereinander und mit den Wissenschafts- und Forschungsorganisationen in Deutschland zu vernetzen, sie über neue Entwicklungen zu informieren, die Rückkehr nach Deutschland zu fördern und damit dem Brain Drain entgegenzuwirken. Die Ausschussdelegation repräsentierte auf der Tagung die parlamentarisch-bundespolitische Seite auf zwei Podiumsdiskussionen und in Einzelgesprächen mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie den Repräsentanten der Wissenschaftsorganisationen.

Vor dem Hintergrund des deutsch-türkischen Wissenschaftsjahres fand eine Reise von Ausschussmitgliedern im Oktober 2014 in die Türkei statt. Mit dem Aufenthalt dort sollte ein detaillierter Einblick in die Bildungs-, Forschungs- und Technologielandschaft der Türkei gewonnen, bestehende deutsch-türkische Kooperationen begutachtet und der Stand des bilateralen Wissenschaftsjahres im Partnerland bewertet werden. Die Reise wurde in Griechenland unter anderem mit den Themenschwerpunkten Forschung und

Duale Berufsausbildung fortgesetzt, die wichtige Felder der griechischen Reformagenda sind.

Die Duale Berufsbildung und die Praxis der Spin-off-Förderung an der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich bildeten die Schwerpunkte eines Besuchs der Schweiz im Februar 2015. Die Berufliche Bildung in der Schweiz erfährt sowohl auf politischer Ebene als auch in der Wirtschaft und Bevölkerung eine große Wertschätzung. Gute Beschäftigungsaussichten, wesentlich höhere Einkommen im Vergleich zu Deutschland und gute Übergangsmöglichkeiten in die Studienangebote des Tertiären Bereichs sind wesentliche Gründe, eine berufliche Ausbildung anzustreben. In ihren Gesprächsterminen informierte sich die Ausschussdelegation ausführlich über alle damit zusammenhängenden Fragen.

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Delegationsreisen dieses Ausschusses dienen insbesondere der unmittelbaren Evaluierung der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) der Bundesregierung und sind damit unverzichtbarer Bestandteil der parlamentarischen Kontrolle und Bewertung der Regierungsarbeit. Ein thematischer Schwerpunkt der Ausschussarbeit im Berichtszeitraum war die Frage freiwilliger und/oder verbindlicher Unternehmensverantwortung bei der Vereinbarung, Umsetzung und Kontrolle von Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards sowie die Berücksichtigung von Menschenrechten in globalen Produktions- und Lieferketten. Der Ausschuss führte dazu Expertengespräche, eine öffentliche Anhörung und Beratungen von entsprechenden Anträgen durch. Im Kontext der „Textilbündnis“-Initiative des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) reiste eine Ausschussdelegation im April 2014 nach Vietnam und Bangladesch sowie im Mai 2015 nach Pakistan, um vor Ort in Gesprächen und bei Projektbesichtigungen einen eigenen Eindruck von den Fortschritten bei der Implementierung von Standards zu gewinnen.

In Vorbereitung auf die im Herbst 2015 von den Vereinten Nationen zu vereinbarenden nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDG) und begleitend zur „Zukunftscharta“ sowie zur Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ des BMZ hat sich der Ausschuss vor allem mit Fragen der Ernährungssicherung und Ernährungssouveränität unter besonderer Berücksichtigung einer nachhaltigen Landwirtschaft befasst. EZ-Projekte zur Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft standen darum im Zentrum einer Delegationsreise im April 2015 nach Kuba und Guatemala. Dabei wurden insbesondere Fragen der Landreform zugunsten der benachteiligten indigenen Bevölkerung behandelt. In Rom fand

dazu im Juni 2015 ein Austausch mit den dort ansässigen Organisationen der Vereinten Nationen (FAO, IFAD, WFP) statt. Die Verbesserung der Wirksamkeit und Kohärenz der nationalen, europäischen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Ernährungssicherung, die Krisenprävention und eine stärkere Herausbildung von Resilienz der betroffenen Krisenländer wurden kontinuierlich erörtert.

Mit Blick auf die zunehmenden internationalen Krisen und Konflikte befasste sich der Ausschuss intensiv mit der Friedens- und Versöhnungsarbeit. So waren die thematischen Schwerpunkte einer Reise nach Kolumbien und Mexiko im Juni 2014 die Übergangsgerechtigkeit, Mediationsverfahren sowie die Entschädigung der Opfer. Zudem reiste eine Delegation des Ausschusses im Oktober 2014 nach Bosnien-Herzegowina und Serbien, um sich über die Situation der Roma-Bevölkerung zu informieren.

Ausschuss für Tourismus

Tourismus ist nicht nur ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, sondern leistet - was in den Beratungen des Ausschusses stets hervorgehoben wird - auch einen wichtigen Beitrag zur Völkerverständigung. Daher reiste im März 2014 eine Delegation des Ausschusses nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete. Deutschland und Israel verbindet eine einzigartige Beziehung. Die wechselseitigen touristischen Beziehungen sind ein sehr wichtiger Baustein für das gegenseitige Verständnis zwischen beiden Ländern. Dies wurde in den Gesprächen mit dem israelischen Tourismusminister, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft, den deutschen politischen Stiftungen und der israelischen Tourismusbranche immer wieder betont. Im Rahmen der Reise fand im Westjordanland auch ein Treffen mit der Tourismusministerin der palästinensischen Behörde sowie Vertretern der palästinensischen Tourismusbranche statt. Übereinstimmend wurde betont, dass die Verbesserung der Lebenssituation der Menschen vor Ort, zum Beispiel durch den Tourismus, ein wichtiger Schritt für eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts sein könne.

Aus Anlass des Jubiläums „50 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Israel“ fand im Juli 2015 eine weitere Delegationsreise nach Israel statt. Dabei stand die positive Entwicklung der vergangenen 50 Jahre sowie der lebhaft, wechselseitig befruchtende politische, wirtschaftliche und kulturelle Austausch zwischen beiden Ländern im Vordergrund der politischen Gespräche. Zudem fand ein Treffen mit Benediktinermönchen des Klosters Tabgha am See Genezareth statt. Teile des Benediktinerklosters waren im Juni 2015 durch einen Brandanschlag verwüstet worden.

Die Beziehungen Deutschlands zu Lateinamerika sind aufgrund gemeinsamer Werte und Interessen sowie historisch gewachsener enger kultureller Verbundenheit im Gefüge der internationalen Staatenbeziehungen von besonderer Bedeutung. Um die traditionellen Gemeinsamkeiten und Bindungen im deutsch-lateinamerikanischen Verhältnis nicht nur beizubehalten, sondern zu vertiefen, hat der Tourismusausschuss im Sinne der Lateinamerika-Strategie der Bundesregierung im Oktober 2014 eine Delegationsreise nach Mexiko und Kuba durchgeführt.

In Mexiko ließ sich die Delegation über die Planungen der Regierung zum Ausbau der Tourismusindustrie informieren. In den Gesprächen mit der Tourismusministerin und Mitgliedern der Tourismuskommissionen des mexikanischen Abgeordnetenhauses und des Senats ging es aber auch um soziale Aspekte der Tourismusentwicklung und angesichts der hohen Kriminalität um das Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Tourismus. Zwischen Kuba und Deutschland ist Tourismus wiederum ein wichtiges Element für die Wirtschaftsbeziehungen. Dass dieses Potenzial der bilateralen Beziehungen bei Weitem noch nicht ausgeschöpft ist, wurde von der kubanischen Seite in den Gesprächen mit den Ausschussmitgliedern hervorgehoben. So sei Deutschland für Kuba nicht nur ein idealer Partner für die Entwicklung des Tourismus, sondern auch für den Ausbau der erneuerbaren Energien. In diesem Zusammenhang bilde das neue Ausländerinvestitionsgesetz die Grundlage für wesentlich erleichterte Investitionen für Ausländer, sagten die kubanischen Gesprächspartner.

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Der Ausschuss, zu dessen Beratungsschwerpunkten die EU-Erweiterung, die Europäische Nachbarschaftspolitik, institutionelle Fragen, die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, die Entwicklungen in der Eurozone sowie die Rolle der nationalen Parlamente in der EU gehören, lädt regelmäßig Abgeordnete und Regierungsvertreter aus EU-Mitgliedstaaten und Kandidatenstaaten sowie Vertreter europäischer Institutionen zu seinen Sitzungen oder zu Berichterstattergesprächen nach Berlin ein. Der Ausschuss veröffentlicht seine Gästeliste auf seiner Internetseite. Mit Mitgliedern des Europäischen Parlamentes traf sich der Ausschuss auch in diesem Berichtszeitraum zu Beratungen über finanz- und außenpolitische Themen zu Sondersitzungen in Berlin und Brüssel. Im November 2014 war der Ausschuss Gastgeber einer Sitzung mit Abgeordneten aus Frankreich und Polen zu Beratungen im Format des Weimarer Dreiecks. Bei einer bilateralen deutsch-französischen Ausschusssitzung in Paris im Juni 2014 standen die östli-

che und südliche Dimension der Nachbarschaftspolitik sowie das sogenannte Europäische Semester im Mittelpunkt der Beratungen. Zu Beginn der jeweils halbjährlichen Ratspräsidentschaften reisten Ausschussdelegationen zu Gesprächen nach Athen im März 2014, Rom im Juli 2014, Riga im Februar 2015 und Luxemburg im Juni 2015, wo Mitglieder des Ausschusses auch an den ebenfalls halbjährlichen öffentlichen Konferenzen der Mitglieder der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlamentes (COSAC) teilnahmen.

Im Kontext seiner Beratungen zur Krise in der Ukraine reiste im April 2014 eine Delegation des Ausschusses nach Kiew und Donezk. Im Februar 2015 besuchte eine Delegation Albanien Hauptstadt Tirana. 2014 jährte sich zum 25. Mal die Grenzöffnung zwischen Budapest und Österreich. Der Ausschuss besuchte daher im September zunächst Sopron und anschließend Budapest und verband dies mit Gesprächen über energie- und wirtschaftspolitische Fragen sowie rechtsstaatliche Themen. In Prag nahmen Mitglieder des Ausschusses im Oktober 2014 an den Feierlichkeiten aus Anlass des Jahrestages der Ausreise von DDR-Bürgern teil und nutzten die Gelegenheit zu Gesprächen über regionale Kooperationen und die Wirtschafts- und Währungsunion. Mit verschiedenen Delegationen aus dem britischen Parlament und anlässlich einer Reise nach London und Edinburgh im November 2014 diskutierten die Abgeordneten die Auswirkungen des Referendums in Schottland sowie die Perspektiven der Europapolitik. Die Schengen-Vereinbarung und rechtsstaatliche Reformen waren zentrale Themen einer Delegationsreise im Juni 2015 in die bulgarische Hauptstadt Sofia.

Der Europäische Stabilitätsmechanismus, die Entwicklungen im Euroraum, die östliche Partnerschaft, die außenpolitische Zusammenarbeit in Europa sowie die Verhandlungen über ein transatlantisches Handelsabkommen waren zentrale Themen einer Reise nach New York und Washington im Juli 2015.

Ausschuss für Kultur und Medien

In wachsendem Maß beeinflussen Entscheidungen, die in der Europäischen Union getroffen werden, die nationale Kultur- und Medienpolitik. Der Ausschuss für Kultur und Medien hat sich in den ersten beiden Jahren der 18. Wahlperiode bei seinen internationalen Kontakten deshalb auf Europa konzentriert und beispielsweise Abgeordnete aus Frankreich und Polen nach Berlin eingeladen. Ziel war es, in ersten Begegnungen übereinstimmende Interessen und Positionen zu ermitteln. Der Meinungsaustausch wurde im Juni 2015 beim Besuch einer Ausschussdelegation in Paris vertieft und soll durch trilaterale Begegnungen intensiviert werden. Ergänzt wurden diese Gespräche

durch Kontakte zu Kultur- und Medienpolitikern aus Tschechien und Rumänien, die sich in Berlin mit Mitgliedern des Ausschusses trafen. Über die Arbeit der Europäischen Kommission informierten sich die Mitglieder des Ausschusses unmittelbar bei den für seine Arbeitsfelder maßgeblich zuständigen Kommissaren, die in Berlin waren, um Schwerpunkte der europäischen Kulturpolitik und die Ziele der europäischen Digitalstrategie zu erklären.

Seit Jahrzehnten vergibt die Europäische Union den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt. 2014 trugen das nordschwedische Umeå und Lettlands Hauptstadt Riga diesen Titel. Bei der ersten Delegationsreise des Ausschusses in der 18. Wahlperiode erkundete daher eine Gruppe Abgeordneter aus dem Ausschuss im August 2014, wie sich diese beiden Städte dem Anspruch stellen, Reichtum, Vielfalt, Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Kulturen Europas zu spiegeln. In Riga wurden die Abgeordneten zudem um Rat in der Medienpolitik gebeten; die lettischen Gesprächspartner hofften auf Unterstützung bei der Modernisierung ihrer nationalen Medienordnung.

In der Medienpolitik bestimmt der tiefgreifende Strukturwandel die Agenda. Angesichts der zunehmenden Konvergenz der Medienangebote stellen sich Fragen etwa danach, wie die Medienordnung in einer modernen Informationsgesellschaft gestaltet sein muss, wo staatliche Eingriffe unausweichlich sind oder wie ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges Medienangebot für die Zukunft gesichert werden kann. In diesem Zusammenhang reiste eine Delegation des Ausschusses im August 2015 nach Kanada, um entsprechende Informationen und Anregungen zu sammeln. Sie erkundete in dem föderal organisierten und multikulturell geprägten Land, wie man dort die Zukunftsfragen beantwortet.

Ausschuss Digitale Agenda

Einer der Schwerpunkte der Arbeit des Ausschusses ist die parlamentarische Begleitung der Umsetzung der Digitalen Agenda der Bundesregierung. Mit seiner Reise nach Südkorea und Japan im April 2015 informierte sich der Ausschuss über aktuelle Entwicklungen der Digitalisierung auf internationaler Ebene und die Leistungsfähigkeit der asiatischen Informationstechnik. Durch Gespräche mit Parlamentariern, Regierungsmitgliedern und Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie Unternehmern in beiden Ländern konnte die Delegation ein praxisorientiertes Bild von den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Chancen und Herausforderungen in zwei digital sehr dicht vernetzten Ländern gewinnen. Aufgrund der Errichtung von „smart cities“ sind Südkorea und Japan Vorreiter auf dem Gebiet flächendeckender Vernetzung. Im Mittelpunkt der Gespräche standen das

Thema „Big Data“ sowie das Spannungsverhältnis zwischen der effektiven Nutzung der Daten auf der einen Seite und dem Schutz persönlicher Daten auf der anderen Seite. Auch die Entwicklung der Mobilfunkgeneration 5G war ein zentrales Thema der Gespräche. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten der Bereich der IT-Sicherheit sowie die Abwehr von Cyberangriffen.

Im Berichtszeitraum empfing der Ausschuss unter anderem Delegationen des kenianischen und des französischen Parlaments sowie die juristische Leiterin der französischen „Hohen Behörde für die Verbreitung von Werken und den Schutz von Internetrechten“. Ein zentrales Thema aller Gespräche war die Einrichtung des Ausschusses Digitale Agenda im Deutschen Bundestag Anfang 2014, die international Aufmerksamkeit hervorgerufen hatte. Weltweit gibt es kein vergleichbares ständiges parlamentarisches Gremium mit einem Aufgabenzuschnitt, der ausschließlich auf alle Bereiche der Netzpolitik gerichtet ist. Ein Gespräch mit der Staatssekretärin für Digitales beim Minister für Wirtschaft, Industrie und Digitales der französischen Regierung fand in der französischen Botschaft am Pariser Platz in Berlin statt. Allen Gesprächen gemeinsam waren die Themen Datenschutz, Netzneutralität und Schutz der Urheberrechte im Internet.

Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Den Auftakt der Arbeit der Kommission bildete eine Bestandsaufnahme zum Stand der militärischen Integration auf der Ebene der NATO und der EU sowie die zu erwartende weitere Entwicklung in diesem Bereich. Zu der Bestandsaufnahme gehörten unter anderem Besuche bestehender multinationaler militärischer Einrichtungen. Besucht wurden im Juli 2014 im Rahmen auswärtiger Sitzungen das Europäische Lufttransportkommando in Eindhoven (Niederlande), das NATO-Hauptquartier in Brunssum (Niederlande) und der NATO-AWACS-Verband in Geilenkirchen. Eine weitere auswärtige Sitzung im Dezember 2014 fand im Hauptquartier des Multinationalen Korps Nordost in Szczecin (Polen) statt. Darüber hinaus führte die Kommission im Januar 2015 Gespräche mit Botschaftern von Mitgliedstaaten der NATO und der EU sowie militärischen Vertretern dieser Organisationen in Brüssel.

Besondere Aufmerksamkeit widmete die Kommission auch dem deutschen Engagement im Rahmen von Friedensmissionen der Vereinten Nationen und deren Rückwirkung auf den Stand und die Entwicklung der Bündnisintegration. Die Ergebnisse der diesbezüglichen Untersuchungen sind in einem eigenen

Kapitel des Abschlussberichts der Kommission zusammengefasst. Um Informationen über die aktuellen Entwicklungen im Bereich der UN-Friedensmissionen und die damit verbundenen Erwartungen an Deutschland und Europa zu erhalten, reisten der Vorsitzende der Kommission und sein Stellvertreter im Oktober 2014 nach New York und führten Gespräche mit hochrangigen Vertretern der Vereinten Nationen und Vertretern von Mitgliedstaaten, die bedeutende Beiträge zu Friedensmissionen der Vereinten Nationen leisten.

4. Reisen zu Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen

Der Deutsche Bundestag entsendet Abgeordneten-delegationen zu Sitzungen der Interparlamentarischen Union, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der Parlamentarischen Versammlung der NATO, der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der Ostseeparlamentarierkonferenz, der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum, der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Konferenz gemäß Artikel 13 des Fiskalvertrags. Der Bundestagspräsident vertritt den Deutschen Bundestag auf den verschiedenen Parlamentspräsidentenkonferenzen. Der Bundestag ist zudem Beobachter bei der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeerwirtschaftskooperation.

Mit Ausnahme der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, die regelmäßig am Sitz der Versammlung in Straßburg tagt, finden die Sitzungen der übrigen internationalen parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen an unterschiedlichen Orten auf Einladung der jeweiligen Mitgliedsparlamente statt. Sitzungen dieser internationalen parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen bzw. ihrer Gremien werden dementsprechend auch in Deutschland abgehalten.

Die Mitglieder der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates werden zu Beginn jeder Wahlperiode aufgrund des Gesetzes über die Wahl der deutschen Vertreter zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom Deutschen Bundestag gewählt. Die Mitglieder der deutschen Delegationen aller übrigen internationalen parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen werden von den Fraktionen nach dem Verhältnis ihrer Stärke benannt. In zahlreichen internationalen parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen bzw. deren Gremien haben Mitglieder des Deutschen Bundestages Funktionen übernommen, zum Beispiel als

Präsidenten, Vizepräsidenten oder Schatzmeister einer Versammlung sowie als Ausschussvorsitzende, Berichterstatter oder Beauftragte. Die durch die Mitarbeit in den interparlamentarischen Gremien gewonnenen Informationen und Erfahrungen fließen in die parlamentarische Arbeit des Deutschen Bundestages ein. Gleichzeitig werden Parlamentarier anderer Länder mit den unterschiedlichen Meinungen vertraut gemacht, die in Deutschland zu politischen Fragestellungen vertreten werden.

Über die zentralen Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen werden amtliche Unterrichtungen erstellt, die als Bundestagsdrucksachen verteilt und in den zuständigen Ausschüssen des Bundestages beraten werden.

Interparlamentarische Union (IPU)

1889 wurde die IPU gegründet. Seitdem verfolgt sie das Ziel, den Erfahrungs- und Meinungsaustausch zwischen Parlamentariern aller Länder zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen zu fördern. Die IPU will darüber hinaus einen parlamentarischen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte und zum besseren Verständnis der Arbeitsweise repräsentativer Institutionen erbringen. Der IPU gehören 166 nationale Parlamente sowie zehn assoziierte parlamentarische Versammlungen an. Seit 2002 hat die IPU einen Beobachterstatus bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Der Deutsche Bundestag ist seit 1951 Mitglied der IPU. Die zu den Versammlungen der IPU entsandte deutsche Delegation besteht aus acht Abgeordneten, die sich in der 18. Wahlperiode im Verhältnis 4:2:1:1 auf die Fraktionen verteilen. Delegationsleiter ist der Präsident des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU). Die IPU kommt zweimal jährlich zu Versammlungen zusammen, in der ersten Jahreshälfte auf Einladung verschiedener Parlamente der Welt, in der zweiten Jahreshälfte in der Regel am Sitz des internationalen Sekretariats der IPU in Genf. Zu den zentralen Themen gehören die Förderung der Demokratie, die Hilfe beim Aufbau demokratischer Institutionen, die Terrorismusbekämpfung, die Herausforderungen des globalen Klimawandels, die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie die Zusammenarbeit zwischen der IPU und den Vereinten Nationen. Ein Schwerpunkt dieser Zusammenarbeit war im Berichtszeitraum unter anderem die Diskussion über die nachhaltigen Entwicklungsziele verbunden mit der Frage, welche Rolle Parlamente bei der Umsetzung der Post-2015-Agenda spielen können.

Im Berichtszeitraum haben Versammlungen in Genf (130. und 131. Versammlung, März und Oktober 2014) und in Hanoi (132. Versammlung, März/April

2015) stattgefunden, an denen Abgeordnete des Deutschen Bundestages teilgenommen haben. Im Oktober 2014 diskutierten die Abgeordneten darüber, wie Gleichberechtigung von Frauen und Männern erreicht und Gewalt gegen Frauen beendet werden kann. Im März/April 2015 war das Thema der Generaldebatte „Die Nachhaltigen Entwicklungsziele - den Worten Taten folgen lassen“.

Deutsche Abgeordnete haben in verschiedenen Gremien Funktionen inne. Prof. Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU) ist Mitglied im zentralen Lenkungsgremium der IPU, das sich aus fünfzehn Mitgliedern sowie dem Präsidenten der IPU und der Vorsitzenden des Koordinierungsausschusses der Parlamentarierinnen zusammensetzt. Er hat in dieser Funktion unter anderem daran mitgewirkt, dass sich der zweite „Global Parliamentary Report“ der IPU mit dem Thema „Die Macht des Parlaments, die Regierung zur Verantwortung zu ziehen: Realitäten und Perspektiven“ auseinandersetzt. Prof. Dr. Lammert hatte dafür plädiert, diesen Bericht dazu zu nutzen, für das Fundament parlamentarischer Regierungssysteme, die parlamentarische Kontrolle der Regierung, zu werben. Dr. Bernd Fabritius (CDU/CSU) ist Mitglied im Ausschuss für die Menschenrechte von Parlamentariern, der sich dem Schutz von Parlamentariern vor staatlicher Willkür und vor Gewalt widmet. Die stellvertretende Delegationsleiterin, Petra Ernstberger (SPD), ist stellvertretendes Mitglied im Koordinierungsausschuss der Parlamentarierinnen. Zwei Abgeordnete des Deutschen Bundestages haben im Februar 2015 zudem an der jährlichen parlamentarischen Konferenz zur Welthandelsorganisation in Genf teilgenommen.

Parallel zu den Versammlungen der IPU tagt die Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente (Association of Secretaries General of Parliaments - ASGP), die das Ziel hat, den Austausch zwischen den Parlamentsverwaltungen zu stärken. Der Deutsche Bundestag ist in der ASGP durch den Direktor, Dr. Horst Risse, und den stellvertretenden Direktor, Prof. Dr. Ulrich Schöler, vertreten. Von 2011 bis 2014 war Prof. Dr. Schöler Vizepräsident der ASGP. In dieser Funktion initiierte er unter anderem eine Diskussion über die Grenzen der Transparenz von Parlamenten im Zusammenhang mit der Informationsfreiheitsgesetzgebung. Zudem setzte er die Koordinierung der Beratung von Parlamenten durch andere Parlamente auf die Tagesordnung - ein Thema, mit dem sich parallel auch eine Arbeitsgruppe der IPU befasste. Im Ergebnis führten die Befassungen mit dem Thema im Oktober 2014 zur Verabschiedung der „Gemeinsamen Grundsätze für die Unterstützung von Parlamenten“ durch die IPU.

Parlamentarische Versammlung des Europarates (PV ER)

Der 1949 gegründete Europarat hat seinen Sitz in Straßburg. Ihm gehören 47 Mitgliedstaaten, darunter alle Mitglieder der EU, an. Ziele des Europarates sind der Schutz und die Stärkung der pluralistischen Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte. Organe des Europarates sind das Ministerkomitee, dem die Außenminister der Mitgliedstaaten angehören, und die Parlamentarische Versammlung, die sich aus 324 Abgeordneten der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten zusammensetzt.

Zur Verwirklichung seiner Ziele entwickelt er Normen und Standards, deren Umsetzung durch die Mitgliedstaaten er fördert. Dabei handelt es sich insbesondere um völkerrechtliche Verträge (Konventionen). Die bekanntesten sind die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) von 1950 und ihre Zusatzprotokolle, deren Überwachung dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) obliegt. Die Richter des EGMR werden von der PV ER gewählt. Daneben wählt die PV ER den Menschenrechtskommissar und den Generalsekretär des Europarates. Sie vergibt ferner den Vaclav Havel Menschenrechtspreis sowie an Kommunen und Städte den Europapreis für besondere Leistungen bei grenzüberschreitenden Partnerschaften.

Der Deutsche Bundestag entsendet 18 ordentliche Mitglieder in die PV ER, die sich in der 18. Wahlperiode nach dem Schlüssel 9:5:2:2 auf die Fraktionen verteilen und durch Wahl bestimmt werden. Die deutsche Delegation stellt mit ihrem Leiter, Axel E. Fischer (CDU/CSU), einen der insgesamt 20 Vizepräsidenten der PV ER. Er ist auch Vorsitzender des für die Vergabe des Europapreises zuständigen Gremiums. Stellvertretender Delegationsleiter ist Frank Schwabe (SPD). Andrej Hunko (DIE LINKE.) ist erster stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Sozialordnung, Gesundheit und nachhaltige Entwicklung. Mechthild Rawert (SPD) ist Vorsitzende des Unterausschusses Behinderung und Inklusion des Ausschusses für Gleichstellung und Nichtdiskriminierung.

Mitglieder der deutschen Delegation werden regelmäßig von den Fachausschüssen der PV ER zu Berichterstattungen über menschenrechtliche, rechtsstaatliche oder andere mit dem Europarat zusammenhängende politische Fragen mandatiert. Sie bereiten Berichte mit Entschließungs- und Empfehlungsentwürfen, die an die Parlamente der Mitgliedstaaten bzw. an das Ministerkomitee des Europarates gerichtet sind, zur Verabschiedung durch die viermal jährlich im Plenum tagende PV ER vor. Daneben finden bis zu dreimal jährlich Sitzungen des Ständigen Ausschusses der PV ER und etwa alle sechs Wochen Ausschusssitzungen in

Straßburg und Paris sowie in den Mitgliedstaaten des Europarates statt, die auch der Beratung der Berichte dienen.

Im Berichtszeitraum wurden Berichte zu einem breiten Spektrum von Themen beraten, wie zum Beispiel die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf soziale und gewerkschaftliche Rechte, Rassismus in der Polizei, die Situation von Transgenderpersonen, Brustkrebsvorsorge, der Schutz Minderjähriger vor Sekten, Prostitution und Menschenhandel, die Krise in der Ukraine sowie datenschutzrechtliche Fragen der Internetnutzung.

Vor dem Hintergrund der Enthüllungen von Edward Snowden forderte die Versammlung, die Möglichkeiten für Hinweisgeber (Whistleblower) zu verbessern, über möglichst unabhängige interne Kontrollinstanzen Missstände zu melden. Angesichts der fortschreitend kritischen Lage von Flüchtlingen im Mittelmeerraum rief die Versammlung zu einer gerechteren Verteilung der Lasten sowohl der Nachbarländer von Kriegen und Krisen als auch der Zielländer von Migrationsbewegungen auf. Anlässlich des terroristischen Anschlags auf die Redaktion der französischen satirischen Zeitung *Charlie Hebdo* unterstrich die Versammlung, dass nach Ansicht des EGMR Satire, einschließlich Respektlosigkeiten und Ideen, die beleidigen, schockieren oder verstören könnten, sowie Kritik gegenüber Religionen vom Recht auf freie Meinungsäußerung der EMRK geschützt seien. Die Möglichkeit zur gesetzlichen Einschränkung der Meinungsfreiheit sieht die Versammlung nur in Bezug auf Hassreden und Aufrufe zu Gewalt.

Ein weiteres wichtiges Instrument der PV ER ist das Monitoringverfahren, durch das die Versammlung die Einhaltung der gemeinsam beschlossenen Standards in den Mitgliedstaaten überprüft. Die PV ER führt ferner Wahlbeobachtungen durch, an denen regelmäßig auch Mitglieder der deutschen Delegation teilnehmen.

Parlamentarische Versammlung der NATO (NATO PV)

Aufgabe dieser parlamentarischen Versammlung ist es, den Diskussions- und Transformationsprozess des nordatlantischen Bündnisses parlamentarisch zu begleiten. Die Versammlung versteht sich als Bindeglied zwischen den Parlamenten der 28 Mitgliedstaaten der NATO und dem Nordatlantikrat. Durch langjährige persönliche Beziehungen und das dadurch gewachsene Vertrauen können Meinungsverschiedenheiten offener angesprochen werden als zwischen Regierungsvertretern. Die seit den 90er Jahren bestehende assoziierte Mitgliedschaft der russischen Delegation in der NATO PV wurde nach der Annexion der

Krim durch die Russische Föderation und die Zustimmung hierzu durch die Duma und den Russischen Föderationsrat im Frühjahr 2014 suspendiert.

Die deutsche Delegation in der NATO PV besteht aus zwölf Mitgliedern des Deutschen Bundestages und sechs Mitgliedern des Bundesrates. Die Mitglieder des Deutschen Bundestages verteilen sich nach dem Schlüssel 6:4:1:1 auf die Fraktionen. Regelmäßig übernehmen deutsche Mitglieder herausgehobene Funktionen in der NATO PV. So ist Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers (CDU/CSU) seit November 2014 ex officio Mitglied im Präsidium der Versammlung, nachdem er zuvor je zwei Amtszeiten Präsident und anschließend von 2012 bis 2014 Vizepräsident der Versammlung war. Er ist seit November 2014 zugleich Vorsitzender des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“. Bundestagsvizepräsidentin Ulla Schmidt (SPD) ist seit 2014 Sonderberichterstatterin des Ausschusses „Zivile Dimension der Sicherheit“ für den Übergang in Afghanistan, nachdem sie bereits zuvor drei Jahre das Amt einer Berichterstatterin zum Thema Afghanistan bekleidet hatte. Sie ist zugleich Initiatorin und Berichterstatterin der im Auftrag der NATO PV vom Genfer Zentrum für Sicherheit, Entwicklung und Rechtsstaatlichkeit in den Jahren 2013 und 2015 durchgeführten Analysen über die Umsetzung der Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen 1325 über Frauen, Frieden und Sicherheit in der NATO und ihren Mitgliedstaaten. Wolfgang Hellmich (SPD) ist seit November 2014 stellvertretender Vorsitzender im Unterausschuss „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“.

Die 257 Mitglieder umfassende NATO PV tritt jährlich zu einer Frühjahrstagung und zu einer Jahrestagung zusammen, die jeweils in einem der Mitgliedstaaten stattfinden. Während der Jahrestagungen werden Entschlüsse verabschiedet, die sich vorrangig an die NATO-Mitgliedstaaten und den Nordatlantikrat richten. Die Versammlung tagte im Oktober 2013 in Dubrovnik, im Mai 2014 in Vilnius und im November 2014 in Den Haag. In 2015 wurde die Frühjahrstagung in Budapest abgehalten. Zwischen den Plenartagungen tagt der Ständige Ausschuss, um über die laufenden Geschäfte der Versammlung zu beraten.

Die fünf Fachausschüsse der NATO PV und deren Unterausschüsse tagen jeweils drei- bis viermal jährlich in NATO-Mitglied- oder Partnerstaaten. Die Ausschüsse erarbeiten Berichte und Entschlüsse zu aktuellen bündnispolitischen Themen, die jeweils vorab im Jahresarbeitsprogramm der Versammlung festgelegt werden. Der Ausschuss „Zivile Dimension der Sicherheit“ besuchte im Juni 2014 Berlin, Köln, Aachen und Düsseldorf. Sondergremien der NATO

PV wie die Sondergruppe Mittelmeer und Naher Osten und der Interparlamentarische Ukraine-NATO-Rat treten in der Regel zweimal jährlich zusammen. Das sogenannte Rose-Roth-Programm unterstützt Staaten in demokratischen Transformationsprozessen. Es wurde nach Ende des Kalten Krieges für die ost- und mitteleuropäischen Staaten ins Leben gerufen und bietet heute ein Forum zum Austausch mit Abgeordneten aus Mitgliedstaaten, die nicht Mitglieder der NATO sind, seit den Umbrüchen im Jahr 2012 insbesondere aus dem arabischen Raum. Der Parlamentarische NATO-Russland-Ausschuss ruht seit der Suspendierung der assoziierten Mitgliedschaft der russischen Delegation.

Inhaltlich beschäftigt sich die Versammlung mit allen Themen, die auch die NATO bearbeitet. Im Berichtszeitraum standen der Bürgerkrieg in Syrien, der Übergang in Afghanistan und die Annexion der Krim durch die Russische Föderation sowie die Ukraine-Krise im Mittelpunkt der Debatten.

Parlamentarische Versammlung der OSZE (OSZE PV)

Unmittelbar nach Ende des Kalten Krieges beschlossen die Staats- und Regierungschefs in der Charta von Paris (1990), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eine parlamentarische Versammlung hinzuzufügen. In der Erklärung von Madrid (1991) wurden die Grundzüge der Geschäftsordnung, die Arbeitsmethoden, die Größe, das Mandat und die Stimmverteilung festgelegt. Die OSZE PV, der heute 323 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus 57 OSZE-Teilnehmerstaaten angehören, hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Ausbau und die Festigung der demokratischen Institutionen in den OSZE-Mitgliedstaaten zu unterstützen, an der Weiterentwicklung der institutionellen Strukturen der OSZE mitzuwirken und Mechanismen zur Konfliktverhütung und zur Konfliktbewältigung zu entwickeln. Der Deutsche Bundestag ist von Beginn an Mitglied und entsendet 13 Abgeordnete, die sich in der 18. Wahlperiode im Verhältnis 7:4:1:1 auf die Fraktionen verteilen. Die deutsche Delegation wird von Doris Barnett (SPD) geleitet. Sie war von Juli 2013 bis Juli 2015 Vizepräsidentin und ist seit Juli 2015 Schatzmeisterin der OSZE PV. Jürgen Klimke (CDU/CSU) wurde im Juli 2015 zum Sonderbeauftragten der OSZE PV für den Ostseeraum benannt.

Die OSZE PV fördert mit unterschiedlichen Aktivitäten die Parlamentarische Diplomatie. Durch Initiativen des Präsidenten, der Sonderbeauftragten oder einzelner Parlamentarier sollen bestehende Konflikte entschärft und die Dialogbereitschaft untereinander gefördert werden, um langfristig die Sicherheit im OSZE-Raum zu erhalten bzw. wiederherzustellen.

Die Jahrestagungen der OSZE PV finden abwechselnd auf Einladung des Parlaments in einem Teilnehmerstaat statt. Sowohl bei der Jahrestagung in Baku (2014) als auch in Helsinki (2015) war die Krise zwischen den beiden OSZE-Mitgliedern Ukraine und Russische Föderation das bestimmende Thema der Sitzung. Seit der Annexion der Krim durch die Russische Föderation und dem Beginn der Kämpfe im Osten der Ukraine im März/April 2014 unterstützt die OSZE PV verstärkt den Dialog beider Länder, um eine Lösung des Konfliktes zu befördern. Die finnische Regierung verwehrte im Juli 2015 jedoch einzelnen, von Seiten der EU mit Sanktionen belegten Mitgliedern der Delegation der Russischen Föderation die Einreise nach Finnland. In der Folge blieb die gesamte Delegation der Russischen Föderation der Jahresversammlung 2015 in Helsinki fern, wodurch gemeinsame Gespräche verhindert wurden. Dies löste innerhalb der OSZE PV eine Debatte über den Einfluss exekutiver Entscheidungen auf die Arbeit der Parlamentarischen Versammlung aus. Auf deutsche Initiative hin wird mit dem Wiener Prozess der OSZE PV der direkte Dialog zwischen den russischen und ukrainischen Abgeordneten gefördert. Zuletzt haben im März 2015 unter der Schirmherrschaft von Doris Barnett (SPD) in Leinsweiler/Pfalz Abgeordnete beider Länder an einem Seminar der OSZE PV teilgenommen, um Möglichkeiten zur Überwindung des aktuellen Konflikts am Beispiel des Vorbildes der deutsch-französischen Aussöhnung zu beraten. Im Ergebnis sagte die russische Delegation zu, sich dafür einzusetzen, dass OSZE-Beobachter auf der Krim zugelassen würden, um die Menschenrechtslage und die Situation von Minderheiten zu beobachten. Eine Fortsetzung der Seminarreihe im Rahmen des Wiener Prozesses ist geplant. Des Weiteren lenkt die OSZE PV die Aufmerksamkeit immer wieder auf die zahlreichen eingefrorenen Konflikte im OSZE-Raum, um diese zu entschärfen und dadurch die Sicherheit in den betroffenen Regionen zu erhöhen.

Seit 2001 hält die Versammlung eine jährliche Wintertagung in Wien ab, die insbesondere dem Gedankenaustausch mit den Vertretern der Regierungen bei der OSZE dient. Eine dritte Tagung hat sich jeweils im Herbst etabliert. Im Berichtszeitraum waren Genf (2014) und Ulan Bator (2015) die Tagungsorte. Auf der letzten Tagung in Ulan Bator wurde besonders über die Rolle der Parlamentarier bei der Stärkung der regionalen Zusammenarbeit diskutiert. Ebenso standen die sicherheitspolitischen Auswirkungen der weltweiten Flüchtlingsbewegungen im Zentrum der Debatten.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der OSZE PV ist die Wahlbeobachtung. Sie ist ein Kerninstrument zur Förderung von Demokratie, Menschenrechten und

Rechtsstaatlichkeit und leistet einen wichtigen Beitrag, um das öffentliche Vertrauen in den Wahlprozess zu stärken und etwaige Unregelmäßigkeiten offenzulegen. Regelmäßig nehmen Abgeordnete des Deutschen Bundestages an den Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE PV teil, so im Berichtszeitraum an der Beobachtung der Wahlen in Tadschikistan, Bosnien und Herzegowina, Moldawien, Ungarn, der Ukraine, der Türkei, dem Vereinigten Königreich und den USA.

Ostseeparlamentarierkonferenz

Die Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference - BSPC) ist das parlamentarische Forum der Ostseeregion. Sie verfolgt das Ziel, die gemeinsame Identität des Ostseeraums durch eine enge Zusammenarbeit zwischen nationalen und regionalen Parlamenten zu stärken. Die BSPC soll politische Aktivitäten in der Region initiieren und leiten, die demokratischen Institutionen in den Teilnehmerstaaten unterstützen und stärken sowie den Dialog zwischen Regierungen, Parlamenten und Zivilgesellschaften verbessern.

Jedes Mitgliedsparlament kann vier bzw. fünf Delegierte stellen. Der fünfköpfigen Delegation des Deutschen Bundestages gehören in der 18. Wahlperiode als ordentliche Mitglieder neben dem Delegationsleiter Franz Thönnies (SPD), der BSPC-Berichtersteller für Arbeit und soziale Wohlfahrt sowie für das Baltic Sea Labour Forum ist, zwei CDU/CSU-Abgeordnete, eine SPD-Abgeordnete sowie ein Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE. an. Die jährliche Plenarversammlung findet seit 1991 abwechselnd auf Einladung eines der Mitgliedsparlamente statt, zu denen auch die Bundesländer Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Bremen gehören. Zudem tritt drei- bis viermal im Jahr das Lenkungsorgan der Konferenz, der Ständige Ausschuss, zusammen.

Seit 2005 richtet die Konferenz Arbeitsgruppen ein, die die Funktion von Ausschüssen wahrnehmen. Sie beschäftigen sich für die Dauer von zwei Jahren mit speziellen Fragen des Ostseeraumes. Mit den entsprechenden Abschlussberichten und den darin enthaltenen Empfehlungen beschäftigen sich die Abgeordneten auf ihren Jahrestagungen. Zuletzt verabschiedete die BSPC während ihrer 24. Jahrestagung vom 30. August bis 1. September 2015 in Rostock den Bericht der Arbeitsgruppe „Innovationen in der Sozial- und der Gesundheitsfürsorge“. Das Thema Gesundheit war gleichzeitig das Generalthema der Jahrestagung. Unter anderem ging es um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen sowie die Folgen des demographischen Wandels. Der Abgeordnete

Thomas Stritzl wurde bei der Tagung zum Berichterstatter für das Thema „Menschenhandel im Ostseeraum“ ernannt.

Im Berichtszeitraum fand im August 2014 außerdem die 23. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz in Polen in Olsztyn (Allenstein) statt. Das Generalthema der Konferenz lautete „Die Ostseeregion: Streben nach einem harmonischen Miteinander“. Konkret ging es etwa um die Zusammenarbeit in der Ostseeregion, Wege zur gemeinsamen Bewältigung der Umweltherausforderungen sowie das kulturelle Erbe im Ostseeraum, das nach der einstimmig verabschiedeten Entschließung als Element für die nachhaltige Entwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt gestärkt werden soll.

Parlamentarische Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM)

Der Barcelona-Prozess der Europäischen Union zur Stärkung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit im Mittelmeerraum wurde im Jahre 2008 mit der Gründung der Union für den Mittelmeerraum institutionalisiert und gestärkt. Die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer benannte sich zwei Jahre später entsprechend in Parlamentarische Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM) um. Sie brachte damit zum Ausdruck, dass sie sich als fester parlamentarischer Bestandteil dieses neuen institutionellen Gefüges im Mittelmeerraum versteht. In 2013 hat die Versammlung durch die Schaffung eines eigenen Haushaltes und die Einrichtung eines Sekretariates eine weitere institutionelle Stärkung erfahren.

Der Versammlung gehören 280 Parlamentarier aus den nationalen Parlamenten aller EU-Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und aus weiteren Mittelmeerranrainerstaaten an. Die Delegiertensitze sind im Sinne einer Nord-Süd-Parität verteilt. Danach entfallen 140 Sitze auf die Parlamente aus den südlichen Mittelmeerranrainerstaaten und 140 Sitze auf Abgeordnete aus nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und aus nördlichen Mittelmeerranrainerstaaten, die nicht Mitglied in der EU sind. Die deutsche Delegation in der PV-UfM besteht aus drei Mitgliedern und wird von Roderich Kiesewetter (CDU/CSU) geleitet.

Auf ihrer einmal jährlich stattfindenden Plenartagung erarbeiten die Parlamentarier Berichte zu aktuellen Themen und verabschieden Empfehlungen, die sich an die Regierungen der Mitgliedstaaten der Union für den Mittelmeerraum richten. Die Plenartagungen finden jeweils in dem Land statt, dessen Parlament die Präsidentschaft in der PV-UfM innehat. Im Berichtszeitraum tagte die Versammlung im März 2014 in Jordanien und im Mai 2015 in Lissabon.

Die Versammlung beschäftigt sich, wie auch die Union für den Mittelmeerraum, mit einer Vielzahl von Themen, in denen sich die Mitglieder um Kooperation bemühen. So bearbeiten die fünf Fachausschüsse der Versammlung Themen in den Bereichen Infrastruktur, Bildung, Soziales, Mittelstandsförderung und Energie/Umwelt. Im Mittelpunkt stehen langjährige Projekte wie „Horizont 2020“ mit dem Ziel, die Hauptursachen für die Verschmutzung des Mittelmeeres zu beseitigen oder aktuelle Projekte, wie „Mittelmeerraum Neue Chance“ zur Förderung von Jugendlichen ohne Ausbildung in Algerien, Marokko und Tunesien oder „Developing Women Empowerment“ zur Stärkung von Frauen.

Seit Beginn der politischen Veränderungen in mehreren Staaten des südlichen Mittelmeerraums Anfang 2012 widmet sich die Versammlung verstärkt den politischen Umwälzungen in der Region. Ein zentrales Thema im Jahr 2015 sind die Herausforderungen und die Chancen der Migration über das Mittelmeer.

Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP)

Die IPC GASP/GSVP wurde 2012 durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Präsidenten des Europäischen Parlaments (EP) „im Geiste der neuen parlamentarischen Dimension des Vertrags von Lissabon“ eingesetzt. Diese sieht vor, dass die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und das EP gemeinsam über diese Politikfelder beraten, die in der EU zur intergouvernementalen Zusammenarbeit und nicht zu den vergemeinschafteten Politikbereichen gehören. Die IPC GASP/GSVP hat dementsprechend keine eigenen Entscheidungskompetenzen in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, sondern bietet ein Forum für den Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen nationalen und europäischen Abgeordneten. Die Konferenz tagt zweimal jährlich in dem Mitgliedstaat, welcher die EU-Ratspräsidentschaft innehat.

Während der Konferenzen treffen die Abgeordneten mit der EU-Ratspräsidentschaft, der Hohen Vertreterin der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik sowie anderen Vertretern der EU-Exekutive zusammen. Die Konferenz kann im Konsens nichtbindende Schlussfolgerungen verabschieden. Im Berichtszeitraum fanden Konferenzen in Athen (April 2014), Rom (November 2014), Riga (März 2015) und Luxemburg (September 2015) statt.

Für den Deutschen Bundestag können bis zu sechs Abgeordnete an der Konferenz teilnehmen. Von Beginn der 18. Wahlperiode bis zum 20. Mai 2015 war Dr. Hans-Peter Bartels (SPD) Leiter der deutschen

Delegation bis er das Amt des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages übernahm. Im Juni 2015 wählte die Delegation Wolfgang Hellmich (SPD) zum Delegationsleiter.

Konferenz gemäß Artikel 13 Fiskalvertrag

Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) sieht eine interparlamentarische Konferenz vor, in deren Rahmen Vertreter der zuständigen Ausschüsse des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente die von diesem Vertrag erfassten Angelegenheiten diskutieren. Die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) und des Präsidenten des Europäischen Parlaments verständigte sich im April 2013 auf die Modalitäten der Konferenz gemäß Artikel 13 Fiskalvertrag. Die Parlamentspräsidenten vertraten die Auffassung, dass die nationalen Parlamente angemessen in die stärkere haushalts-, finanz- und wirtschaftspolitische Koordinierung innerhalb der EU, insbesondere im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion, einbezogen werden sollen. So soll sich die Konferenz auch mit dem Europäischen Semester, der Bankenunion und Steuerfragen befassen. Ein weiteres Ziel der Konferenz soll die Intensivierung der Zusammenarbeit der nationalen Parlamente mit dem Europäischen Parlament sein. Als dem Meinungs- und Gedankenaustausch gewidmetem Forum kommen der Konferenz keine Entscheidungsbefugnisse im Bereich der wirtschafts- und fiskalpolitischen Steuerung zu.

Die erste dieser zweimal jährlich zusammentretenden Konferenzen fand im Oktober 2013 in Vilnius statt. Einen Schwerpunkt der Beratungen dieser und aller folgenden Konferenzen im Januar 2014 in Brüssel, im September 2014 in Rom sowie im Februar 2015 wiederum in Brüssel bildete die schwierige und kontroverse Debatte um die generelle Ausrichtung der Konferenz. Dabei vertrat ein Teil der Delegationen den Standpunkt, dass die Konferenz inhaltliche und verbindliche Schlussfolgerungen gegebenenfalls auch durch qualifizierte Mehrheitsbeschlüsse verabschieden sollte. Dem wurde auch von der deutschen Delegation entgegengehalten, dass die Konferenz ein reines Beratungsgremium sein sollte, das allein dem Austausch von Einschätzungen, Erfahrungen und Absichten auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik dient.

Inhaltliche Beratungsgegenstände der Konferenz in Brüssel (2014) waren die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, die Beseitigung makroökonomischer Ungleichgewichte, wirtschaftliche Anpassungsprogramme, die Förderung von Wachstum und Beschäftigung sowie die Konsolidierung der nationalen

Haushalte. Die Konferenz von Rom (2014) widmete sich der Bewältigung der Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise, insbesondere der Verknüpfung von stabilitätsorientierter Fiskalpolitik und wachstumsfördernden Maßnahmen. Schwerpunkt der Beratungen der Konferenz in Brüssel (2015) bildete der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI) sowie die wirtschaftspolitische Strategie der EU im Kontext der Regeln zur wirtschafts- und haushaltspolitischen Steuerung.

Die Delegation des Deutschen Bundestages für die Konferenz gemäß Artikel 13 Fiskalvertrag umfasst neun Abgeordnete. Sie wird von Ralph Brinkhaus (CDU/CSU) geleitet, der diese Aufgabe 2015 von seinem Vorgänger Norbert Barthle (CDU/CSU) übernahm. Der Bundesrat ist mit drei Mitgliedern in der deutschen Delegation vertreten.

Parlamentspräsidentenkonferenzen

Die Parlamentspräsidenten der Mitgliedstaaten der EU und die Parlamentspräsidenten der G8-Staaten treffen sich grundsätzlich jährlich, die Parlamentspräsidenten der Mitgliedstaaten des Europarates alle zwei Jahre zum Meinungs- und Informationsaustausch. An diesen Konferenzen nimmt auch der Präsident des Europäischen Parlaments teil. Seit dem Jahr 2000 finden zudem alle fünf Jahre Weltparlamentspräsidentenkonferenzen statt.

Auf der Tagesordnung der Konferenz der Parlamentspräsidenten der EU-Mitgliedstaaten im April 2014 in Vilnius stand entsprechend dem Arbeitsprogramm des lettischen Ratsvorsitzes in der Europäischen Union die verstärkte Zusammenarbeit der EU mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft. Hierzu sollte neben den Parlamentspräsidenten aus Georgien, Armenien und der Republik Moldau auch der Parlamentspräsident aus der Ukraine beitragen. Vor dem Hintergrund der Unruhen in der Ostukraine musste er seine Teilnahme aber kurzfristig absagen. So stand nicht die erwünschte engere Zusammenarbeit im Rahmen der Östlichen Partnerschaft im Mittelpunkt der Gespräche, sondern die Frage, wie die EU-Mitglieder angemessen auf die Krise in der Ukraine reagieren können.

Im September 2014 waren die Parlamentspräsidenten der 47 Mitgliedstaaten des Europarates nach Oslo zur Konferenz der Parlamentspräsidenten des Europarates eingeladen. Im Mittelpunkt der Beratungen standen auch hier „Demokratie, Souveränität und Sicherheit in Europa“, denn die Lage in der Ukraine hatte sich nicht beruhigt, sondern weiter verschärft. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert erinnerte daran, dass das wesentliche Element der Demokratie nicht darin bestehe, dass die Mehrheit entscheide, sondern dass auch die Rechte der Minderheiten zum Tragen kämen.

Im Jahr 2014 stand Russland der Vorsitz in der Gruppe der G8-Staaten zu. Anders als die Staats- und Regierungschefs, die sich in Brüssel statt in Russland trafen, kamen die G7-Parlamentspräsidenten überein, ihre Teilnahme an der Parlamentspräsidentenkonferenz, zu der der Präsident der russischen Duma nach Moskau eingeladen hatte, geschlossen abzusagen. In Abstimmung mit seinen Kollegen übernahm es Bundestagspräsident Lammert, mit der Absage das übereinstimmende Unverständnis darüber zum Ausdruck zu bringen, dass das russische Parlament die Maßnahmen der russischen Regierung in der Ukraine ohne ernsthafte Debatte oder gar Kritik bestätigt hatte.

Während der Konferenz der Parlamentspräsidenten der EU-Mitgliedstaaten im April 2015 in Rom konnte eine Einigung über wichtige Eckpunkte für die Geschäftsordnung der interparlamentarischen Konferenz nach Artikel 13 des Fiskalvertrags erzielt werden, die die angemessene Beteiligung der Parlamente an der stärkeren wirtschafts- und finanzpolitischen Koordination innerhalb der EU sicherstellen soll. Außerdem wurde der starke Anstieg der Schutzsuchenden in der EU in diesem Format erörtert, nicht zuletzt, weil unmittelbar vor dieser Konferenz vor der Küste Italiens Hunderte Flüchtlinge ertrunken waren. Dieses Thema stand auch im Mittelpunkt der Konferenz der Präsidenten der Mitgliedsparlamente der Union für den Mittelmeerraum, die am 11. Mai 2015 in Lissabon stattfand, und zu der nicht nur die Parlamentspräsidenten der EU eingeladen werden, sondern auch die aller nördlichen und südlichen Mittelmeeranrainerstaaten. Bundestagspräsident Lammert forderte, dass die mit der humanitären Krise im Mittelmeerraum verbundenen ökonomischen Lasten wie politischen Anstrengungen sowohl innerhalb der EU als auch zwischen den Mitgliedern der EU und den betroffenen Mittelmeeranrainern fair verteilt werden müssten.

Die vierte Weltparlamentspräsidentenkonferenz im September 2015 in New York identifizierte die Demokratie als Werkzeug im Dienst von Frieden und nachhaltiger Entwicklung, durch die der Wille der Menschen am besten zum Ausdruck komme. Über 140 Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten befassten sich mit den Nachhaltigen Entwicklungszielen und den erforderlichen Maßnahmen zu deren Umsetzung. Ihre Überlegungen konnten den Staats- und Regierungschefs noch vor deren Gipfeltreffen übermittelt werden, auf dem die „2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung“ verbindlich angenommen wurde.

Die Rolle der Parlamente beim Klimaschutz und die Möglichkeiten parlamentarischer Diplomatie erörterten die Parlamentspräsidenten der G7-Mitgliedstaaten Anfang September 2015 in Leipzig. Der Präsident des Deutschen Bundestages hatte seine Kolleginnen und

Kollegen in die Stadt eingeladen, in der die friedliche Revolution begann, die im November 1989 zum Fall der Mauer und vor 25 Jahren zur deutschen Wiedervereinigung führte.

5. Reisen der Parlamentariergruppen sowie Gegenbesuche

Der Deutsche Bundestag unterhält internationale Beziehungen auch durch seine aus Abgeordneten bestehenden Parlamentariergruppen, die in Verbindung mit einem oder mehreren Staaten stehen. In der 18. Wahlperiode sind 54 Parlamentariergruppen eingesetzt worden (35 bilaterale und 19 multilaterale), hinzu kommt ein Länderbeauftragter für Moldau.

Die Reisen und Besuche im Rahmen dieser bilateralen und multilateralen Parlamentariergruppen dienen dem kontinuierlichen Kontakt zu Abgeordneten der Partnerstaaten und dem fortlaufenden Dialog über die für sie wichtigen und politisch aktuellen Themen. Daneben treffen sich die Abgeordneten der Parlamentariergruppen mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und der Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Medien, um über die politische und gesellschaftliche Lage in den Partnerstaaten informiert zu sein. Durch ihre besondere Sachkenntnis über den Partnerstaat beziehungsweise die Partnerregion sind die Parlamentariergruppen ein Ansprechpartner für ausländische Besuchsdelegationen mit unterschiedlichsten Interessen und Zielsetzungen.

Im Folgenden wird eine Kurzübersicht über die Reisen und Gegenbesuche der Parlamentariergruppen in alphabetischer Reihenfolge gegeben. Trotz vielfältiger anderweitiger Aktivitäten sind einige Parlamentariergruppen nicht genannt, da deren Reisen oder Gegenbesuche durch ausländische Delegationen erst in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode stattfinden werden.

Parlamentariergruppe Arabischsprachige Staaten des Nahen Ostens

(Bahrain, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Oman, Saudi-Arabien, Syrien, Vereinigte Arabische Emirate, Arbeitsgruppe Palästina)

Im Berichtszeitraum waren die Auswirkungen des Syrien-Konflikts und der politischen Veränderungen in Nordafrika auf die arabischen Staaten sowie die Aktivitäten der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ wiederkehrende Themen, mit denen sich diese Parlamentariergruppe intensiv beschäftigte. Ziel einer Delegationsreise nach Kuwait, Jordanien und in die palästinensischen Gebiete im Februar 2015 war es, sich über die aktuelle Lage der besuchten Länder im Rahmen von Gesprächen mit Mitgliedern der nationalen Volksvertretungen sowie mit Repräsentanten der Regierungen

und der Zivilgesellschaften zu informieren. In Jordanien besuchte die Delegation das Flüchtlingslager Zaatari, um einen eigenen Eindruck von der Situation der dortigen syrischen Flüchtlinge zu erhalten. In Gesprächen kritisierten insbesondere die jungen Flüchtlinge, dass es ihnen nicht möglich sei, begonnene Studiengänge zu beenden oder abgeschlossene universitäre Ausbildungen beruflich nutzen zu können, womit ihnen jede Perspektive fehle. In Ramallah und Ostjerusalem stand in den Gesprächen die Frage der Anerkennung eines Staates Palästina, insbesondere durch Deutschland, im Vordergrund. In diesem Zusammenhang wiesen die Delegationsmitglieder immer wieder auf das besondere Verhältnis Deutschlands zu Israel hin.

Parlamentariergruppe ASEAN

(Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam)

Mit Laos, Kambodscha und Myanmar besuchte die Parlamentariergruppe im Juli 2015 drei asiatische Länder, die sich wirtschaftlich und politisch stark entwickeln. Jedes Land wünschte sich einen intensiveren Austausch mit Deutschland und mehr Unterstützung bei seiner Entwicklung. Für die bisher geleistete deutsche Unterstützung wurde der Delegation ausdrücklich gedankt. In Laos verschafften sich die Parlamentariergruppenmitglieder einen Überblick über die Räumung von Bomben und Minen sowie über die Hilfen für Minenopfer. Anschließend besuchten die Abgeordneten die Lao-German Technical School und konnten sich vom Erfolg der deutsch-laotischen Berufsschule überzeugen. Weiter führte die Delegation in Kambodscha viele Gespräche mit hochrangigen politischen Vertretern, u. a. mit Premierminister Hun Sen, in denen es um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage des Landes ging. Insbesondere das neue NGO-Gesetz diskutierten die deutschen Abgeordneten intensiv mit ihren Gastgebern. In Myanmar besuchte die Delegation zwei Flüchtlingslager, in denen Rohingya und Buddhisten untergebracht sind, um sich ein Bild von der Situation dort machen zu können. Die Flüchtlingsproblematik sowie die deutsch-myanmarischen Beziehungen waren auch beim Treffen mit Präsident U Thein Sein ein Thema.

Deutsch-Britische Parlamentariergruppe

Die Gespräche zwischen Mitgliedern der Deutsch-Britischen Parlamentariergruppe und zahlreichen Abgeordneten der Houses of Parliament waren in den vergangenen Jahren besonders intensiv. Vor allem das verfehlte Referendum zur schottischen Unabhängigkeit und dessen politische Folgen für Schottland und das gesamte Vereinigte Königreich sowie die Rolle Großbritanniens innerhalb der Europäischen Union

standen im Mittelpunkt der Erörterungen. Ein Delegationsbesuch aus London im November 2014 in Deutschland setzte diesen intensiven Austausch fort. Die britischen und die deutschen Abgeordneten konnten ausführlich ihre jeweiligen Sichtweisen und Kritikpunkte bezüglich der Entwicklung der EU kennenlernen.

Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe

In den vielen Begegnungen mit chinesischen Gesprächspartnern in Berlin und im Rahmen des Delegationsbesuches von Mitgliedern des Nationalen Volkskongresses im Juni 2015 in Deutschland standen Themen wie das chinesische Projekt des „Silk Road Economic Belt“, der Verbraucherschutz in Deutschland und China sowie die angespannte Lage im Süd- und Ostchinesischen Meer im Mittelpunkt. Neben wirtschaftspolitischen Themen beschäftigten sich die Mitglieder der Parlamentariergruppe auch immer wieder mit Menschenrechtsfragen und sozial-ökologischen Themen. Die chinesischen Gäste interessierten sich vor allem für die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland und die bilateralen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen. Für das Jahr 2016 plant die Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe eine Delegationsreise in die Volksrepublik China.

Deutsch-Französische Parlamentariergruppe

Die Parlamentariergruppe ist ein wichtiges Bindeglied in den besonders intensiven und vielschichtigen Beziehungen zwischen dem Deutschen Bundestag und der Französischen Nationalversammlung. Mit dem seit 1998 in regelmäßigen Abständen durchgeführten Hospitantenprogramm ermöglicht sie den Aufbau nachhaltiger persönlicher Netzwerke zwischen deutschen und französischen Abgeordneten. Im November 2014 reisten acht Mitglieder des Deutschen Bundestages im Rahmen des 8. Hospitantenprogramms nach Frankreich. Der erste Programmteil führte in den Wahlkreis des jeweiligen Tandempartners, wo die deutschen Abgeordneten ihren französischen Kollegen bei Begegnungen mit Bürgern, bei Veranstaltungen der örtlichen Parteigremien und bei Gesprächen in den lokalen Einrichtungen begleiteten. Im zweiten Programmteil in Paris besuchten die Teilnehmer in der Französischen Nationalversammlung Sitzungen der Fraktionen, Arbeitsgruppen und Ausschüsse. Sie führten unter anderem Gespräche mit dem französischen Parlamentspräsidenten Claude Bartolone. Ziel des Hospitantenprogramms ist es, den Abgeordneten durch ihre Einbeziehung in die parlamentarische Arbeit vertiefte Einblicke in Strukturen und Abläufe, aber auch in die politische Diskussion im Nachbarland zu eröffnen.

Deutsch-Irische Parlamentariergruppe

Während einer Delegationsreise im Mai 2015 informierten sich Mitglieder der Parlamentariergruppe über den Fortgang der Bewältigung der Finanzkrise und die Auswirkungen der harten Sparmaßnahmen in ihrem Partnerland. Auch die hohe Arbeitslosigkeit und die Abwanderung junger Leute in Irland wurden thematisiert. In diesem Zusammenhang sprachen die Abgeordneten mit der stellvertretenden Ministerpräsidentin und Sozialministerin, Joan Burton, über das duale Ausbildungssystem in Deutschland und über die Förderung des Austausches junger Iren in Traineeprogrammen. Ein weiterer Schwerpunkt der Gespräche war der soziale Wohnungsbau, der in Irland verstärkt vorangebracht wird, da noch immer viele Iren, die nach dem Platzen der „Immobilienblase“ 2008 ihre Häuser verloren haben, provisorisch untergebracht sind.

Deutsch-Italienische Parlamentariergruppe

Angesichts des sprunghaft anwachsenden Zustroms von Flüchtlingen, die von Nordafrika aus über das Mittelmeer nach Europa kommen, konzentrierte sich die Parlamentariergruppe bei ihrer Delegationsreise nach Sizilien und Rom im Mai 2015 auf die Flüchtlingspolitik. Gemeinsam mit ihren Kollegen aus dem italienischen Parlament informierten sich die deutschen Abgeordneten vor Ort über die Herausforderungen, die die italienische Marine und die italienische Küstenwache, die Verantwortlichen in den sizilianischen Küstenorten und Mitarbeiter von Hilfsorganisationen bewältigen müssen. In einer Aufnahmeeinrichtung sprachen sie mit Flüchtlingen über deren Situation. Bei einer Konferenz in Rom zum Thema „Das Recht zu bewachen. Die Pflicht zu schützen“ suchten die Abgeordneten gemeinsam mit dem Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt sowie mit hochrangigen Vertretern der italienischen Regierung und des italienischen Parlaments nach Lösungen. In einer gemeinsamen Erklärung forderten die Mitglieder der Parlamentariergruppe und ihrer italienischen Partnergruppe eine humane und solidarische Flüchtlingspolitik auf europäischer Ebene. Diese europäische Flüchtlingspolitik müsse auch gegen die Fluchtursachen in den Herkunftsländern vorgehen. Für syrische Bürgerkriegsflüchtlinge forderten sie ein erweitertes europäisches Kontingent, um ihnen so einen sicheren Weg über das Meer zu gewährleisten.

Deutsch-Kanadische Parlamentariergruppe

Die beiden zentralen Themen, die sowohl anlässlich der Delegationsreise der Parlamentariergruppe im Februar 2015 nach Québec, Ottawa und Vancouver, als auch mit Gesprächspartnern in Berlin während des gesamten Berichtszeitraums diskutiert wurden, waren

das Wirtschafts- und Freihandelsabkommen CETA zwischen Kanada und der EU sowie die unterschiedlichen Ansätze und Konzepte der Migrations- und Integrationspolitik. Die Abgeordneten beider Seiten sprachen sich für einen zügigen Abschluss der Verhandlungen über CETA aus und bedauerten, dass dieses in den Wind- schatten der in Deutschland sehr kritisch gesehenen Gespräche über das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU geraten sei. In Fragen der Energiepolitik zeigten sich unterschiedliche Einschätzungen, was das Fracking zur Energiegewinnung und staatlich definierte Ziele zur CO₂-Reduktion betrifft. Wie schon bei früheren Delegationsreisen wurde für die Abgeordneten der grundlegende Unterschied zwischen einem rohstoffreichen Land wie Kanada und einem rohstoffarmen Land wie Deutschland und den daraus jeweils resultierenden ökonomischen Strukturen deutlich. In Fragen der Flüchtlings-, Migrations- und Integrationspolitik kam es zwischen den kanadischen und deutschen Parlamentariern zu einem lebhaften Meinungs- und Erfahrungsaustausch.

Deutsch-Kroatische Parlamentariergruppe

Der Schwerpunkt der Arbeit dieser Parlamentariergruppe lag auch in diesem Berichtszeitraum in der Unterstützung der weiteren Integration Kroatiens in die Europäische Union. Dabei nahmen die Finanzkrise und deren Auswirkungen auf die kroatische Wirtschaft und Gesellschaft breiten Raum in zahlreichen Gesprächen ein. Ein Besuch der Kroatisch-Deutschen Freundschaftsgruppe in Berlin im März 2015 diente der Intensivierung der bilateralen parlamentarischen Beziehungen nach der im Juli 2013 erfolgten Aufnahme Kroatiens in die EU und gab den kroatischen Parlamentariern erstmals Gelegenheit, sich über bestehende Probleme nach dem Beitritt und deren Lösungsmöglichkeiten mit ihren deutschen Gesprächspartnern auszutauschen. Auch während dieses Delegationsbesuches ging es vor allem um wirtschafts- und finanzpolitische Fragestellungen.

Parlamentariergruppe Maghreb-Staaten

(Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien, Tunesien)

Mit Algerien und Tunesien besuchte die Parlamentariergruppe im Frühjahr 2015 zwei Länder, die in der Region eine für Europa bedeutende, wenngleich auch sehr unterschiedliche Rolle spielen. Vertreter beider Länder äußerten gleichermaßen den Wunsch nach einer Intensivierung der Beziehungen zu Deutschland. Algerische Parlamentarier und Angehörige des Generalstabs informierten die Mitglieder des Bundestages über das Engagement ihres Landes für die Stabilisierung Nordafrikas und über die algerischen Erfahrungen bei der Bekämpfung terroristischer Gewalt. In Tu-

nesien, wo die Delegation mit den neu gewählten Spitzen des Staates zusammentraf, standen die Herausforderungen des Transformationsprozesses im Mittelpunkt der Gespräche. Man war sich einig, dass Tunesien als erste Demokratie im arabischen Raum ein Modell für die Länder der Region sein könne. Voraussetzung dafür sei, die nach dem „Arabischen Frühling“ etablierten demokratischen Strukturen zu festigen und zugleich die wirtschaftliche und soziale Lage vor allem der bislang benachteiligten Schichten zu verbessern. Dafür baten die tunesischen Politiker um Unterstützung aus Deutschland und Europa.

Deutsch-Mexikanische Parlamentariergruppe

Eine sechsköpfige Delegation der mexikanischen Abgeordnetenkammer war im Mai 2015 zu Gast bei ihrer Partnergruppe im Deutschen Bundestag. Das Besuchsprogramm umfasste auf seinen Stationen in Berlin, Chemnitz und Dresden zahlreiche Gespräche mit Vertretern unterschiedlicher Verwaltungsebenen (Kommune, Land, Bund), sodass Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede in der föderalen Struktur beider Länder deutlich wurden. Die mexikanischen Abgeordneten hatten im Vorfeld ihres Besuches besonderes Interesse an Haushalts- und Rechnungsprüfungsfragen geäußert, daher sah das Programm Gesprächstermine beim Bundesrechnungshof in Potsdam und Treffen mit den entsprechenden Bundestagsausschüssen sowie Experten in der Bundestagsverwaltung vor. Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt lag beim Thema duale berufliche Ausbildung. Zudem kam es zu einer Begegnung mit Vertretern der deutschen politischen Stiftungen, die in Mexiko Büros unterhalten und wichtige Ansprechpartner für die Deutsch-Mexikanische Parlamentariergruppe vor Ort sind.

Deutsch-Mittelamerikanische Parlamentariergruppe

(Belize, Costa Rica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Jamaika, Kuba, Nicaragua, Panama)

Die Anpassung an den Klimawandel, Armutsbekämpfung sowie öffentliche Sicherheit sind - mit unterschiedlicher Gewichtung - die zentralen Themen im Dialog mit den Ländern Mittelamerikas. Sie standen daher auch im Mittelpunkt der Gespräche im Rahmen einer Delegationsreise der Parlamentariergruppe nach Costa Rica, Guatemala und El Salvador im August 2015. Die Bundestagsabgeordneten kamen dazu mit den Fachausschüssen der jeweiligen Partnerparlamente, Regierungsmitgliedern und Nichtregierungsorganisationen zusammen. Ergänzend besuchte die Delegation eine Reihe von Umweltprojekten und Initiativen im sozialen Bereich. Als besonders eindrucks-

voll erwies sich dabei ein Projekt zur Jugendgewaltprävention in El Salvador, bei dem Jugendliche aus gefährdeten Regionen zu Touristenführern ausgebildet werden. Bei ihrem Aufenthalt in den Partnerländern Guatemala und El Salvador, in denen die Bevölkerung im letzten Jahrhundert die Erfahrung grausamer Bürgerkriege durchleben musste, setzten sich die Delegationsmitglieder zudem mit der Aufarbeitung der Vergangenheit dort auseinander. In Guatemala besuchten sie das in erster Linie an junge Menschen gerichtete und gemeinsam mit Jugendlichen konzipierte „Haus der Erinnerung“ (Casa de la Memoria). In El Salvador legte die Delegation einen Kranz für den selig gesprochenen Erzbischof und Befreiungstheologen Oscar Romero nieder.

Deutsch-Nordische Parlamentariergruppe (Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Schweden)

Die Zusammenarbeit der nordischen Länder steht für diese Parlamentariergruppe im Mittelpunkt ihres Interesses. Vor diesem Hintergrund verfolgten die Abgeordneten im Berichtszeitraum insbesondere die Themen Minderheitenpolitik und Arktispolitik in ihren Partnerländern. Im Juni 2015 reiste eine Delegation der Parlamentariergruppe nach Dänemark und Norwegen, um vor allem die Kontakte zu ihren Abgeordnetenkollegen zu vertiefen. Neben den bereits genannten Schwerpunkthemen waren in Dänemark auch die vorgezogene Wahl sowie aktuelle Infrastrukturprojekte wesentliche Gesprächsthemen, während sich die Bundestagsabgeordneten in Norwegen für die Energiepolitik des Landes interessierten. Neben dem Folketing (dem norwegischen Parlament) in Oslo wurde auch das Sameting (das Parlament der Sami-Minderheit) in Alta besucht, um sich einen Eindruck von der besonderen Situation der Minderheiten in den nördlichen Gebieten zu verschaffen.

Deutsch-Polnische Parlamentariergruppe

Gegenstand zahlreicher Gespräche waren die Probleme in der deutsch-polnischen Grenzregion, die die Parlamentariergruppe immer wieder beschäftigte, da eine Reihe ihrer Mitglieder ihre Wahlkreise in der Nähe zur deutsch-polnischen Grenze haben. Immer wiederkehrende Themen waren im Berichtszeitraum die Verkehrsinfrastruktur und die Kriminalitätsbekämpfung. Der Besuch einer Delegation der Polnisch-Deutschen Freundschaftsgruppe in Deutschland im März 2015 begann in Frankfurt (Oder), wo sowohl Fragen der Zusammenarbeit in einer Grenzregion, als auch Bildungsthemen im Mittelpunkt standen. Unter anderem besuchten die polnischen und deutschen Abgeordneten den Deutsch-Polnischen Campus der beruflichen Bildung und die Europa-Universität Viadrina. Zudem gab es Gelegenheit für ein gemeinsames Gespräch mit den Bürgermeistern von Frankfurt

(Oder) und Slubice. In Berlin trafen sich die polnischen Abgeordneten unter anderem mit den Vorsitzenden sowie den Mitgliedern verschiedener Ausschüsse, mit dem Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, mit dem Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, mit dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten sowie mit dem Koordinator für die deutsch-polnische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit. Im Gespräch mit Bundestagspräsident Prof. Dr. Lammert würdigte dieser die besondere Rolle Polens im Entwicklungsprozess des Assoziierungsabkommens der EU mit der Ukraine im Hinblick auf die Östliche Partnerschaft.

Parlamentariergruppe Östliches Afrika (Äthiopien, Burundi, Dschibuti, Eritrea, Kenia, Ruanda, Somalia, Sudan, Uganda)

Im Mittelpunkt der Tätigkeit dieser Parlamentariergruppe steht die Begleitung demokratischer Prozesse in der Region. Im Berichtszeitraum suchten ihre Mitglieder vor allem nach Möglichkeiten, die Beziehungen zu den Partnerländern in den verschiedenen Bereichen zu intensivieren. Um sich einen Eindruck von den Bedingungen vor Ort zu machen, reiste eine Delegation der Parlamentariergruppe im Februar 2015 nach Kenia, Burundi und Ruanda. Wesentliche Gesprächsthemen in allen drei Ländern waren Demokratie und Menschenrechte, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Frauen und Gesundheit sowie Bildung beziehungsweise Ausbildung. In Kenia stand zudem die Wirtschaftskooperation mit Deutschland und Europa im Mittelpunkt der Gespräche. Vor dem Hintergrund der anstehenden Wahlen in Burundi im Juli 2015 ging es der Delegation dort zudem um den Stand der Wahlvorbereitungen. In Ruanda interessierten sich die Abgeordneten vor allem für die Lehren, die aus dem Völkermord gezogen wurden und deren Einfluss auf Gesellschaft und Institutionen des Landes.

Deutsch-Russische Parlamentariergruppe

Der Konflikt in der Ukraine bestimmte die Arbeit der Abgeordneten dieser Parlamentariergruppe im Berichtszeitraum. In schwierigen Zeiten den Dialog aufrechtzuerhalten und einer Abschottung Russlands entgegenzuwirken, war das erklärte Ziel einer Delegationsreise nach Moskau und ins sibirische Nowosibirsk im Juli 2015. Es war die erste offizielle Visite, nachdem im Mai mehreren deutschen Politikern die Einreise verweigert worden war und Russland eine schwarze Liste mit 89 Namen von Personen veröffentlicht hatte, denen die Einreise nach Russland seitdem verwehrt ist.

Die Mitglieder der Delegation aus dem Deutschen Bundestag empfanden die Fortsetzung des parlamentarischen Dialogs als nützlich und wertvoll. Die offen

und kritisch, aber auch freundschaftlich geführten Gespräche verdeutlichten einmal mehr, dass direkte Gespräche mit allen gesellschaftlichen Ebenen gerade in politisch spannungsgeladenen Zeiten wichtig sind.

Parlamentariergruppe SADC-Staaten

(Angola, Botsuana, Demokratische Republik Kongo, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Mosambik, Namibia, Sambia, Seychellen, Simbabwe, Südafrika, Swasiland, Tansania)

Im Rahmen zahlreicher Gespräche, unter anderem auch während einer Delegationsreise im Mai/Juni 2015 nach Südafrika, Botsuana und Namibia, gelangten die Mitglieder der Parlamentariergruppe zu einem vertieften Verständnis der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands im Hinblick auf den Völkermord an den Herero und Nama in der damaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika und der daraus erwachsenen besonderen Bedeutung der deutsch-namibischen Beziehungen. Im Verlauf der Delegationsreise wurden zudem unter anderem Fragen des nachhaltigen Rohstoffmanagements und eines nachhaltigen Tourismus diskutiert. Bei verschiedenen Gesprächsterminen in Berlin standen die wirtschaftliche und politische Entwicklung der SADC-Staaten im Mittelpunkt. Gäste aus Ländern dieser Region zeigten regelmäßig Interesse für das deutsche System der dualen Berufsausbildung und die Perspektiven der Entwicklungszusammenarbeit. Die Abgeordneten sprachen auch über einen möglichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der SADC-Staaten durch deutsche Investitionen.

Deutsch-Schweizerische Parlamentariergruppe

Die Eidgenössische Delegation für die Beziehungen zum Deutschen Bundestag, der Vertreter von National- und Ständerat angehören, und die Deutsch-Schweizerische Parlamentariergruppe pflegen einen intensiven Austausch über Themen von bilateralem Interesse. Bei dem Besuch der Schweizer Parlamentarier im Mai 2015 in Berlin bildete die Zuwanderungspolitik im Kontext des erfolgreichen Referendums „Gegen Masseneinwanderung“ in der Schweiz einen Schwerpunkt der Gespräche. Sowohl der Bundestagspräsident als auch der Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin brachten im Gespräch mit den Gästen die Sorge zum Ausdruck, die Schweiz könne mit einer gesetzlichen Begrenzung der Zuwanderung gegen das mit der EU vertraglich vereinbarte Freizügigkeitsabkommen verstoßen, was negative Folgen für die in den bilateralen Verträgen gestalteten Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU nach sich zöge. Mit Blick auf die in der Schweiz 2014 beschlossene „Energiestrategie 2050“, die auf den schrittweisen Ausstieg aus der Kernkraft und damit

einhergehend auf den kontinuierlichen Ausbau der erneuerbaren Energien zielt, diskutierten die schweizerischen Parlamentarier mit Fachpolitikern aus dem Bundestag über Erkenntnisse aus der Energiewende in Deutschland.

Deutsch-Slowakische Parlamentariergruppe

Die Mitglieder dieser Parlamentariergruppe sehen ihre Aufgabe vor allem in der Vertiefung der guten parlamentarischen Beziehungen zur Slowakischen Republik, die seit 2004 Mitglied in der EU und der NATO ist. Im Juli 2015 fand die für bilaterale Parlamentariergruppen einmal in der Wahlperiode vorgesehene Delegationsreise in das Partnerland statt. In ihren Gesprächen im Parlament, im Außenministerium und im Finanzministerium in Bratislava ging es vor allem um die Auswirkungen der Finanzkrise, aber auch um Sicherheitsthemen wie die Bekämpfung von Terrorismus sowie die Entwicklungen in der Ukraine, die an die Slowakei grenzt. Ferner erörterten die Abgeordneten kulturpolitische Aspekte der bilateralen Beziehungen und es kam zu einem Treffen mit Vertretern der deutschen Minderheit in der Slowakischen Republik.

Deutsch-Südamerikanische Parlamentariergruppe

(Argentinien, Bolivien, Chile, Ecuador, Guyana, Kolumbien, Paraguay, Peru, Suriname, Uruguay, Venezuela)

Eine Delegation dieser Parlamentariergruppe nutzte eine Reise im Oktober 2014 nach Ecuador und Kolumbien, um sich vor Ort über die jüngsten Entwicklungen in der Region zu informieren. Wie immer bei den Parlamentariergruppen standen die Kontakte zu den Abgeordneten in den Partnerländern im Mittelpunkt des Reiseprogramms. In Ecuador kamen die Bundestagsabgeordneten mit der dort neu gegründeten bilateralen Freundschaftsgruppe zusammen, die kolumbianischen Abgeordneten und Senatoren stellten die Gründung einer solchen Gruppe in Aussicht. Thematisch ging es in Ecuador vorrangig um die unter der Überschrift „Veränderung der Produktionsmatrix“ zusammengefassten Reformen der Regierung von Staatspräsident Rafael Correa. Dazu gehören offenkundige Erfolge im Bereich der primären und sekundären Bildung, bei der Infrastruktur und bei der Armutsbekämpfung, aber auch ein umstrittenes neues Mediengesetz sowie Bestimmungen für die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen, die diese als Einengung empfinden. Das beherrschende Thema der in Kolumbien geführten Gespräche war die Überwindung des jahrzehntelangen bewaffneten Konflikts zwischen staatlichen Streitkräften, verschiedenen Guerilla-Gruppen und Paramilitärs. Die Regierung von Staatspräsident Manuel Santos hatte 2012 direkte Verhandlungen mit der Hauptguerillagruppe FARC

(Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) begonnen. Die Problematik der Opferentschädigung wurde ausführlich mit Betroffenen und politischen Vertretern erörtert. Andere thematische Aspekte waren die Übergangsgerechtigkeit sowie eine denkbare politische Beteiligung von früheren Kämpfern, wenn der Konflikt tatsächlich in seinen Nachwirkungen überwunden ist. Den erfolgreichen Wandel von einem Schwerpunkt der Auseinandersetzungen in den 1980er und 1990er Jahren zu einer innovativen und lebenswerten Stadt beeindruckte die Bundestagsdelegation am Beispiel von Medellín sehr.

Deutsch-Südasiatische Parlamentariergruppe

(Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Malediven, Nepal, Pakistan, Sri Lanka)

Vorwiegend mit der Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaat und damit zusammenhängend mit der Sicherheitslage in der Region sowie mit menschenrechtlichen Fragestellungen in den jeweiligen Ländern beschäftigt sich diese Parlamentariergruppe. Diese Themen standen folglich auch im Mittelpunkt der Delegationsreise nach Afghanistan und Pakistan im April 2015. In beiden Ländern hatte es im Jahr 2014 friedliche, durch demokratische Wahlen herbeigeführte Machtwechsel gegeben. In Afghanistan war es der erste überhaupt; in Pakistan war es der erste Machtwechsel nach der vollen Amtszeit des Vorgängers. Während des Besuchs im Ober- und Unterhaus des afghanischen Parlaments sowie in allen anderen Gesprächen während des Aufenthalts der Delegation aus dem Bundestag drückten die afghanischen Gesprächspartner ihren Dank und ihre Anerkennung sowohl für das deutsche militärische als auch für das zivile Engagement vor Ort aus. Die Sicherheitslage in der gesamten Region nach dem Ende des ISAF-Mandats spielte bei den Gesprächen unter anderem mit Vertretern der Bundeswehr in Masar-e-Scharif und Kabul sowie mit Mitgliedern der pakistanischen Armee ebenfalls eine zentrale Rolle. Die deutschen Abgeordneten trafen in Kabul auch mit den Verantwortlichen von NATO und Vereinten Nationen zusammen. Daneben umfasste die Delegationsreise zahlreiche Begegnungen mit Repräsentanten der Zivilgesellschaft. In Pakistan interessierten sich die Delegationsteilnehmer vornehmlich für die dortige Textilwirtschaft. Die verheerende Brandkatastrophe in einer Textilfabrik in Karachi im September 2012 hatte in der deutschen Öffentlichkeit zu vielen Fragen und großer Besorgnis geführt. Mit dem „Bündnis für nachhaltige Textilien“ reagierte die Bundesregierung auf die Arbeitsbedingungen in der globalisierten Textilwirtschaft. Der Besuch zweier Textilfabriken, die nach wirtschaftlichen und zugleich ethischen Kriterien arbeiten, war den Mitgliedern der Parlamentariergruppe daher besonders wichtig.

Deutsch-Südkaukasische Parlamentariergruppe

(Armenien, Aserbaidschan, Georgien)

Im Mittelpunkt der Tätigkeit dieser Parlamentariergruppe steht die Erhaltung und Vertiefung eines offenen und konstruktiven Meinungsaustausches mit den Parlamentariern in den Partnerländern und der Region. Im Berichtszeitraum wurden darüber hinaus wiederholt Gespräche über Verwaltungsreformen und die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Deutschland geführt. Im Mai 2015 reiste eine Delegation der Parlamentariergruppe nach Georgien und Aserbaidschan, um sich insbesondere über die dortige Wirtschaftspolitik und die Beziehungen zu Deutschland zu informieren. Daneben legten die Bundestagsabgeordneten aber auch Wert darauf, Gespräche über Demokratie und Menschenrechte zu führen. In beiden Ländern interessierten sie sich ebenfalls für die bilateralen kulturellen Beziehungen und erörterten die Möglichkeiten von Städtepartnerschaften.

Deutsch-Südosteuropäische Parlamentariergruppe

(Albanien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien)

Der Schwerpunkt der Arbeit dieser Parlamentariergruppe lag auch in diesem Berichtszeitraum in der Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in der Region Westbalkan und ihrer Annäherung an die Europäische Union. Im Februar 2015 reiste eine Delegation nach Serbien und Mazedonien, um sich unmittelbar vor Ort ein Bild von der derzeitigen Lage zu machen. In Belgrad beschäftigten sich die Abgeordneten vor allem mit den serbischen Reformbemühungen in den Bereichen Inneres, Justiz und Wirtschaft im Kontext der geplanten EU-Beitrittsverhandlungen. Insbesondere die Chancen für die Eröffnung der sogenannten Beitrittskapitel und die Reihenfolge der Eröffnung wurden diskutiert. In einer Reihe von Gesprächen wurde deutlich, dass die einstige Aufbruchsstimmung, bald Teil der EU zu werden, einer nüchternen Betrachtungsweise gewichen ist. Gesprächsthemen waren außerdem erneut die Unterstützung des Dialogs Belgrad-Pristina, der hohe Migrationsdruck aus der Region sowie die Situation der Roma. Der Aufenthalt in Mazedonien stand ganz im Zeichen der innenpolitischen Dauerkrise, die sich mit einem Boykott des Parlaments durch die Opposition zugespitzt hat. Den Delegationsteilnehmern wurde deutlich vor Augen geführt, dass die Verhältnisse nicht mit denen einer gefestigten Demokratie vergleichbar sind. Fragen nach der Unabhängigkeit und Qualität der mazedonischen Medien sowie der andauernde Namenskonflikt mit Griechenland waren weitere Gesprächsthemen für die Mitglieder der Parlamentariergruppe.

Im Mittelpunkt eines Delegationsbesuchs von Abgeordneten des serbischen Parlaments im September

2015 in Berlin standen aus aktuellem Anlass die Lage der Flüchtlinge, die über die Balkanroute nach Westeuropa gelangen wollen, und die Beitrittsperspektive Serbiens für die Europäische Union. Da das serbische Parlament derzeit an einer neuen Geschäftsordnung arbeitet, wurden auch Gespräche zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages geführt.

Parlamentarischer Freundeskreis Berlin-Taipei

Der Parlamentarische Freundeskreis nutzte die Delegationsreise nach Taiwan im Mai/Juni 2015, um sich über Themen beidseitigen Interesses zu informieren. Deutschland und Taiwan sehen sich mit zum Teil vergleichbaren Herausforderungen konfrontiert. Als hochindustrialisierte Länder geht es für sie beispielsweise um Themen aus den Bereichen Innovation, Umweltschutz oder auch Mobilität. Beide Gesellschaften müssen zudem auf ihre demographische Entwicklung reagieren, wobei Taiwan als das Land mit der weltweit am stärksten alternden Gesellschaft gilt. Bestimmendes Thema des Besuchs war jedoch das Verhältnis zur Volksrepublik China, das in den politischen Debatten Taiwans zentralen Raum einnimmt - gerade auch mit Blick auf die 2016 bevorstehende Präsidentschaftswahl. Auf taiwanischer Seite bestand großes Interesse an den Erfahrungen aus der Zeit der deutschen Teilung und der Wiedervereinigung. Die Delegation traf während ihres Besuchs zu ausführlichen Gesprächen mit Staatspräsident Ma Ying-jeou, mit Parlamentariern sowie Regierungsmitgliedern zusammen. Zudem gab es für die Abgeordneten aus Deutschland während ihres Besuchs in Taiwan Begegnungen mit Unternehmern, Wissenschaftlern sowie mit Mitarbeitern von Think-Tanks und anderen zivilgesellschaftlichen Vertretern.

Deutsch-Ungarische Parlamentariergruppe

Die Mitglieder dieser Parlamentariergruppe konzentrierten sich bei ihrer Arbeit im Berichtszeitraum auf alle Themen, die mit der Bewältigung der gemeinsamen europäischen Herausforderungen verbunden sind. Eine Delegationsreise im September 2015 diente dabei der Intensivierung der bilateralen parlamentarischen Kontakte, was gerade zu diesem Zeitpunkt von großer Bedeutung war. In den Gesprächen mit dem Vizeparlamentspräsidenten der Ungarischen Nationalversammlung, Mitgliedern der Ungarisch-Deutschen Partnergruppe sowie weiteren Abgeordneten konnten die Delegationsmitglieder einen intensiven Meinungsaustausch zu allen aktuellen Fragen führen. Insbesondere der große Flüchtlingsstrom nach Europa stand naturgemäß im Mittelpunkt aller Erörterungen. Zwischen den Gesprächspartnern herrschte Einigkeit darüber, dass diese Entwicklung kein nationales, sondern ein europäisches Problem ist, das eine rasche in-

ternationale Lösung verlangt. Die Mitglieder der Parlamentariergruppe sprachen in diesem Zusammenhang nicht nur mit Vertretern der Regierung und von Nichtregierungsorganisationen, sondern konnten auch in das Auffanglager für Flüchtlinge in Bicske fahren. Da sich die Delegation zudem für bildungspolitische Themen während ihres Aufenthalts in Ungarn interessierte, besuchte sie die Andrassy Gyula Universität Budapest, die bisher einzige vollständig deutschsprachige Universität außerhalb des deutschen Sprachraums.

Parlamentariergruppe USA

Der bilaterale parlamentarische Austausch zwischen der Parlamentariergruppe USA und der Congressional Study Group on Germany erfolgt im Rahmen des Congress-Bundestag Seminars (CBS). Das CBS findet im jährlichen Wechsel in den USA und in Deutschland statt. Sowohl beim 31. CBS in Pennsylvania und Washington im September 2014 als auch beim 32. CBS im Mai 2015 in Dresden, Leipzig und Berlin standen die Themen Energieversorgung/Energiesicherheit, das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP, internationale Krisenregionen wie der Nahe und Mittlere Osten, der Ukraine/Russland-Konflikt und die Abhör- und Informationsbeschaffungspraxis der National Security Agency (NSA) im Mittelpunkt der Gespräche. Durch die zum Teil schon seit vielen Jahren bestehenden bilateralen Kontakte zwischen den Mitgliedern der beiden Parlamentariergruppen war es möglich, die unterschiedlichen Positionen im Bereich der Energiepolitik offen und konstruktiv zu diskutieren. In den zahlreichen Gesprächen über die Aktivitäten der NSA wurden grundlegend unterschiedliche Auffassungen darüber deutlich, in welchem Verhältnis der Schutz der Privatsphäre der Bürger und nationale Sicherheitsinteressen - vor allem im Kampf gegen den Terrorismus - stehen sollten. Bei ihren Aufenthalten in den USA sprachen Mitglieder der Parlamentariergruppe regelmäßig die tiefe gesellschaftliche Spaltung zwischen Teilen der Bevölkerung und dem politischen Establishment sowie die daraus folgenden Konsequenzen für politisches Handeln an. Im Rahmen einer Vielzahl von Gesprächsterminen der Parlamentariergruppe während der Sitzungswochen des Bundestages standen zudem die Chancen und Kritikpunkte, die auf beiden Seiten des Atlantiks bezüglich des Freihandelsabkommen TTIP gesehen werden, im Fokus des Interesses.

Deutsch-Zentralasiatische Parlamentariergruppe *(Kasachstan, Kirgisistan, Mongolei, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan)*

Um einen unmittelbaren Eindruck von der sozialen, wirtschaftlichen und demokratischen Entwicklung in Kirgisistan und der Mongolei zu erhalten, reiste eine

Delegation der Parlamentariergruppe im Juli 2015 in die beiden Partnerländer. Die Abgeordneten gingen vor allen Dingen der Frage nach, welche Bedeutung die bereits bestehende und womöglich eine auszubauende Zusammenarbeit mit Deutschland für diese Prozesse haben könnte. In beiden Ländern sprachen die Abgeordneten Menschenrechtsthemen an. Von Interesse für die Delegation waren darüber hinaus Aspekte von nachhaltiger Entwicklung sowie des Umweltschutzes.

Deutsch-Zyprische Parlamentariergruppe

Die Parlamentariergruppe konnte die guten Beziehungen zum Partnerland im Berichtszeitraum intensivieren; hierzu trug auch eine Delegationsreise im März 2015 nach Nikosia bei. Neben dem Ausbau der bilateralen parlamentarischen Kontakte ging es in den Gesprächen mit Parlamentspräsident Yiannakis Omirou, den Mitgliedern verschiedener Ausschüsse sowie mit Regierungsvertretern, Erzbischof Chrysostomos II und mit Vertretern deutscher Einrichtungen in Zypern um die Überwindung der Finanzkrise und ihrer Folgen. Zudem interessierte sich die Delegation aus Berlin für die wirtschaftliche Entwicklung ihres Partnerlandes, den Stand und die Perspektiven der Verhandlungen zur sogenannten „Zypernfrage“ (der weiterhin ungelöste Konflikt um die seit 1974 unter türkischem Einfluss abgetrennte Nordhälfte der Insel) und für den Beitrag des Landes zur regionalen Sicherheitspolitik sowie beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus.

6. Einzeldienstreisen der Abgeordneten

Wie die Delegationsreisen sind auch die Einzeldienstreisen der Abgeordneten als Mitglieder ihrer jeweiligen Ausschüsse vorrangig auf die Informationsgewinnung sowie den Erfahrungs- und Meinungsaustausch gerichtet. Diese Reisen dienen außerdem der Stärkung der Wahrnehmung der Kontrollfunktion gegenüber der Regierung durch die Abgeordneten. Denn eine unmittelbare und möglichst wenig gefilterte Informationsgewinnung zur politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Lage in den jeweiligen Staaten und Regionen ist häufig nur auf diese Weise erreichbar.

Die im Berichtszeitraum von den Mitgliedern des Deutschen Bundestages durchgeführten Einzeldienstreisen sind angesichts der Themen, mit denen sich die Abgeordneten im Rahmen ihrer Mandatsausübung befassen, vielfältig und weit gefasst. Zunehmend bilden die Einladungen zu Kolloquien und Konferenzen zu einer Vielzahl von Themen den Anlass für Einzeldienstreisen von Abgeordneten. Zudem haben Abgeordnete immer wieder Gelegenheit, Reisen des Bundespräsidenten sowie der Bundeskanzlerin und anderer Mitglieder der Regierung zu begleiten.

Aufgrund der Vielzahl und der großen Themenbreite werden die Einzeldienstreisen des Berichtszeitraums im Folgenden nur exemplarisch und nach regionalen Aspekten grob gegliedert dargestellt.

Europa

Wie schon in vorangegangenen Wahlperioden war der Sitz der Europäischen Union in Brüssel auch in diesem Berichtszeitraum das Ziel zahlreicher Einzeldienstreisen von Abgeordneten. Sie erörterten dort mit Vertretern der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments vielfältige europa-, finanz-, wirtschafts-, sicherheits- sowie sozialpolitische Themen. Einen Schwerpunkt der Gespräche bildete zudem die Krise in der Ukraine. Die Abgeordneten nahmen in diesem Zusammenhang an internationalen Konferenzen sowie an Sitzungen der „Task Force für europäische Sicherheit und Verteidigung“ teil. Zudem führten sie Gespräche mit Vertretern der NATO, in denen es um die vertiefende Erörterung des strategischen Konzepts des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses ging. Des Weiteren nahmen Abgeordnete aus dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie an Gesprächsrunden zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) teil. Auch das Brüssel-Forum des German Marshall Funds fand mit Beteiligung aus dem Deutschen Bundestag statt.

Die Intensivierung der deutsch-französischen Beziehungen sowie aktuelle Entwicklungen in der Europäischen Union waren häufige Anlässe für Abgeordnete aus verschiedenen Ausschüssen, Dienstreisen nach Frankreich zu unternehmen. Außerdem nahmen zwei Mitglieder des Bundestages an der Konferenz gemäß Artikel 13 des Fiskalvertrages teil. Andere Abgeordnete reisten zur gemeinsamen Sitzung der Präsidien der Französischen Nationalversammlung und des Deutschen Bundestages, um Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Energiepolitik in der EU zu erörtern. Mitglieder des Verteidigungsausschusses reisten für sicherheits- und verteidigungspolitische Gespräche mit Regierungsvertretern und Parlamentariern nach Paris. Des Weiteren besuchten sie die internationale Messe für landgestützte Sicherheits- und Verteidigungssysteme „EUROSATORY“ und nahmen an der 12. Sommerverschiffungskonferenz teil. Mitglieder des Bundestages reisten auch zu Sitzungen der OECD, informierten sich über den aktuellen Stand des Kernfusionsreaktors ITER oder besuchten eine Tagung der Europäischen Interparlamentarischen Weltraumkonferenz. Ein Abgeordneter nahm an der Gedenkfeier zum 70. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie teil.

Eine Reihe von Konferenzen und Diskussionsveranstaltungen führte Abgeordnete des Auswärtigen Ausschusses nach Großbritannien, um aktuelle politische

Themen der Außen- und Sicherheitspolitik zu erörtern. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses nahm anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der deutschen Wiedervereinigung in London an einer Podiumsdiskussion zur Rolle Deutschlands in der internationalen Politik teil. Ein Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales reiste zum 13. Deutsch-Britischen Gewerkschaftsforum, das sich mit dem Thema „Arbeitnehmerbeteiligung als Element guter Unternehmensführung“ beschäftigte. Ein Mitglied des Finanzausschusses führte Gespräche zu finanzpolitischen Themen sowie zur kritischen Sicht Großbritanniens auf die Europäische Union.

In der ersten Hälfte der 18. Wahlperiode fanden zudem zahlreiche Reisen nach Russland statt, die nicht zuletzt Ausdruck des großen Interesses der Mitglieder des Deutschen Bundestages an der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung des Landes sind. Gesprächspartner waren Vertreter der russischen Regierung, der Opposition, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft, mit denen neben innenpolitischen Themen insbesondere auch die Situation in der Ukraine, die Lage in Syrien sowie der Stand der Atomverhandlungen mit dem Iran erörtert wurden. Ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses nahm an einer Konferenz teil, auf der es um Gründe und Auswege aus der Krise der Beziehungen zwischen Russland und der EU ging. Zwei Parlamentarier reisten auf Einladung der russischen Staatsduma zum III. Internationalen Parlamentarischen Forum. Ein Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Energie besuchte das Moskauer Wirtschaftsforum, das sich dem Thema „Russisch-Deutsche Zusammenarbeit unter neuen Bedingungen“ widmete. Zwei Abgeordnete reisten zu den Festveranstaltungen anlässlich „10 Jahre Helmholtz-Gemeinschaft in der Russischen Föderation“.

Die aktuelle Krise in der Ukraine bildete den Anlass zu einer Vielzahl von Einzeldienstreisen von Abgeordneten des Auswärtigen Ausschusses, des Verteidigungsausschusses sowie des Ausschusses für die Angelegenheiten der europäischen Union nach Kiew und in die Grenzregionen. In Gesprächen mit Vertretern von Regierung und Opposition, von Menschenrechtsorganisationen, mit Journalisten, Bürgerrechtsbewegungen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren versuchten die Abgeordneten, ein Bild von der aktuellen Lage vor Ort zu erhalten, internationale Aufmerksamkeit auf die Geschehnisse zu lenken sowie zur gewaltfreien Konfliktlösung und einem Dialog zwischen den verschiedenen Seiten beizutragen.

Die wirtschafts- und haushaltspolitische Lage sowie Umsetzung und Auswirkungen der Reformen und Sparmaßnahmen bildeten den Schwerpunkt einer Reihe von Einzeldienstreisen der Bundestagsabgeord-

neten nach Griechenland. Ein Mitglied des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe besuchte zudem mehrere Flüchtlingslager in Thessaloniki und führte dort Gespräche mit Parlamentariern und Flüchtlingen. Zwei Abgeordnete waren Teilnehmer an einer Konferenz in Athen anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung Europas vom Faschismus.

In Italien nahm ein Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit an einem Workshop der internationalen Naturschutzinitiative „Satoyama“ teil. Ein Europapolitiker informierte sich in Gesprächen über den Zustand und die Entwicklung der italienischen Volkswirtschaft. Die Wahrnehmung der Interessen des Deutschen Bundestages in den Kuratoriumssitzungen des Deutsch-Italienischen Zentrums Villa Vigoni e.V. (dem von der deutschen und italienischen Regierung gemeinsam getragenen Verein zur Förderung der deutsch-italienischen Zusammenarbeit, insbesondere auf den Gebieten Kultur, Kunst und Wissenschaft) wurde durch die Teilnahme des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses sichergestellt. Ein Abgeordneter des Ausschusses Digitale Agenda nahm in Rom an einer interparlamentarischen Konferenz zur Gründung eines Netzwerks für junge europäische Abgeordnete teil.

Mitglieder des Bundestages reisten auch nach Spanien, um sich dort über die Fortschritte bei der Bewältigung der Eurokrise und generell über die Entwicklung der spanischen Volkswirtschaft zu informieren. Ein Abgeordneter des Haushaltsausschusses nahm an einem Seminar zur Rolle des Deutschen Bundestages in den Entscheidungsprozessen der Europäischen Union teil.

Abgeordnete verschiedener Ausschüsse reisten nach Polen, um dort Gespräche zu den Themen Wirtschaft, Europa, Sicherheit, Energie, Tourismus, Antidiskriminierung, Kultur und Bildung zu führen. Zwei Parlamentarier reisten zum 8. Europa-Ukraine Forum der Stiftung Institut für Oststudien. Ein Mitglied des Bundestages begleitete den Bundespräsidenten, um an den Gedenkfeierlichkeiten zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz teilzunehmen. Ein anderer Abgeordneter vertrat den Bundestag bei der Gedenkfeier für die Opfer des sowjetischen NKWD-Lagers in Tost.

Deutsche Abgeordnete nahmen an verschiedenen Konferenzen in Österreich teil, auf denen es unter anderem um Themen wie Frieden in Syrien, Förderung des Mittelstandes, wachsende Ungleichverteilung von Einkommen sowie die Gleichstellung von Männern und Frauen ging. Eine Abgeordnete aus dem Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung reiste zu einer Wiener Konferenz, die sich mit humanitären Auswirkungen von Nuklearwaffen beschäftigte.

Über die politische Entwicklung und die Sicherheitslage in Bosnien und Herzegowina informierten sich Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses. Weitere Abgeordnete reisten anlässlich der Flutkatastrophe in die Region, um sich vor Ort ein Bild von den Ausmaßen der Schäden und dem Bedarf an Hilfe zu machen. Der Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe nahm an den Feierlichkeiten zur Erinnerung an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges in Sarajevo teil.

In Kroatien vertraten zwei Abgeordnete den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union auf einer internationalen Parlamentarierkonferenz, die sich mit Kooperation als Ziel wirtschaftlichen Wachstums und Energiesicherheit befasste. Ein Abgeordneter aus dem Auswärtigen Ausschuss nahm im kroatischen Parlament an der gemeinsamen Sitzung der Auswärtigen Ausschüsse der Parlamente Bosnien und Herzegowinas, Montenegros, Kroatiens und Serbiens teil.

Eine Abgeordnete informierte sich im Kosovo über die Lage nach der Parlamentswahl sowie über die Fortschritte im Annäherungsprozess zwischen Serbien und dem Kosovo. Ein Mitglied des Haushaltsausschusses nahm an einer internationalen Konferenz zur Haushaltstransparenz in Pristina teil.

Ein Mitglied des Innenausschusses informierte sich in Serbien über die Entwicklung der Rechte und die politische Beteiligung von Homosexuellen und nahm in Belgrad an der dortigen „Pride Parade“ teil. Ein Abgeordneter aus dem Auswärtigen Ausschuss führte politische Gespräche zur Übernahme des OSZE-Vorsitzes durch Serbien.

Über die aktuellen politischen Entwicklungen und die allgemeine Sicherheitslage in Rumänien informierten sich Abgeordnete aus dem Auswärtigen Ausschuss, dem Europa- und dem Verteidigungsausschuss. Zwei Vertreter des Haushaltsausschusses führten im Vorfeld der Beratungen zum Bundeshaushalt Gespräche über die Unterstützung der deutschen Schulen und der Verstärkung des deutschen Sprachunterrichts bei der deutschsprachigen Minderheit in Rumänien.

Die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit Deutschland auf dem Gebiet der Energiepolitik wurden mit Abgeordneten, Vertretern der Regierung sowie relevanter Institutionen in der Türkei erörtert. Abgeordnete des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung begleiteten die Bundesbildungsministerin an den Abschlussveranstaltungen zum Türkisch-Deutschen Jahr der Wissenschaft, Bildung und Innovation 2014. Ein Mitglied des Verteidigungsausschusses informierte sich vor Ort über die Einsatzbedingungen deutscher Soldaten im Rah-

men der NATO-Operation „Active Fence“ und besuchte ein Flüchtlingslager an der Grenze zu Syrien. Eine Abgeordnete vertrat den Deutschen Bundestag bei der Gedenkveranstaltung anlässlich des 100. Jahrestages des Völkermordes an den Armeniern und führte politische Gespräche im Vorfeld der Parlamentswahlen, in denen es um den Demokratisierungsprozess sowie um die deutsch-türkischen Beziehungen ging.

Afrika

Die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent stand in der ersten Hälfte der 18. Wahlperiode im Vordergrund des Interesses der Abgeordneten, die Einzeldienstreifen nach Afrika unternahmen.

Auf Einladung des Bundesaußenministers begleiteten zwei Abgeordnete ihn auf einer Reise nach Ägypten, um sowohl mit dem ägyptischen Präsidenten als auch mit Regierungsmitgliedern zu Gesprächen zusammenzutreffen. Ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses reiste im Vorfeld des Besuchs des ägyptischen Präsidenten im Mai 2015 in Berlin nach Kairo, um sich vor Ort über die aktuelle politische Lage zu informieren. Ein Bildungspolitiker führte in Kairo Gespräche mit Vertretern deutscher Wissenschaftsorganisationen und nahm an einer Graduierungsfeier der deutschen Universität teil.

Ein Bundestagsabgeordneter leitete in Marokko das 4. Deutsch-Marokkanische Wirtschaftsforum des Euro-Mediterran-Arabischen Ländervereins (EMA) und führte Gespräche in marokkanischen Unternehmen in Casablanca, Rabat und Kenitra. Eine Abgeordnete des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung besuchte das Alumnitreffen des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und hielt einen Vortrag zur Ökologie im Maghreb. Ein für Außenpolitik zuständiger Abgeordneter reiste nach Casablanca und Rabat, um politische Gespräche mit Vertretern der Deutsch-Marokkanischen Außenhandelskammer, dem Tourismusminister und Wirtschaftsverbänden zu führen.

Die aktuelle sicherheitspolitische Lage in Mali bildete den Anlass für eine Reihe von Reisen der Mitglieder des Verteidigungsausschusses. Die Abgeordneten führten Gespräche mit Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, mit Vertretern von Parlament und Regierung sowie der Zivilgesellschaft. Eine für die Sicherheits- und Abrüstungspolitik ihrer Fraktion verantwortliche Abgeordnete informierte sich vor Ort über die laufende Ausbildungsmission der Europäischen Union EUTM Mali sowie die UN-geführte Mission MINUSMA.

Zwei Abgeordnete vertraten den Deutschen Bundestag bei den Gedenkveranstaltungen zum 20. Jahrestag des Völkermordes in Ruanda. Eine Abgeordnete des Auswärtigen Ausschusses reiste zu einer Konferenz nach Kigali, in der es vor allem um frauenrechtliche Vorträge und Diskussionen ging.

In Kenia besuchten zwei Mitglieder des Bundestages eine Konferenz anlässlich des 40-jährigen Bestehens des Regionalbüros des DAAD und referierten dort zum Thema BAföG und weiteren Instrumenten zur Erreichung von Bildungsgerechtigkeit. Ein Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Energie nahm in Nairobi an einer Fachkonferenz teil, auf der es um die Lage Afrikas südlich der Sahara ging.

Drei Abgeordnete begleiteten den Bundesaußenminister auf einer Reise nach Südafrika, um an einer Plenarsitzung der deutsch-südafrikanischen Kommission teilnehmen zu können. In Gesprächen mit Vertretern der Regierung und der Opposition wurden Themen der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehung zwischen Deutschland und Südafrika erörtert. Ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses nahm am Weltwirtschaftsforum in Kapstadt teil.

Nordamerika

In der ersten Hälfte der 18. Wahlperiode wurden zahlreiche Einzeldienstreisen von Mitgliedern des Bundestages in die USA aus den unterschiedlichsten Anlässen genehmigt. Gesprächstermine mit hochrangigen Vertretern von Parlament und Regierung sowie die Teilnahme an einer Vielzahl von Konferenzen dienten der Information und dem Meinungs austausch sowie generell der Förderung der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Dabei umfassten die Themen nicht nur klassische Außen- und Verteidigungspolitik, sondern reichten von haushalts- und finanzpolitischen Diskussionen über Bereiche der Wirtschafts-, Arbeit- und Sozialpolitik bis zu umweltpolitischen Fragestellungen.

So nahm ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses an einem Kongress der Amerikanischen Handelskammer als Hauptredner zum Thema TTIP teil. Die Vorsitzende des Umweltausschusses vertrat auf einer Umweltschutzkonferenz in Washington D.C. die deutsche Position zum Thema Klimaschutz. Anlässlich der Krise in der Ukraine reiste ein für Außenpolitik zuständiger Abgeordneter nach New York und Washington, um politische Gespräche über ein gemeinsam abgestimmtes Verhalten des Westens gegenüber Russland zu führen. Ein Mitglied des Haushaltsausschusses besuchte die Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Für abrüstungspolitische Gespräche reiste ein Abgeordneter nach Washington und informierte sich dort über den Stand der amerikanischen Sicherheitspolitik. Bei einer

USA-Reise eines Mitglieds des Auswärtigen Ausschusses ging es um die Terrormiliz „Islamischer Staat“ und wiederum um die aktuelle Situation im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine. Eine Abgeordnete des Ausschusses Digitale Agenda nahm an einer Informationsreise zum Thema „Digitalisierung - Politische Antworten aus Deutschland und den USA“ teil und führte Gespräche mit hochrangigen Vertretern von Unternehmen aus der Digitalwirtschaft. Zwei Mitglieder des Bundestages begleiteten den Bundesminister für Gesundheit auf seiner Reise nach Washington, Atlanta und Minneapolis, um Gespräche über die internationale Gesundheitspolitik - insbesondere über den gemeinsamen Kampf gegen globale Gesundheitsgefahren - zu führen. Eine Luft- und Raumfahrtmesse in Colorado Springs bildete den Anlass zu einer Reise, auf der im Anschluss auch politische Gespräche zu transatlantischen Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik geführt wurden. Für den Finanzausschuss reiste ein Mitglied in die USA, um sich vor Ort über den Gesetzgebungsstand und die Regulierungsbemühungen hinsichtlich der Schattenbanksysteme zu informieren.

Mittel- und Südamerika

Mexiko bildete im Berichtszeitraum einen Schwerpunkt der deutschen auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Zur Förderung der Bereiche Schul- und Berufsbildung reiste ein Mitglied des Haushaltsausschusses nach Mexiko City, San Miguel Allende, Guanajuato und Guadalajara, um Gespräche mit Unternehmen und deutschen Schulen zu führen. Ein Mitglied des Umweltausschusses nahm in Mexiko City an einer Konferenz zur Bekämpfung des Klimawandels sowie der Abholzung des Regenwaldes teil und hielt einen Vortrag über die europäischen Bemühungen zum Klimaschutz.

Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses reisten nach Kuba, um Gespräche zur Umsetzung der internationalen Landwirtschaftspolitik, zur Kultur- und Bildungspolitik sowie zur Annäherung zwischen den USA und Kuba zu führen.

Ein Mitglied des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe besuchte für Gespräche mit zivilgesellschaftlichen und entwicklungspolitischen Organisationen Guatemala. Im Vordergrund der Reise standen neben der Situation der Menschenrechte auch Themen der Umwelt- und Klimapolitik.

Die Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit reiste nach Kolumbien, um die vom Kohlebergbau betroffenen Gebiete zu besichtigen. Eine Abgeordnete des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung führte in dem Land Gespräche mit Abgeordneten,

Vertretern der Regierung und von Nichtregierungsorganisationen über die politischen Aussichten des Friedensprozesses und besuchte eine Konfliktregion.

In Brasilien nahmen zwei Abgeordnete an einem Exposure- und Dialogprogramm zum Thema „Fachkräfte ausbilden - Jugendarbeitslosigkeit überwinden“ teil. Ziel der Exposure- und Dialogprogramme e.V. ist es, den in Familien des Gastgeberlandes untergebrachten Teilnehmern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft die Grundsätze der Armutsbekämpfung durch direkte Erfahrungen vor Ort zu vermitteln. So können die Abgeordneten sie im interparlamentarischen Dialog vertreten und sich für eine beteiligungsorientierte Entwicklungszusammenarbeit einsetzen. Die Vorsitzende des Haushaltsausschusses referierte in São Paulo bei einem Kolloquium der Humboldt-Stiftung über die Finanzierung von Wissenschaft und Forschung in Deutschland.

Zwei Mitglieder des Deutschen Bundestages besuchten in Chile eine Konferenz, die sich mit dem Thema befaste: „Europa und Lateinamerika: Wirtschaftliche Partner und Konkurrenten.“

Asien und Naher Osten

Die aktuelle Entwicklung, die Sicherheitslage in der Region sowie der Bürgerkrieg in Syrien führten in der ersten Hälfte der 18. Wahlperiode zu zahlreichen Einzeldienstreifen von Abgeordneten nach Israel und in die palästinensischen Gebiete. Mit Parlamentariern, Regierungsmitgliedern sowie mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft wurden die Themen Sicherheit, Flüchtlingspolitik, Wirtschaft, Kultur und Bildung erörtert. Die Abgeordneten versuchten in vielen Gesprächen und durch die Teilnahme an Konferenzen, den israelisch-palästinensischen Friedensprozess zu unterstützen. Abgeordnete des Auswärtigen Ausschusses sowie des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe nahmen anlässlich des 50. Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland an verschiedenen Veranstaltungen in Israel teil. Die Vorsitzende des Haushaltsausschusses besuchte die Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem, um der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken.

Anlässlich des 100. Jahrestages des Genozids an den Armeniern reisten zwei Abgeordnete in das Land, um auf Einladung des armenischen Präsidenten an den Gedenkfeierlichkeiten in Jerewan teilzunehmen. Zudem kam es dort zu Gesprächen mit Politikern sowie mit Vertretern der Zivilgesellschaft, von Think Tanks und Nichtregierungsorganisationen. Ein Mitglied des Bildungsausschusses reiste nach Armenien, um Gespräche zur deutschen auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik zu führen.

Ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses begleitete im Irak die Übergabe deutscher Waffen an die Kurden für den Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ und führte Gespräche mit dortigen Bundeswehrsoldaten. Ein Abgeordneter des Menschenrechtsausschusses informierte sich vor Ort über die humanitäre Lage und die Hilfslieferungen aus Deutschland. Vier Mitglieder des Verteidigungsausschusses begleiteten die Bundesministerin der Verteidigung auf ihrer Reise in den Irak, um dort politische Gespräche mit der irakischen Führung zu führen.

Abgeordnete mit den Arbeitsschwerpunkten in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik reisten nach Afghanistan, um sich vor Ort ein Bild von der innen- und regionalpolitischen Situation zu machen. Ihre Gesprächspartner waren Parlamentarier, Regierungsmitglieder, Vertreter der Bundeswehr und der NATO sowie des Sondergesandten des UN-Generalsekretärs, Vertreter der politischen Stiftungen, Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen sowie weitere zivilgesellschaftliche Akteure.

In Indien nahmen zwei Mitglieder des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an einem Exposure- und Dialogprogramm teil, bei dem es um internationale Normen für „Gute Arbeit“ im Textilsektor beziehungsweise Herausforderungen für die Akteure entlang der Wertschöpfungskette ging. Die Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses und des Auswärtigen Ausschusses nahmen in Neu-Delhi am „Kerngruppentreffen“ der Münchner Sicherheitskonferenz teil und führten Gespräche mit indischen Parlamentariern und Regierungsvertretern aus dem Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Zwei Abgeordnete des Umweltausschusses reisten nach Indien, um Informationsgespräche zur Klimapolitik zu führen.

Zwei Mitglieder des Bundestages begleiteten die Bundeskanzlerin auf ihrer Reise nach China, die die regionale und internationale Wirtschafts- und Sozialpolitik zum Gegenstand hatte. Eine Abgeordnete, die sich vor allem mit klimapolitischen Fragestellungen befasst, reiste zur Versammlung des parteiübergreifenden Netzwerkes der internationalen Gesetzgeber („Climate Parliaments“) in Shanghai, um Strategien und Möglichkeiten für ein gemeinsames internationales Handeln in Sachen Klimaschutz zu entwickeln. Ein Abgeordneter reiste für wirtschafts- und energiepolitische Gespräche nach Hongkong.

Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses reisten nach Thailand, um sich in Gesprächsterminen mit Parlamentariern, Vertretern der Zivilgesellschaft und mit Journalisten ein Bild von der aktuellen politischen Situation dort zu verschaffen. Ein Abgeordneter aus dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe informierte sich vor Ort über die politischen und

gesellschaftlichen Entwicklungen nach dem Militärputsch.

Ein Vertreter des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit reiste nach Japan, um auf einer umweltpolitischen Fachkonferenz einen Vortrag zur Nuklearkatastrophe von Fukushima zu halten. Ein weiteres Mitglied dieses Ausschusses besuchte die Konferenz einer Nichtregierungsorganisation, die sich gegen den Einsatz von Atomwaffen richtete, und nahm auch an den Gedenkveranstaltungen zur Erinnerung der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki teil. Ein Mitglied des Haushaltsausschusses führte Gespräche zu den Themen Haushalt, Staatsverschuldung und Geldpolitik und informierte sich über deren eventuelle Auswirkungen auf die Eurozone.

7. Internationale Austauschprogramme

Der Deutsche Bundestag arbeitet auch auf Ebene der Verwaltung eng mit anderen Parlamenten zusammen. Dabei dienen die jeweiligen Austauschprogramme und wechselseitigen Besuche unterschiedlichen Zwecken.

Einen Austausch führen der US-Kongress, der Deutsche Bundestag und der Deutsche Bundesrat im Rahmen des International Visitor Leadership Program des US-Department of State durch. An dem jährlich in beide Richtungen stattfindenden zehntägigen Programm nehmen jeweils zehn Personen teil: auf amerikanischer Seite acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kongressabgeordneten oder Senatoren sowie zwei Angehörige des Congressional Research Service, auf deutscher Seite zwei Angehörige der Bundestagsverwaltung, ein Angehöriger der Verwaltung des Bundesrates und sieben Mitarbeiter der Fraktionen. Im Berichtszeitraum besuchten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des US-Kongresses den Deutschen Bundestag in Berlin sowie Angehörige der Verwaltungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates das amerikanische Parlament.

Auf Verwaltungsebene werden auch mit den Parlamenten von Großbritannien, Frankreich, Irland, Israel, Italien und Polen im jährlichen Wechsel jeweils einwöchige Mitarbeiteraustauschprogramme durchgeführt. Die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, die an einem solchen Erfahrungsaustausch teilnehmen, lernen in Gesprächen mit ihren Fachkollegen den Aufbau und die Arbeitsweise der Verwaltung des Partnerparlamentes kennen. Die dabei entstehenden persönlichen Kontakte festigen zudem nachhaltig die Arbeitsbeziehungen zwischen den Parlamentsverwaltungen.

Im Berichtszeitraum informierten sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamente von Frankreich,

Großbritannien, Irland, Israel, Italien und Polen über Struktur und Arbeitsweise der Verwaltung des Deutschen Bundestages. Im Gegenzug besuchten Angehörige der Bundestagsverwaltung die Parlamente von Frankreich, Großbritannien, Irland, Israel und Polen.

Der Deutsche Bundestag führt im Rahmen der Internationalen Parlaments-Kooperation (IPK) Informationsprogramme zur Unterstützung ausländischer Parlamente durch. Zielgruppe sind Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter insbesondere von Parlamenten, deren Länder sich in einer Phase des demokratischen Neuaufbaus oder der Umstrukturierung befinden. Die zumeist einwöchigen Programme informieren über Struktur und Arbeitsweise der Bundestagsverwaltung sowie über Stellung und Aufgaben des Parlaments in einer modernen parlamentarischen Demokratie. Sie orientieren sich an den inhaltlichen Wünschen der eingeladenen Parlamente, um den Teilnehmerinnen und Teilnehmern praxisnahe Anregungen für die Ausgestaltung ihrer parlamentarischen Arbeit geben zu können. Die Programme werden verstärkt mit vergleichbaren Initiativen und Programmen internationaler Organisationen, wie zum Beispiel der Interparlamentarischen Union (IPU) und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), verknüpft. Im Berichtszeitraum haben Parlamentsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter aus Albanien, Armenien, Bosnien und Herzegowina, Brasilien, Georgien, Guinea, Kap Verde, Kroatien, Mali, Marokko, Mazedonien, Moldau, Montenegro, Myanmar, Niederlande, Österreich, Palästinensische Gebiete, Ruanda, Türkei, Sao Tomé und Príncipe, Senegal, Serbien und Vietnam an Informationsprogrammen der Internationalen Parlaments-Kooperation in Berlin teilgenommen.

Die regionale Schwerpunktsetzung des Deutschen Bundestages bei diesen Programmen folgt insbesondere dem Engagement Deutschlands im internationalen Bereich. Schwerpunktländer im Berichtszeitraum waren Marokko und Myanmar.

Eine weitere Form der Unterstützung ausländischer Parlamente ist die Entsendung von Verwaltungsmitarbeitern des Deutschen Bundestages, die als Kurzzeitexperten in Projekten der Parlamentsberatung eingesetzt werden. Im Berichtszeitraum wurden die Parlamente von Vietnam, Montenegro, Indonesien, Myanmar und der Türkei durch Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter des Deutschen Bundestages beraten.

Der Deutsche Bundestag bietet mit dem Internationalen Parlaments-Stipendium (IPS) und dem Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP) darüber hinaus zwei Austauschprogramme für junge Menschen an:

Das IPS wurde 1986 zum ersten Mal für Hochschulabsolventen aus den USA und Frankreich angeboten. In den frühen 1990er Jahren nach Ende des Kalten Krieges wurde es für Teilnehmer aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa geöffnet, um den Demokratieaufbau in dieser Region zu fördern. Bis heute nahmen am IPS etwa 2.200 Stipendiaten aus Ägypten, Albanien, Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Estland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Israel, Kasachstan, Kosovo, Kroatien, Lettland, Libanon, Litauen, Marokko, Mazedonien, Moldau, Montenegro, Palästinensische Gebiete, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Türkei, Tunesien, Ukraine, Ungarn und USA teil.

Die Bewerberinnen und Bewerber müssen sich nach einer Vorauswahl, die die Deutschen Botschaften durchführen, einem Auswahlgespräch vor Ort stellen. Der jeweiligen Auswahlkommission unter Leitung eines Mitglieds des Deutschen Bundestages gehören weiterhin ein Vertreter der am Programm beteiligten drei Berliner Universitäten und ein Beschäftigter der Bundestagsverwaltung an. Außerdem finden während der Auswahlreisen Gespräche mit Parlamentariern, IPS-Alumni sowie Informationsveranstaltungen an Universitäten statt.

Jährlich erhalten bis zu 120 Hochschulabsolventen durch das IPS die Gelegenheit, das parlamentarische System Deutschlands sowie Entscheidungsinhalte und -prozesse deutscher Politik kennenzulernen. Das fünf Monate dauernde Programm richtet sich an hochqualifizierte, engagierte und politisch interessierte junge Frauen und Männer, die den Willen haben, die demokratische Zukunft ihres Landes aktiv mitzugestalten. Ziel des Programms, das unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Deutschen Bundestages steht, ist es ferner, die Beziehungen Deutschlands mit den teilnehmenden Ländern zu fördern und zu festigen.

Das IPS dauert vom 1. März bis zum 31. Juli eines Jahres. Kernstück ist eine dreimonatige Tätigkeit bei einem Mitglied des Deutschen Bundestages. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten werden dabei aktiv in die Arbeit eines Abgeordnetenbüros eingebunden. Sie begleiten die Abgeordneten unter anderem zu Sitzungen der Ausschüsse, Fraktionen und anderer Gremien und gewinnen dadurch Einblicke in die internen Funktionsweisen, Zusammenhänge und Verfahrensabläufe. Ergänzend besuchen sie regelmäßig Informationsprogramme und Seminare, die der Deutsche Bundestag und die politischen Stiftungen veranstalten. Sie sind außerdem während des Sommersemesters an der Humboldt-Universität zu Berlin eingeschrieben und können auch an Lehrveranstaltungen der anderen beiden Berliner Universitäten teilnehmen.

Als Reaktion auf die Umbrüche in der arabischen Welt hat der Ältestenrat 2011 beschlossen, ein vierwöchiges IPS-Sonderprogramm ausschließlich für Bewerberinnen und Bewerber aus den arabischen Staaten anzubieten, das im September 2014 bereits zum dritten Mal durchgeführt worden ist und zunächst bis zum Ende der 18. Wahlperiode fortgeführt wird. Das vierwöchige Kompaktprogramm richtet sich vor allem an junge Berufstätige mit Hochschulabschluss, die damit Impulse für ihr zivilgesellschaftliches und politisches Engagement in ihrer Heimat erhalten sollen. Die Auswahl der bis zu 24 Teilnehmer erfolgt vor Ort durch Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie Angehörige der Bundestagsverwaltung.

Mit dem Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP) bietet der Deutsche Bundestag darüber hinaus ein Stipendienprogramm für Schülerinnen, Schüler und junge Berufstätige an. Aus Anlass des 300. Jahrestages der ersten deutschen Einwanderung in Amerika wurde im Jahr 1983 das PPP gemeinsam vom Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Deutschen Bundestag ins Leben gerufen. Ziel ist es, die deutsch-amerikanischen Beziehungen zu fördern. Dieses Austauschprogramm, das ebenfalls unter der Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten steht, soll der jungen Generation in beiden Ländern die Bedeutung freundschaftlicher Zusammenarbeit, die auf gemeinsamen Wertevorstellungen beruht, vermitteln. In jedem Jahr wird jeweils etwa 350 Stipendiatinnen und Stipendiaten ein einjähriger Aufenthalt nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit in den USA beziehungsweise in Deutschland ermöglicht, wo sie in Gastfamilien leben. Eine Besonderheit des Programms ist die für jeden Stipendiaten übernommene Patenschaft durch ein Mitglied des Deutschen Bundestages. Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wird erwartet, dass sie als „junge Botschafter“ ihres Landes einen dauerhaften Beitrag zur Verständigung zwischen Deutschen und Amerikanern leisten.

Jährlich reist eine Delegation des Ältestenrates des Deutschen Bundestages in die Vereinigten Staaten, um die Umsetzung des Programms zu überprüfen. In mehreren US-Bundesstaaten führen die Abgeordneten Gespräche mit den jungen Deutschen und ihren amerikanischen Gasteltern über die Betreuungssituation vor Ort. Darüber hinaus finden Begegnungen mit Kongressabgeordneten, Vertretern des Department of State sowie der Austauschorganisationen und verschiedener Medien statt. Ebenfalls werden Schulen und Betriebe aufgesucht, um für das PPP zu werben und um Praktikantenstellen für die jungen Berufstätigen einzuwerben.

Die amerikanische Seite hat im Programmjahr 2015/2016 den Finanzierungsanteil für das PPP um

50 Prozent auf 2 Mio. US-Dollar gekürzt. In zahlreichen Gesprächen unter anderem mit Kongressabgeordneten hat eine Delegation des Ältestenrates im April 2015 in Washington für eine Wiederaufstockung der US-Mittel geworben. Auch aufgrund dieses Engagements wurden im Ergebnis die Kürzungen zurückgenommen.

Insgesamt haben bisher rund 22 000 Jugendliche am PPP teilgenommen. Regelmäßig bewerben sich in Deutschland ca. 5 000 junge Menschen für das Stipendium.

8. Grundlage der Berichtspflicht

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 118. Sitzung am 6. November 1992 eine Empfehlung des Ältestenrates (Bundestagsdrucksache 12/2665) angenommen und folgenden Beschluss gefasst:

„Der Präsident des Deutschen Bundestages erstellt in der Mitte und zum Ende einer Wahlperiode einen Bericht über Auslandsdienstreisen der Mitglieder des Deutschen Bundestages. Dieser Bericht enthält Angaben über die Anzahl und die Zielländer der Reisen von Ausschussdelegationen, offiziellen Delegationen, Parlamentariergruppendelegationen sowie Einzeldienstreisen und die damit verbundenen Kosten je Haushaltsjahr.“

Auf dieser Grundlage sind bisher elf Berichte über Auslandsdienstreisen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages vorgelegt worden (Bundestagsdrucksachen 12/4945, 12/8584, 13/6959, 13/11449, 14/4851, 14/9997, 15/5056, 16/7841, 16/14145, 17/7900 und 17/14834). Der vorliegende Bericht umfasst den Zeitraum vom 22. Oktober 2013 bis zum 30. September 2015. Er legt Rechenschaft über die im Berichtszeitraum durchgeführten Auslandsreisen und internationalen Aktivitäten ab. Die Reisen sind nach regionalen oder politischen Schwerpunkten geordnet und werden exemplarisch dargestellt. Die vollständigen Zahlen der Reisen und sämtliche Ziele ergeben sich aus den Anlagen 1 bis 4 der statistischen Übersicht, die diesem Bericht am Ende beigelegt sind.

9. Rechtsgrundlagen und Genehmigungsverfahren für die Durchführung von Auslandsdienstreisen

Die rechtlichen Grundlagen für die Durchführung von Auslandsdienstreisen sind:

– das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz - AbgG) vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 297) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 1996 (BGBl. I S. 326), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Juli 2014 (BGBl. I S. 906) und

– die Ausführungsrichtlinien für Reisen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages nach § 17 AbgG in der Fassung vom 27. November 2013.

Gemäß § 17 Abs. 1 AbgG bedürfen Auslandsdienstreisen der vorherigen Zustimmung des Präsidenten des Deutschen Bundestages. Anträge auf Genehmigung von Dienstreisen sind schriftlich an den Bundestagspräsidenten zu stellen und ausführlich zu begründen.

Bei Dienstreisen wird zwischen Delegations- und Einzeldienstreisen unterschieden. Um Delegationen handelt es sich, wenn sie aus mindestens drei Abgeordneten bestehen, ansonsten handelt es sich um Einzeldienstreisen. Bei den Delegationsreisen der Mitglieder der Ausschüsse, des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung und der Parlamentariergruppen des Deutschen Bundestages ist für die 18. Wahlperiode eine maximale Delegationsstärke von sieben Abgeordneten festgelegt worden. Bei der Zusammensetzung von Delegationen soll das Stärkeverhältnis der Fraktionen im Deutschen Bundestag nach Möglichkeit im Haushaltsjahr, zumindest aber in der Wahlperiode berücksichtigt werden. Die Entscheidung über die Anträge auf Genehmigung von Auslandsdienstreisen trifft der Präsident des Deutschen Bundestages; bei Delegationsreisen geschieht dies nach eingehender Erörterung und Beratung im Präsidium.

Die bilateralen Parlamentariergruppen können im Verlauf der Wahlperiode jeweils eine Delegationsreise durchführen, multilaterale Parlamentariergruppen haben die Möglichkeit, jeweils zwei Delegationsreisen in Staaten aus der "Partnerregion" zu unternehmen. Delegationsreisen der Ausschüsse müssen in direktem Zusammenhang mit den konkreten Beratungsgegenständen des jeweiligen Ausschusses stehen. Eine Unterrichtung der Öffentlichkeit über Ziel und Inhalte einer Delegationsreise erfolgt in der Regel in Form einer Pressemitteilung vor Reiseantritt. Jede Delegation ist außerdem verpflichtet, dem Bundestagspräsidenten bis spätestens sechs Wochen nach Ende der Reise einen schriftlichen Bericht über deren Ablauf und Ergebnisse vorzulegen.

Auslandsdienstreisen einzelner Abgeordneter sind dann genehmigungsfähig, wenn die Vorsitzenden und Obleute der Ausschüsse, in denen der Abgeordnete Mitglied ist und in dessen fachlichen Kontext die Reise fällt, der Durchführung der Einzeldienstreise zugestimmt haben. Darüber hinaus ist bei Auslandsdienstreisen von Abgeordneten die Zustimmung der Parlamentarischen Geschäftsführung der Fraktion des jeweiligen Abgeordneten erforderlich. Ebenso wie die Delegationsreisen unterliegen auch die Einzeldienst-

reisen der Abgeordneten der Verpflichtung, dem Bundestagspräsidenten bis spätestens sechs Wochen nach Abschluss der Reise einen Bericht vorzulegen.

Zur Reduzierung der Flugkosten werden Dienstreisen mit der Maßgabe genehmigt, dass kostengünstige Flugverbindungen zu nutzen sind. Außerdem sind die Abgeordneten durch einen Beschluss des Ältestenrates vom September 2002 verpflichtet, dienstlich erworbene Bonusmeilen aus entsprechenden Programmen der Fluggesellschaften wieder für Dienst- und Mandatsreisen einzusetzen. Neben der Beachtung des Prinzips der Kostengünstigkeit und dem vorrangigen Einsatz von Bonusmeilen trägt auch die Nutzung von Sonderkonditionen der Fluggesellschaften dazu bei, dass Kosten eingespart werden können.

10. Erläuterungen zur statistischen Übersicht der Auslandsdienstreisen

Der Bericht unterscheidet zwischen Ausschussdelegationen (AD), Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM), offiziellen Delegationsreisen unter Leitung des Präsidenten oder eines Präsidiumsmitglieds (OD), Reisen von Parlamentariergruppen (PG), Einzeldienstreisen (ED) sowie Reisen zu den Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP).

Im Berichtszeitraum haben 1204 Reisen stattgefunden:

120 Reisen von Ausschussdelegationen (AD)

(Oktober bis Dezember 2013: -; 2014: 62; Januar bis September 2015: 58)

12 Reisen offizieller Delegationen (OD)

(Oktober bis Dezember 2013: -; 2014: 7; Januar bis September 2015: 5)

24 Delegationsreisen der Parlamentariergruppen (PG)
(Oktober bis Dezember 2013: -; 2014: 3; Januar bis September 2015: 21)

814 Einzeldienstreisen (ED)

(Oktober bis Dezember 2013: 20; 2014: 453; Januar bis September 2015: 341)

67 Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)

(Oktober bis Dezember 2013: 3; 2014: 39; Januar bis September 2015: 25)

167 Reisen zu Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP)

(Oktober bis Dezember 2013: 14; 2014: 88; Januar bis September 2015: 65)

Unterteilt nach Erdteilen sind in den Anlagen 1, 2 und 3 die Anzahl und die Ziele der Reisen von Ausschussdelegationen (AD), offiziellen Delegationen (OD), Parlamentariergruppen (PG), Einzeldienstreisen (ED) sowie der Reisen zu den Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP) für den Zeitraum vom 22. Oktober 2013 bis zum 30. September 2015 aufgeschlüsselt.

Die Anlage 4 weist die Gesamtkosten der im Berichtszeitraum zulasten der Haushaltsjahre 2013, 2014 und 2015 durchgeführten Reisen aus.

Berlin, den 3. November 2015

Prof. Dr. Norbert Lammert

11. Statistische Übersicht

Anlage 1

Angaben über Anzahl und Ziele der vom 22. Oktober 2013 bis 31. Dezember 2013 durchgeführten Reisen

- Ausschussdelegationsreisen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Belgien		1				
Frankreich		2	2			4
Italien						1
Litauen		1				
Polen		1				1
Portugal						2
Russland		1				
Schweiz		1				1
Ungarn						1
Ukraine						1

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Kosovo, Afghanistan		3				
Montenegro, Serbien		1				
Polen, Litauen		1				
Slowenien, Kroatien		1				
Ungarn, Albanien		1				

Amerika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
USA		2	1			1

Asien und Naher Osten

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Indien		1				
Indonesien		1				
Israel		1				
Kirgisistan						1
Tadschikistan						1

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Israel, Aserbaidschan		1				

Anlage 2**Angaben über Anzahl und Ziele der vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014 durchgeführten Reisen**

- Ausschussdelegationsreisen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Aserbaidshjan						2
Belgien	1	20	2			5
Bosnien und Herzegowina	1	7				2
Bulgarien		3				1
Dänemark		5				2
Estland		4				
Finnland			1			1
Frankreich	5	22		1	1	17
Griechenland	3	10				2
Großbritannien	4	9	3			1
Irland	1					
Italien	4	11	2			2
Kosovo		2				
Kroatien		2				1
Lettland						1
Litauen		3				3
Luxemburg		5				
Malta						1
Mazedonien						2
Moldau		3	1			2
Montenegro		1				
Niederlande		5				1

Norwegen		2				1
Österreich	3	12	3			7
Polen	1	10	4	1		5
Portugal	1	3				
Rumänien		9				1
Russland		26				2
Schweden		3				2
Schweiz		10	1			4
Serbien		7				
Slowakei				1		
Slowenien		2				
Spanien	1					2
Tschechische Republik	2	5	2			
Türkei		4	2			3
Ukraine	2	24				6
Ungarn	1	5	1			1
Vatikanstaat			1	1		
Weißrussland		2				
Zypern		2				1

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Albanien, Kosovo		1	1			
Albanien, Ungarn			1			
Bosnien und Herzegowina, Serbien	1	1				
Estland, Lettland		1				
Estland, Lettland, Litauen		1				
Frankreich, Belgien		1				
Griechenland, Türkei		1				
Großbritannien, Polen		1				
Italien, Zypern			1			
Kosovo, Mazedonien		2				
Kosovo, Mazedonien, Albanien		1				
Kosovo, Mazedonien, Griechenland, Albanien		1				
Kosovo, Slowenien		1				

Moldau, Rumänien, Bulgarien	1					
Moldau, Ukraine, Georgien						1
Montenegro, Serbien		1				
Österreich, Moldau		1				
Polen, Tschechische Republik		1				
Rumänien, Bulgarien	2	1				
Russland, Südkorea	1					
Russland, Ukraine		1				
Russland, Österreich		1				
Schweden, Lettland	1					
Serbien, Kroatien		1				
Tschechische Republik, Belgien	1					
Türkei, Griechenland	1					
Türkei, Irak		1				
Ukraine, Russland	1					
Ukraine, Weißrussland		1				
Ungarn, Slowakei		1				
Ungarn, Ukraine		1	1			

Afrika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten		1				
Kenia		3				
Mali		3				1
Marokko		3				
Namibia	1	1				
Nigeria		2				
Ruanda		4				
Senegal		1				
Südafrika		1				
Tunesien		1	1			
Zentralafrikanische Republik		1				

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten, Libanon		1				
Ägypten, Tunesien		1				
Äthiopien, Tansania, Angola		2				
Kongo (Demokratische Republik), Ruanda			1			
Marokko, Mali, Senegal		1				
Nigeria, Kamerun				1		
Sambia, Südafrika, Namibia	1					
Senegal, Mali	1					
Südafrika, Kongo (Demokratische Republik), Ruanda		3				

Amerika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Brasilien	1	4				
Chile		2				
Guatemala		1				
Kanada	2	2				
Kolumbien		1				
Kuba		1				
Mexiko		1		1		
Peru	1					
USA	8	41	4		1	3

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ecuador, Kolumbien		1			1	
Kolumbien, Mexiko	2					
Mexiko, Kuba	1					
Mexiko, Nicaragua		1				
USA, Kanada	1	2				

Asien und Naher Osten

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Afghanistan		9	1			
Armenien		1				
Aserbaidshjan		2				
Bangladesch		1				
China	2	9				
Georgien		5				
Indien		12				
Irak		4	1			
Iran		2				
Israel		10				
Japan		2				
Jordanien						1
Kasachstan		1				
Malaysia		2				
Pakistan				1		
Saudi Arabien		2				
Südkorea		3				1
Thailand		1				
Turkmenistan		1				
Usbekistan		1				
Vereinigte Arabische Emirate		3				
Vietnam		6				

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Armenien, Georgien		2				
Aserbaidshan, Kasachstan		1				
Georgien, Ukraine		1				
Indien, Afghanistan		2				
Indien, Myanmar		1				
Indien, Saudi Arabien		2				
Indonesien, Singapur		1				
Indonesien, Südkorea		2				
Irak, Libanon, Jordanien		1				
Israel, Jordanien		1				
Israel, Palästinensische Gebiete	1	6				
Jordanien, Irak		1				
Jordanien, Libanon		2				
Jordanien, Tunesien		1				
Katar, Bahrain, Oman			1			
Libanon, Irak, Jordanien			1			
Libanon, Jordanien		1				
Libanon, Vereinigte Arabische Emirate, Katar		2				
Saudi Arabien, Libanon, Vereinigte Arabische Emirate, Katar		2				
Singapur, Vietnam			1			
Vietnam, Bangladesch	1					

Australien/Neuseeland

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Australien			1			

Anlage 3**Angaben über Anzahl und Ziele der vom 1. Januar 2015 bis 30. September 2015 durchgeführten Reisen**

- Ausschussdelegationsreisen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Albanien	1	1				1
Armenien						3
Aserbaidshjan						1
Belarus						1
Belgien	2	9				2
Bosnien und Herzegowina						2
Bulgarien	1	1				
Dänemark						1
Estland						1
Finnland		1				2
Frankreich	3	9	3			17
Griechenland	1	10	1			
Großbritannien		9				2
Irland		1			1	
Italien	3	17	1		1	2
Kosovo		1				
Kroatien		3				
Lettland	2	3				1
Litauen		1				1
Luxemburg	3					1
Malta		4				
Mazedonien		1				

Moldau						1
Montenegro		2				
Niederlande	2					
Norwegen		4				1
Österreich	1	6	2			1
Polen	2	12	3			
Portugal	1	5				2
Rumänien		7			1	
Russland		16	2		1	
Schweden	1	2				1
Schweiz	6	8				2
Serbien		1				1
Slowakei		3			1	
Spanien		6				1
Tschechische Republik	1					
Türkei		9				4
Ukraine		12	1			1
Ungarn					1	1
Vatikanstaat			2			
Zypern					1	

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Albanien, Bosnien und Herzegowina		1				
Dänemark, Großbritannien		1				
Dänemark, Norwegen					1	
Frankreich, Spanien	1					
Georgien, Ukraine			1			
Griechenland, Zypern		1				
Italien, Vatikanstaat		3				
Mazedonien, Albanien, Kosovo		1				
Montenegro, Slowenien		1				
Österreich, Schweiz	1					
Österreich, Slowakei		1				
Rumänien, Moldau	1	1				

Serbien, Albanien		1				
Serbien, Mazedonien					1	
Türkei, Irak		1				
Türkei, Jordanien		1				
Ukraine, Russland		1				

Afrika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten		3				
Äthiopien		1				
Ghana	1					
Kenia	1					
Mali		1		1		
Marokko		1				
Sambia		3				
Südafrika		2		1		
Südsudan		1				
Tansania		1				
Tunesien		2				
Uganda		2				

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten, Jordanien		1				
Äthiopien, Kenia		1				
Äthiopien, Kenia, Eritrea		2				
Äthiopien, Malawi, Sambia		1				
Algerien, Tunesien					1	
Ghana, Liberia		2				
Kenia, Burundi, Ruanda					1	
Kenia, Äthiopien		1				
Kongo, Ruanda, Kenia		4				
Mali, Tunesien		3				
Marokko, Algerien, Tunesien		1				
Marokko, Tunesien, Algerien		1				

Südafrika, Angola		1				
Südafrika, Botswana, Namibia					1	
Südafrika, Mosambik		1				
Tunesien, Marokko		1				

Amerika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Antarktis		1				
Brasilien		2				
Kanada	1	2			1	
Kolumbien		1				
Kuba		1				
Mexiko		1				
USA	9	33	3	1		5

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Brasilien, Peru, Kolumbien		3				
Chile, Kolumbien		1				
Costa Rica, Guatemala, El Salvador					1	
Costa Rica, Kuba		1				
El Salvador, Guatemala		1				
Guatemala, Nicaragua		1				
Kuba, Guatemala	1					
Kuba, Mexiko, El Salvador		1				
Mexiko, Costa Rica		2				
Peru, Uruguay		3				
USA, Kanada	1					

Asien und Naher Osten

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Afghanistan	1					
Armenien		4				
Aserbaidshjan		3				
China		4				

Georgien		3				
Indien		3	1		1	
Indonesien			1			
Irak	1	4				
Iran				1		
Israel		11	1	1		
Japan		4				2
Jordanien		1				
Kambodscha		1				
Kasachstan		2				
Katar		1				
Libanon		2				
Mongolei						1
Oman						1
Saudi Arabien		1				
Sri Lanka		2				
Südkorea		1				
Tadschikistan						1
Taiwan					1	
Thailand		2				
Vereinigte Arabische Emirate		2				
Vietnam						1

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Afghanistan, Pakistan	1	2			1	
Afghanistan, Turkmenistan		1				
Armenien, Georgien		2				
Aserbaidshan, Kasachstan		1				
Aserbaidshan, Kasachstan, China		2				
Bangladesch, Myanmar, Indien		1				
Georgien, Aserbaidshan					1	
Iran, Saudi Arabien			1			
Israel, Palästinensische Gebiete	2	1	1			
Japan, China	1					
Jordanien, Irak, Katar	1					

Kirgisistan, Kasachstan			1			
Kirgisistan, Mongolei					1	
Kuwait, Jordanien, Palästinensische Gebiete					1	
Laos, Kambodscha, Myanmar					1	
Libanon, Israel		1				
Libanon, Jordanien		2				
Malaysia, Indonesien, Bangladesch	1					
Saudi Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Katar		3				
Südkorea, Japan	1					
Thailand, Malaysia		1				
Vereinigte Arabische Emirate, Iran	1					
Vereinigte Arabische Emirate, Katar		1				
Vereinigte Arabische Emirate, Ägypten		1				

Australien/Neuseeland

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Australien	1	2				

Anlage 4**1. Gesamtkosten der vom 22. Oktober 2013 bis 31. Dezember 2013 durchgeführten Reisen**

-	0	Ausschussdelegationsreisen (AD)	0,00	Euro
-	0	Offizielle Delegationsreisen (OD)	0,00	Euro
-	0	Parlamentariergruppen (PG) Delegationsreisen	0,00	Euro
-	23	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	42.289,96	Euro
-	14	Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen	93.455,50	Euro
Gesamtkosten			135.745,46	Euro

2. Gesamtkosten der im Haushaltsjahr 2014 durchgeführten Reisen

-	62	Ausschussdelegationsreisen (AD)	1.272.200,08	Euro
-	7	Offizielle Delegationsreisen (OD)	82.296,52	Euro
-	3	Parlamentariergruppen (PG) Delegationsreisen	91.029,56	Euro
-	492	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	1.029.236,75	Euro
-	88	Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen,	463.324,70	Euro
Gesamtkosten			2.938.087,61	Euro

3. Gesamtkosten der vom 1. Januar 2015 bis 30. September 2015 durchgeführten Reisen

-	58	Ausschussdelegationsreisen (AD)	1.222.502,36	Euro
-	5	Offizielle Delegationsreisen (OD)	83.147,14	Euro
-	21	Parlamentariergruppen (PG) Delegationsreisen	524.208,03	Euro
-	366	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	893.605,55	Euro
-	65	Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen	284.841,85	Euro
Gesamtkosten			3.008.304,93	Euro

